

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### SW Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Northplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Northplatz, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,  
wöchentlich 20 Pf. frei und Haus-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnements 1.10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Ostpreußen-Litauen  
2.50 Mark, für das übrige Ausland  
4 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an Belgien, Dänemark,  
Schweiz, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Platan-  
zelle oder deren Raum 60 Pf., für  
politische und gesellschaftliche Berichts-  
und Besprechungs-Anzeigen 90 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“, das festgesetzte  
Wort 30 Pf. (zweifach 2 festgesetzte  
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.,  
Einselne Zeile und Schließel-An-  
zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
weitere Wort 5 Pf. Worte über 20 Buch-  
staben zählen für zwei Worte. Zusätze  
für die nächste Nummer müssen bis  
5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Kampftag in Berlin!

Die Gemeinde ist der Sitz des innersten Volkslebens, die Werkstätte, in der die edelsten Volkstugenden zur Entwicklung gelangen sollen. Es darf deshalb kein unbescholtener, mündiger männlicher Staatsgenosse von dem Gemeinderat ausgeschlossen bleiben, daher dieses Recht durch keinen Zensur beschränkt werden.

Diese Erklärung, unterzeichnet von L. von Bethmann Hollweg und den Grafen Arnim, Dohna, Zdenk, ist ein beachtenswertes Dokument von dem Wandel der Anschauungen innerhalb der bürgerlichen Parteien. Als sie im Jahre 1848 erlassen wurde, herrschten bei den Konservativen auf kommunalpolitischem Gebiete Ansichten, wie sie heute nur noch von den Sozialdemokraten vertreten werden. Die in den folgenden Jahrzehnten einsetzende wirtschaftliche Entwicklung, die in ihrem Verlauf aus dem halbfeudalen agrarischen Kleinstaat, der Preußen bis dahin gewesen war, eines der mächtigsten Industrieländer der Welt gemacht hat, bewirkte neben anderen Gründen einen Umschwung in den konservativen Ansichten.

Im Jahre 1876 donnerte im Abgeordnetenhaus ein konservativer Abgeordneter gegen die preussische Regierung, weil diese dem Landtag den Entwurf einer neuen Städteordnung unterbreitet hatte, die zwar das Dreiklassen-Wahlrecht beibehalten wollte, aber doch gewisse Erleichterungen brachte und einen Fortschritt gegenüber der heute noch geltenden Städteordnung von 1853 bewirkte. Dieser Abgeordnete, Graf von Helldorf, prägte als konservativen Grundsat, den er den Vorschlägen der Regierung entgegenstellte, das bekannte Wort: „Wer will mitreden, soll auch mittanen“ und verlegnete damit vollkommen die Erklärung seiner Klassegenossen von 1848. Dem liberalen Redner Eugen Richter ging hingegen die Regierungsvorlage nicht weit genug: „Wenn man befürchtet, daß bei dem gleichen Stimmrecht die Besitzlosen einen zu großen Einfluß gewinnen, so muß ich mir doch immer sagen: das Interesse der Besitzlosen ist dem allgemeinen Interesse unter Umständen viel näher als das Interesse der Besitzenden in den Kommunen... Gemeinfinn und Intelligenz sind durchaus nicht an den Besitz in der Weise gebunden, wie das Dreiklassen-Wahlrecht es annimmt...“

Die wirtschaftliche Entwicklung, die in immer beschleunigterem Tempo sich vollzog, brachte indessen nicht nur das Bürgertum in die Höhe, sondern ließ zugleich das moderne Proletariat, das durch diese Entwicklung erzeugt war, von Jahr zu Jahr an Zahl, Kraft und Machtgefühl erstarken. 1878 beteiligten sich die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins zum ersten Male an den Stadtverordnetenwahlen. 1884 zogen die ersten fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten in das rote Haus ein, und in ungeheurem Aufstiege vergrößerte sich von da an die Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen und die ihrer Vertreter im Rathaus.

In den Jahren 1900 und 1901 fanden nun im Berliner Rathaus, durch unsere Genossen herbeigeführt, Debatten über die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlrechts und Einführung eines demokratischen Wahlrechts statt, und da hatte sich jener konservative Grundsat von 1876 schon weiter zum liberalen Grundsat gewandelt und stolz und pathetisch verkündete Herr Cassel: „Die städtische Verwaltung hat von jeher den Grundsat mit an die Spitze gestellt, daß derjenige, welcher mitredet auch mittanen soll!“

Krafter und schärfer kann der Niedergang der bürgerlichen Parteien und im besonderen des Liberalismus kaum veranschaulicht werden. Das elende Dreiklassen-Wahlrecht mit all seinen Fehlgängen war inzwischen zum Vollwerk für die Vorbereitung des Freisinn in den Gemeinden geworden, und der freikonservative Scharfmacher von Jeddig erkannte sehr klar die Hohlheit der liberalen Deklamationen für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen, als er den Freisinnigen zurief, sie möchten doch mal auf Probe dieses Wahlrecht 10 Jahre in den Gemeinden einführen: „Wenn Sie dann nach 10 Jahren noch darauf bestehen, dann würden wir uns im Abgeordnetenhaus überreden lassen, in dieser Beziehung noch weiter zu geben. Solange Sie aber nach dieser Richtung hin nicht an uns herantreten, werden Sie es uns nicht übel nehmen, wenn wir Ihre Vorleser für dieses demokratische Wahlrecht für Preußen einfach für platonisch halten als eine von denjenigen Forderungen, die Sie aufstellen, weil Sie sicher sind, daß sie nicht erfüllt werden.“

In gleicher Weise wie in der Wahlrechtsfrage verlagert der Freisinn auf allen anderen politischen Gebieten. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung ist in eminentem Sinn eine politische Körperschaft. Der Satz, daß die Aufgaben der Stadtverwaltung sich in der Förderung des Wirtschaftslebens erschöpfen, wird heutzutage selbst von denen nicht mehr geglaubt, die ihn um reaktionärer Zwecke willen noch aufstellen. Ist auch Bürgertum und kommunale Bürokratie

weit entfernt, befeelt zu sein von dem Grundgedanken der Steinischen Reform, daß ebenso wie der Staat auch die Gemeinde eine Anstalt zur Hebung der geistigen, sittlichen und körperlichen Kräfte der Nation sein solle, so sprechen die Tatsachen doch eine zu klare Sprache. Nicht nur spielen bei der Behandlung fast aller wirtschaftlichen Fragen die politischen Auffassungen eine bedeutende Rolle, sondern die Stadtverordnetenversammlung wird auch unausgeseht mit politischen Dingen befaßt. Das „Jubiläumjahr“ war besonders reich an solchen Gelegenheiten, und wo immer dem Freisinn sich die Möglichkeit bot, würdelos sich zu benehmen, hat er von solcher Möglichkeit vollen Gebrauch gemacht. Mit geradezu aufdringlicher Beiläufigkeit ist er bemüht gewesen, bei allen dynastischen Kundgebungen mit an erster Stelle zu stehen, und als die Sozialdemokratie ihre Mitwirkung versagte, und damit genau das tat, was auch der Liberalismus 50 Jahre vorher im damaligen Jubiläumsjahr getan hatte, feierten unsere Freisinnigen wahre Orgien in Entrüstung über uns, in Serbilismus nach oben. Sahen nicht Sozialdemokraten im Stadtverordnetenversammlungssaal, man müßte wirklich meinen, die gesamte Bevölkerung Berlins sei von Gefühlen erfüllt, wie sie in all den Adressen und Kundgebungen an das königliche Haus in einer Sprache zum Ausdruck gelangen, deren Kriecherei kaum noch überboten werden kann. Die morgige Wahl bietet die Möglichkeit, die noch immer viel zu geringe Zahl der Männer zu vermehren, die auch in allen politischen Fragen unbedeutend die Meinung der übergroßen Masse der Bevölkerung vertreten. Das Berliner Proletariat muß und wird diese Möglichkeit morgen nicht unbenutzt vorbeigehen lassen!

In den letzten Jahren hat der Kommunalfreisinn Berlins sich mehr und mehr mit der Tatsache abgefunden, daß die Mandate der dritten Abteilung, die einmal sozialdemokratischer Besitz geworden sind, dies auch für immer bleiben werden. Von Kampf ist — leider — kaum mehr die Rede. Um so zäher und hartnäckiger aber sucht der Freisinn sich in den wenigen Bezirken der dritten Abteilung zu behaupten, die noch seine Domäne sind. Zwar einem offenen Wahlkampf geht er auch hier tunlichst aus dem Wege. Unterirdisch und geheim durch die Bezirksvereine und Grundbesitzer-Organisationen wird mit allen Mitteln die Propaganda für die liberalen Kandidaten getrieben. Da ist es Ehrenpflicht der Genossen dieser Bezirke, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß vom nächsten Jahre ab diese Bezirke statt durch zuverlässige Freisinnige durch sozialdemokratische Stadtverordnete vertreten werden, die bei jeder Gelegenheit rücksichtslos und entschlossen sich für die Forderungen und Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung einsetzen. Das Ziel, wenigstens über alle Bezirke der dritten Abteilung die rote Fahne flattern zu lassen, muß morgen ein gut Stück gefördert und der 26., 30. und 38. Bezirk zu sozialdemokratischem Besitz gemacht werden. Auf jeder proletarische Wähler seine Pflicht, so ist an dem guten Ausgang der Wahl nicht zu zweifeln. Es ist gelungen, den Magistrat zu bestimmen, gemäß unserer grundsätzlichen Forderung einen Sonntag als Wahltag festzusetzen. Niemand hat also eine Entschuldigung, der Wahl fernzubleiben.

Aber nicht nur die genannten drei Bezirke müssen morgen neu erobert, nein, ganz allgemein muß die Stöckkraft unserer Fraktion dadurch gestärkt werden, daß eine steigende Stimmzahl auf sie entfällt. Die Fraktion ist nicht instande, allein durch ihre starke Erleichterungen und Verbesserungen für die Arbeiterklasse durchzuführen. Den sozialdemokratischen Stadtverordneten, die noch immer nicht ein Drittel der Versammlung ausmachen, stehen die 96 Gewählten der ersten und zweiten Wählerklasse gegenüber, die fast ausschließlich kapitalistische Interessen vertreten. Nur durch Ausrüttelung des öffentlichen Gewissens, nur durch die Macht der Tatsache, daß hinter der Minderheit der sozialdemokratischen Stadtverordneten die große Masse der Berliner Bevölkerung steht, ist es bisher gelungen und kann es in Zukunft gelingen, die Stadtverwaltung zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten zu zwingen. Je höher die Stimmzahl der sozialdemokratischen Kandidaten steigt, um so mehr wird die Arbeit der Fraktion von Erfolg begleitet sein.

Eine Stadtverwaltung wie die Berliner, mit den ungeheuren intellektuellen und materiellen Mitteln, über die sie verfügt, eine Stadtverwaltung, deren Etat nur von dem der Königreiche Preußen und Bayern übertroffen wird, ist wohl in der Lage, entscheidend die Lebenshaltung der Bevölkerung zu beeinflussen. Durch alle Lebensbetätigungen hindurch, von der Wiege bis zum Grabe, kann sie durch Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben den Bewohnern helfend und fördernd zur Seite stehen, durch Vernachlässigung ihrer Pflichten sie auf das empfindlichste schädigen. Doch die Arbeit der Fraktion nach dieser Richtung hin ganz vergeblich gewesen ist, wird von niemand bestritten werden, der die Verhältnisse

früher und jetzt vergleicht. Der Ausdruck des langjährigen früheren Vorstehers der Versammlung, des greisen Langerhans: „Hätten wir nicht eine Sozialdemokratie, wir müßten sie geradezu erfinden“, ist nur eine der zahlreichen Auerkennungen, die selbst Gegner dem Wirken der Fraktion zollen. Ja, selbst die preussische Regierung scheint in ihres Herzens innerstem Schrein mit dem Vorhandensein sozialdemokratischer Stadtverordneten gar nicht unzufrieden zu sein. So schreibt der Generalsekretär des Propaganda-Ausschusses für Groß-Berlin, Dr. Hegemann, in einem seiner Aufsätze: „Wer heute als Unparteiischer mit Vertretern der Regierung über die Möglichkeiten spricht, sozialpolitische Forderungen bei den Kommunen durchzusetzen, wird es geradezu komisch finden müssen, mit welcher Verhöhnung er auf das Vorhandensein von Sozialdemokraten als ziemlich zuverlässigen Förderern der geforderten Maßregel hingewiesen wird.“

Aber mehr noch als erreicht ist, gilt es in Zukunft zu erreichen. Bisher ist auf den meisten Verwaltungsgebieten nur ein Anfang gemacht, dem größere Fortschritte folgen müssen, wenn die berechtigten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung erfüllt sein sollen.

Die Zurückdrängung privatkapitalistischer Interessen, die Uebernahme aller neuen Verkehrsmittel und aller Licht- und Kraftanlagen in städtische Verwaltung hat kaum noch begonnen, und wird bis zur vollen Durchführung noch harte Kämpfe erfordern.

Auf anderen und gerade für die Arbeiterbevölkerung sehr wichtigen Gebieten ist es überhaupt noch nicht gelungen, unsere schwerverfügbare Verwaltung auch nur einen Schritt im Interesse der Besitzlosen voranzutreiben. Ihre Pflicht, eine Arbeitslosenfürsorge einzuführen, und dadurch die Opfer der Arbeitslosigkeit wenigstens vor dem Schlimmsten zu bewahren, hat die Berliner Stadtverwaltung trotz allen Drängens der sozialdemokratischen Fraktion noch immer auf das Sträflichste vernachlässigt. Eine Arbeitslosigkeit von einer Schwere und einem Umfang, wie sie bisher nicht oft zu beobachten gewesen ist, bricht über die Berliner Bevölkerung herein. Die Rot, die jetzt schon überaus groß ist, wird im kommenden Winter Dimensionen annehmen, die auch durch die aufopferungsvollste Betätigung der Gewerkschaften nicht zu bannen ist. Mit verkrüppelten Armen aber steht die Stadtverwaltung diesem Elend weite Teile der Bevölkerung gegenüber. Man hat wohl die Buntätigkeit der Gemeinden beschleunigt, im übrigen aber jede Unterstützung der Notleidenden abgelehnt, sowie beraten und beschloffen, daß die Einrichtung einer Arbeitslosen-Versicherung nicht Aufgabe der Gemeinden, sondern von Reich und Staat sei. Reich und Staat hingegen erklären, die Gemeinden müßten vorangehen. So kann dieses Spiel in anmutigem Reigen noch unbeschränkte Zeit weitergeführt werden, wenn die Massen sich nicht rühren. Die Arbeitslosigkeit ist das notwendige Produkt der heutigen Wirtschaftsordnung und erst die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische wird die Arbeitslosigkeit endgültig verschwinden lassen. Dennoch müßten die Nutznießer der bestehenden Wirtschaftsordnung es als eine ihrer vornehmsten Pflichten betrachten, das traurige Los derjenigen zu lindern, die mit Hunger und Entbehrungen aller Art in erster Reihe die Furchen für die durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung herbeigeführten Krisen zu zahlen haben. Die bürgerlichen Stadtverordneten aber sind mit den bestehenden empörenden Zuständen durchaus zufrieden. Es wird eine Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, die Frage einer durchgreifenden Arbeitslosenfürsorge nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen und die morgigen Ertragswahlen müssen eine wichtige Kundgebung der Massen zugunsten dieser Aufgabe werden!

In letzter Stunde ergibt daher an alle eingeschriebenen Wähler dritter Abteilung der Bezirke, die morgen zu wählen haben, die Mahnung, unter allen Umständen zur Wahl zu gehen, auch wenn der Kreis noch so sicher erscheint. Jede Stimme mehr, die für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wird, gibt den Bemühungen der Fraktion zugunsten der breiten unbemittelten Klassen erhöhten Nachdruck und vermehrte Macht.

Jede Stimmabgabe für die Sozialdemokratie ist zugleich ein Protest gegen die Klassenherrschaft mit all dem Unglück und Elend, das sie für die Menschheit im Gefolge hat. Wenn schon nicht in weitbewegenden Fragen, wie in den gefehlgabenden Körperschaften, so macht die Klassenherrschaft sich auch in den Gemeinden aufs schroffste den Besitzlosen fühlbar, und jede Betrachtung selbst rein kommunaler Vorgänge mündet schließlich in jene Forderung ein, deren Durchführung erst die Möglichkeit für ein wirklich freies Leben in den Gemeinden schaffen wird, in die Forderung der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus.

## Darum, klassenbewußte Arbeiter Berlins: Auf zur morgigen Wahl! Auf zum Sieg!

# Staatsanwalt und Krupp-Anwalt.

## Das erwiesene Panama.

Um es gleich zu sagen: nach der Ansicht des Staatsanwalts ist die Mitschuld der Firma Krupp an den Brandischen Bestechungen im vollen Umfange erwiesen, also eben das, was wir als das Krupp-Panama bezeichnet haben. Das Wort Panama gebrauchte der Staatsanwalt freilich nicht, weder im behandelnden noch im bestrittenden Sinne. Das erstere lag ja auch weit außerhalb dessen, was man von einem preussischen Staatsanwalt erwarten könnte. Aber zu bestritten vermochte der Staatsanwalt das Panama erst recht nicht. Denn womit hätte der Anklagevertreter des Intendantengerichts seine verblüffend optimistische Darstellung, ein Panama liege nicht vor, zu begründen versucht? Damit, daß erst dann der auf fremdem Boden gewachsene Begriff in den frommen deutschen Landen Heimatsrecht erwerben könne, wenn die Bestechung höherer Offiziere und Beamter erwiesen sei, nicht nur die fester Schreiberseelen, wie Herr v. Welt die Herren Zeugzeugleuten wegwerfend tituliert.

Die Bestechung höherer Beamter ist ja nun auch in diesem Prozeß nicht bewiesen — sie konnte es ja auch schon deshalb nicht, weil jede Erörterung dieses Themas in beiden Prozeßen mit eiserner Beharrlichkeit vermieden wurde — dafür aber lag auch nach der Ueberzeugung des Staatsanwalts die Bestechung durch höhere Beamte vor, mindestens durch einen allerhöchsten Krupp-Beamten, der ebendieser hoher deutscher Justizbeamter gewesen war. Und als der Mitschuld verdächtig hatte der Staatsanwalt ja schon zwei Tage früher vier weitere Krupp-Direktoren, darunter höhere Offiziere und Staatsbeamte, von der Verteidigung auszufällen erjucht, ein Antrag, dem der Gerichtshof ja auch entsprochen hat. Und wir sollten meinen, daß diese aktive Bestechung durch solche untadelige Eränen der Gesellschaft moralisch und kriminell mindestens ebenso verdammenswert sei, als die Verhöhnung der Dienstgeheimnisse durch die mit Geld oder Gefälligkeiten bestochenen „feilen Schreiberseelen“.

Es ist ja so fürchtbar wohlfeil, sich über die Unmoral der Kleinen zu entrüsten. Aber wenn — zumal unter den faszinierenden Namen der allgewaltigen, an allerhöchster Stelle so wohl akkreditierten Firma Krupp — sich einem nur mäßig bezahlten Subalternen in raffinierter Form die Versuchung nahe und er der Versuchung erliegt, so ist ein solcher Zeugfeldweibel oder Zeugzeugleutnant oder Intendantur-Sekretär moralisch wohl zehnmal oder hundertmal weniger schuldig, als so ein hochmöglicher, einflussreicher, mit den Spitzen der Staatsbehörden auf du und du stehender Krupp-Direktor, der einen derartigen Spionage- und Bestechungsdienst einrichtet oder auch nur duldet, der durch Geld oder sonstige Vergünstigungen die Bestechung erst ermöglicht oder auch nur begünstigt.

Schon im Hinblick auf das höchstinstanzlich inszenierte und geförderte Kornwalzerystem konnte Herr v. Meppen mit Fug und Recht sagen, daß seine von den hochmoralischen und sittenstrengen Krupp-Direktoren sogenannte „Schweineerei“ in Italien nicht den zehnten Teil so ehrenrührig sei. Und wenn der gute, brave „väterliche Freund“ und Mittelsmann v. Dreger dem Herrn v. Meppen auseinandersetzen suchte, daß etwaige Kruppische „Schweineerei“ mit Regens dubiosem italienischen Privatgeschäft nicht auf eine Stufe zu stellen seien, da bei den Kornwalzereien und ähnlichen nicht einwandfreien Dingen doch immer das „höhere Interesse der Firma“ mit in Rücksicht gezogen werden müsse, so hält auch diese wiederholte Schönschreibererei vor den Tatsachen nicht Stich. Die höheren Interessen der Firma! Ja, steht hinter diesen Interessen nicht gerade das nackte materielle Interesse nicht nur des Herrn Krupp v. Bohlen, sondern auch der Ausschüßrats- und Direktionsmitglieder? Herr v. Eccius mit seinem weit über 100000 M. jährlich betragenden Einkommen war an dem Interesse der Firma denn doch allzu reell interessiert, und nicht anders war es bei dem sicherlich nicht viel schlechter gestellten Herrn Dreger und all den anderen Direktoren, die man uns doch wahrhaftig nicht als selbstlose Heilige hinstellen soll. Bei dieser Firma, die uns quasi als Bestandteil unserer heiligsten Nationalgüter aufgeschwatzt werden soll, wird in den höheren Beamtenposten schweres Geld verdient. Das „höhere Interesse der Firma“ hat für die Mitglieder der hohen Beamtenhierarchie der Firma einen verdammt metallischen Beigeschmack. Mit allen sentimentalischen Fasetten bleibe man uns also gefälligst vom Leibe.

Eine so viel schärfere, präzisere, erschöpfendere Formulierung der Anklage wie auch von dem Staatsanwalt hätten erwarten dürfen — darin wenigstens trug er dem allgemeinen Rechtsempfinden Rechnung, daß er für Herrn Eccius, den Direktor, auf Verjahung der gleichen Schuldfrage und Anerkennung des gleichen Strafmaßes plädierte wie für sein Werkzeug, Herr Brandt. Ja, so argumentierte der Staatsanwalt, Herr Eccius als der Urheber und Auftragsgeber, der Geldgeber für den „freundschaftlichen Verkehr“ mit den Feuerwerkern und Zeugoffizieren, ist im Grunde noch in höherem Maße schuldig als Herr Brandt, der als Exekutivorgan nur das ausführte, was die Firma von ihm verlangte.

Aber nicht nur die Verantwortlichkeit des Mitangeklagten Eccius beleuchtete der Staatsanwalt in dieser Weise, sondern auch die mehr als befremdende Haltung der übrigen Krupp-Direktoren. Man lese im Prozeßbericht nach, was er über die Herren Dreger, Meppen, Marquardt uhm. sagte. An Herrn Meppen er ging er selbstamerweise vorbei, und doch hätte gerade dieser Herr eine ganz besondere Charakterisierung verdient. Aber vermutlich hatte auch der Staatsanwalt keine Lust, ohne zwingende Not in ein Wespennest zu greifen!

Um so schwerer wiegt das, was der Staatsanwalt dennoch aus seiner Amtspflicht heraus zu sagen für notwendig hielt. Es war sicherlich nur der äußerste Niederschlag, die Quintessenz dessen, was zu sagen war. Denn daß darf man dem Staatsanwalt ohne weiteres glauben, daß er Tag und Nacht darüber nachgedacht hat, wie weit er irgend in diesem Prozeß die Verlässlichkeit des Staatsinteresses mit seiner Pflicht vereinigen könne.

Denn als das Staatsinteresse proklamierte die ganze staatsbehaltende Presse, proklamierten ja alle einflussreichsten Instanzen die Interessen der Firma Krupp. Es war ja nicht wie sonst, wo der Staatsanwalt unter dem Beifalligen der Mächtigen im Staate

gegen arme Teufel von gemeinen Verbrechern oder gegen Preßlinder ins Zeug gehen kann, die von den Herrschenden gedachtet sind; sondern hier ging die Anklage gerade umgekehrt gegen eine mit den Mächtigen und Herrschenden verflochtene Macht, gegen eine Firma, der bis zum letzten Augenblick noch die Gold der mächtigsten Person des Reichs geleuchtet! Hier war keine Anerkennung, keine Beförderung, kein Orden zu gewinnen, wohl aber bitterste Anfeindung durch die einflussreichsten Stellen zu gewärtigen.

Wie der herrschende Klimael gegen jedes Schwächere Zeichen eines objektiven Verfahrens, das etwa ohne Ansehen der Person vorgehen entschlossen sein konnte, loswütete, das haben ja die ungläublichen Artikel des Herrn v. Gottberg bewiesen, der von Staatsanwalt und Gericht nichts Geringeres verlangte, als die Niederstämpfung aller Rechtsgrundsätze zugunsten einer kapitalistischen Wirtschaft, für die moralische und kriminelle Schranken überhaupt nicht mehr existieren. Aber nicht nur dieser Scherl-Offiziosus proklamierte aller bisher geltenden Moral und allen strafprozessualen Bestimmungen zum Trotz die Souveränität großindustrieller Herrenmoral, das Kennzeichen von Gut und Böse, sondern auch eine Anzahl von anderen bürgerlichen Blättern erklärten die ganze Gerichtsverhandlung gewissermaßen als eine Farce, die sich wochenlang pedantisch mit „Lappalien“ und „Duisquillen“ abquälte, während der ganze „Bettel“ der Verhandlung überhaupt nicht wert sei. Nicht nur die konservative „Schlesische Zeitung“ tutete kräftigst in dies Horn, sondern auch die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ und die in der gleichen politischen Couleur gefärbte „National-Zeitung“ schmetterten ihre Panfaren in der gleichen Tonart in das Land.

Wenn trotz alledem der Staatsanwalt zu einer solchen Kennzeichnung der Kruppischen Kornwalzermoral gelangte, so fällt dies einem Staatsanwalt — wie er selbst zugab — in schwersten Gewissenskonflikten abgerungenen Zeugnis zehnmal schwer in die Waagschale.

## Löwenstein, der Ueber-Ulrich.

Nach dem Staatsanwalt erhielt als Verteidiger des Angeklagten Brandt Rechtsanwalt Löwenstein das Wort. Sein Vorgänger im Kriegsgerichtspräsidenten hieß Ulrich und war seines Zeichens Antisemit und altteutscher Hurra-Patriot. Wie haben Herrn Ulrich seiner hurrapatriotischen Phrasenmacherei wegen kräftig abgeschüttelt, aber wir müssen ihm nun Abbitte leisten. Denn das, was der des Antisemitismus sicherlich nicht verdächtige Herr Löwenstein an hurrapatriotischen Phrasen zum Besten gab, stellte bei weitem alles in den Schatten, was sich der teutonischen Brust des Herrn Ulrich entronnen hatte. Unsere Antisemiten und Antisemitinnen mögen sich begraben lassen. Sie mögen eilige Löwensteine engagieren und an ihre Spitze stellen! Kein Antisemite wird sich auch derer bemächtigen, die von den politischen und wirtschaftlichen Zielen des Antisemitismus nichts wissen wollen!

Aber höchlich darf Herr Löwenstein, obwohl er sich des „Vorwärts“ mit so viel Kollektivoren annahm, ja nicht etwa glauben, daß wir ihm irgendwie gratulieren. Im Gegenteil: der piefische allzu nächstern Rede des Staatsanwalts vermag die unsinnig bombastische Phrasenmacherei dieses Verteidigers erst ihr rechtes Gewicht zu verliehen.

Herr Löwenstein entdeckte, daß die strafrechtliche Seite des Prozesses weit hinter ihrer politischen und industriellen Bedeutung zurückstehe. Er sagte das nicht, um dem Rechte zum Siege zu verhelfen, sondern um ganz im Geiste des Herrn v. Gottberg die kapitalistische Unmoral zu rechtfertigen. So wenig vom Staate der Spionagebetrieb verurteilt sei, so wenig dort die Militärs und Staatsmänner sich genierten, von den Diensten ihrer Kreaturen Gebrauch zu machen, so wenig brauchten sich auch die Direktoren der Firma Krupp des Brandischen Spionagesystems zu genieren. — Wie haben schon in unseren Klaffen zur Rede des Staatsanwalts auf die erheblichen Unterschiede, auf das Jurefährande einer solchen Argumentierung hingewiesen. Aber immerhin, wenn dieser Rechtsvertreter erklärt, daß es ebensowenig wie im Kampf der Völker auch im wirtschaftlichen Kampf bestehende Moralgrundsätze geben könne, sondern daß da eben jede Spionage, jede Bestechung gerechtfertigt sei, so haben wir an sich nichts gegen eine solche prinzipielle Bloßstellung unserer kapitalistischen Gesellschaft. Der Sozialismus behauptet ja schon längst, daß der Kapitalismus alle Gesetze der Moral und des Rechts brutal unter die Füße trete. Wir Sozialdemokraten könnten uns am Ende gar nicht sehr baldiger wünschen, als wenn die jetzt wieder von Herrn Löwenstein proklamierte kapitalistische Unmoral vom Gericht ihren Segen und ihre Bestätigung empfangen würde.

Etwas anderes freilich ist es, wenn Herr Löwenstein, statt sich lediglich zum Apostel des von Herrn v. Gottberg zuerst verkündeten moralischen Riblismus herzugeben, sich auch anmacht, über die moralischen und politischen Beweggründe der Sozialdemokratie urteilen zu wollen, wenn er zum Beispiel Liebfucht wegen seiner parlamentarischen Ausführungen „schmäbliche Verdächtigungen“ vorwirft oder wenn er gar die unsäglich absurde Behauptung aufstellt, daß die vom „Vorwärts“ gebrachten Enthüllungen auf der gleichen Stufe ständen, wie das Bestechungssystem der Firma Krupp.

Herr Löwenstein bewies zum Ueberflus seinen Geschmack dadurch, daß er nicht nur gefälligst bestärkte, sondern auch in den Ausdrücken jedes erlaubte Maß überschritt. So sprach er von der „Schamlosigkeit“ des „Vorwärts“, der zwar selbst auf Grund von Vertrauensbrüchen seinen Lesern mancherlei Material vorsehe, aber nichtsdestoweniger die Kornwalzermoral der Firma Krupp nicht herb genug verurteilen könne. Auch das wollen wir Herrn Löwenstein nicht allzu sehr verübeln. Er wußte offenbar nicht, was er tat. Bei seinen vermögenden Vergleichen verlor er jeden Maßstab. Nicht ein Mangel des guten Willens, sondern ein völliges Verlangen des Intellekts ist es sicherlich, was seine unbegreiflichen Parallelen ermöglichte. Deshalb erklären wir auch nur, nicht um uns der Dessenlichkeit gegenüber zu rechtfertigen, sondern nur um dem Begriffsvermögen des Herrn Löwenstein nachzuhelfen, daß zwischen den unerbetenen und nicht durch Bestechungsgelder erworbenen politischen Enthüllungen des „Vorwärts“ und dem im geschäftlichen Interesse der Firma Krupp durch einen Bestechungsfonds systematisch betriebenen Spionagesystem immerhin ein nicht ganz unwesentlicher Unterschied besteht. Vielleicht versteht das Herr Löwenstein auch jetzt noch nicht. Aber wir können ihn dann eben nicht helfen und müssen ihn seinem Schicksal überlassen. Vertritt doch ohnehin bestigte Geistesverwirrung der Vergleich, den dieser nicht alldeutsche Verteidiger zu

ziehen wagte zwischen der Tat eines Herz von Wartenberg und den Bestechungsmanövern von Brandt und Eccius, die zwar nicht der Rettung des Vaterlandes dienten, aber durch Ausplünderung der Konkurrenzpreise und der Lieferungen der Firma Krupp die Möglichkeit gaben, ihre Konkurrenz durch Unterbietungen niederzuringen.

Doch wir wollen nicht im Groll von Herrn Löwenstein scheiden. Der Dank, den wir schon Herrn v. Gottberg schulden, gebührt doppelt und dreifach Herrn Löwenstein. Er möge Arm in Arm mit Herrn Brandt hocherhobenen Hauptes den Schwurgerichtssaal verlassen und sein Jahrhundert in die Schranken fordern. Wer die nun einmal bestehende Gesehe und anerkannte Moral so radikal umstürzen will, wie Herr v. Gottberg und erst recht Herr Löwenstein, der tut allerdings wohl nicht ganz Lug daran, sich eine Gerichtsverhandlung zum verwegentesten Experimentierfeld auszusuchen. Es könnte und deshalb keine größere Bemühtung widerfahren, als wenn auch der zweite Verteidiger sich in die Bahnen seines Mitverteidigers verlocken ließe. Was könnten wir uns besseres wünschen, als wenn Herr von Gottberg bis zum Schluß als Schupheiliger über den Angeklagten schweben und seinen heiligen Geist über ihre Verteidiger ausgießen würde.

## Politische Uebersicht.

### Eine altnationalliberale Tagung.

Die Fuhrmänner oder, wie sie sich zu nennen belieben, die „Altationalliberalen“, haben wie ihr Organ mittelt, am 2. November in Braunschweig eine Konferenz abgehalten, in der Herr Fuhrmann eine Rede über die politische Lage gehalten hat, an die sich eine lange Aussprache schloß. Dem nationalliberalen Abgeordneten Bösch wurde eine scharfe Rüge ausgesprochen, da er die Nützlichkeit des Militärkonkotts nicht recht begriffen hat, dann wurde die Art der Deckung der letzten Militärvorlage bemängelt und gegen die „prinzipiell falsche Besitzsteuer“ geäußert sowie die gegenwärtige Wirkung der jetzigen Handels- und Zollpolitik — für die Taten der Großindustriellen und Großagrarier nämlich — geurteilt.

Dann kam die sogenannte „Notwendigkeit“ eines Verbotes des Streikpostenlebens und der „Schutz der Arbeitswilligen“ zur Sprache. Allgemein war man sich einig, daß das Streikpostenlebens in keinem Fall gebildet werden dürfe. Die „Altationalliberale Reichskorrespondenz“ berichtet parteiislos über diese Verhandlung:

Leider sei bei den bisherigen Reichstagsverhandlungen die prinzipielle Vereinfachung, für eine wirkliche gesetzliche Abhilfe (d. h. das Verbot des Streikpostenlebens) zu sorgen, kaum zur Erreichung gekommen. Um so freudiger begrüßte man die in Wiesbaden beschlossene Einsetzung einer Kommission, die nach allen Anzeichen ihrer Aufgabe, durch Sichtung und Klärung des Materials zu positiven und befriedigenden Vorschlägen zu kommen, gerecht zu werden sich bemühe. Die Debatte ließ freilich über die Erörterung keinen Zweifel, die in der gesamten Industrie, bei Arbeitgebern wie bei den dem sozialdemokratischen Terrorismus preisgegebenen Arbeitnehmern, vor allem aber auch in unserem gewerblichen Mittelstande über die bisherige Behandlung dieser wichtigen Frage durch den Reichstag wie durch die Reichsregierung herrsche. Ein ergebnisloser Verlauf der nationalliberalen Kommissionsberatung würde darum nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben können. Man erhoffte aber um so mehr brauchbare und wirksame Vorschläge von der Kommission, als sie bemüht sei, in eingehender Fällungnahme mit der Partei im Lande und vor allem auch mit den sachverständigen Berufsorganisationen Klärung zu erhalten.

Eine ganz begriffliche Stellungnahme der im „Altationalliberalen Reichsverband“ vereinigten großen Volksticker und „Staatsmänner“, denn dem geschäftsführenden Ausschuß dieses vaterländischen Verbandes gehören an:

- Barfels, C. Goldmar, Fabrikbesitzer, Magdeburg-Potsdam. — v. Braunschweig, Kaufmann, Hamburg. — Eubl, Reichsrat, Weingutsbesitzer, Deidesheim. — Fuhrmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Berlin-Wilmersdorf. — Hartmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Weh. Intsigart, Dortmund. — Hirsch, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Handelskammerdirektor, Essen. — Dr. Lohm, Geh. Schulrat, Worms. — Dr. Leibig, Professor, Regierungsrat a. D., Berlin-Wilmersdorf. — Dr. Lehn, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fabrikbesitzer, Hohenalza. — Dr. Prager, Arzt, Fürth i. Bayern. — Dr. Röhling, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Landgerichtsdirektor, Berlin-Wilmersdorf. — Dr. Schifferer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Gutbesitzer, Charlottenhof bei Kiel.

### Zur bayerischen Königsfrage.

Weder der Reichsrat Freitagmorgen seine Zustimmung zu den Entwürfen des Königswechsels erteilt hatte, erhielt er im voraus eine allerhöchste Vollmacht, in der Ludwig III., der am 5. November als König die Regierung angetreten und von den dem König von Gottesgnaden zustimmenden Reichsrat Besatz ergriffen hat, den Reichsrat, an deren Arbeit er lange Jahre tätigen Anteil genommen habe, seinen königlichen Gruß entbot. Dann referierte Graf Crailsheim über den Königswechsel und bekräftigte dem Freiherrn v. Hertling, er habe in der Abgeordnetenversammlung mit Recht gegen die Behauptung protestiert, daß verfassungswidrig vorgegangen sei. Darauf wurde ohne Debatte und Widerspruch der Königswechsel sanktioniert.

Die „Münchener Post“ fordert Klärung über die Verhandlungen zwischen den Liberalen und dem Ministerium in der Königsfrage, da die antiparlamentarische Lösung in liberalen Kreisen schwere Verstimmlungen hervorgerufen hat. Es seien, so schreibt unser Parteiblatt, zwei Möglichkeiten denkbar. Entweder hätten die Liberalen mit Herrn v. Hertling unter einer Tede gespielt, das heißt sie hätten nur des Scheines wegen höhere Fragen erhoben, sich aber im voraus damit einverstanden erklärt, daß der Ministerpräsident im Sinne des Gottesgnadenabkommens unter Ausschaltung des Parlaments, wenn auch verhehlt vorgehen würde. Oder, das sei die zweite Möglichkeit, Herr v. Hertling wolle sich einfach nicht an das Abkommen mit den Liberalen gehalten, hätte die Liberalen aber Ohr gebauert und die Liberalen seien über diese Uebertrumpfung dann so verblüht gewesen, daß sie alles über sich ergehen ließen. Die „Münchener Post“ faßt: „Will der Liberalismus nicht ein Opfer dieses Königswechsels werden, so muß er jetzt vor allem der Dessenlichkeit die Geschichte erzählen, was hinter den Kulissen vorgegangen und was mit Herrn von Hertling in der entscheidenden Frage der parlamentarischen Mitwirkung vereinbart worden ist.“

### Ein gutes Geschäft.

Die Absetzung des Königs Otto von Bayern bedeutet auch für die Kinder des bisherigen Regenten und nunmehrigen Königs

von Bayern ein recht gutes Geschäft, da sie von jetzt an nette Spanagen erhalten werden.

Die nachstehende Liste gibt darüber Auskunft:

Ramen	Brug bis her vom Staate	Wird häufig vom Staate beziehen
Muppert (jetzt Kronprinz)	Nichts	350 000 M.
Karl . . . . .	10 000 M. als Regimentskommandeur	187 000 "
Franz . . . . .	Nichts	dazu 171 000 "
Adelgunde		25 500 "
Sildegard . . . . .		25 500 "
Siltrud . . . . .		25 500 "
Selmtrudis . . . . .		25 500 "
Gundelinde . . . . .		25 500 "
	Sa. 10 000 M.	Sa. 785 500 M.

Den Kindern des jetzigen Königs besichert also die Absehung des bisherigen allein aus der Staatskasse die hübsche Summe von 785 500 M. jährlich.

König Ludwig III. bezog, so lange er Regent war, vom Staate nur 842 857 M. Von jetzt ab erhält er die Zivilliste, die momentan 4 231 000 M. beträgt, bald sich aber auf rund 5 500 000 M. belaufen wird, da dem Landtage bereits eine Vorlage zugegangen ist, die sie auf diese Summe erhöhen soll.

Unser Württemberger Parteiorgan hat zwei Tage vor der Thronbesteigung Ludwigs III. ein Referat des verstorbenen Zentrumsgesandten Freiherr von Mallen, der ein bestiger Gegner der Königsmacherei war, veröffentlicht, in dem es unter anderem über den Plan, den König Otto abzusetzen, hieß: „Es steht etwas ganz anderes dahinter, als das Interesse um Regentenschaft und Königtum — das verfassungsmäßige. Da plädiere ich noch weit lieber für eine ausgiebige Erhöhung der Zivilliste oder des Regentenverhältnisses.“ Betrachtet man den zweiten Satz, den hier der Baron Mallen von sich gab, so sieht es gerade so aus, als ob er geglaubt hätte, bei der Königsmacherei seien vor allem verfassungsmäßige Erwägungen in Betracht gekommen. Bedeutet man, daß der König Otto, schon 65½ Jahre alt ist, also noch menschlichem Ermessen doch nur mehr ein paar Jahre leben wird, so ist die Eile, mit der man ihn jetzt absetzt, zweifellos etwas verächtlich.

### Ullstein und „Tante Bosh“.

Gegenüber anderweitigen Angaben kann die „Frankfurter Zeitung“ berichten, daß über den Uebergang des Verlages der „Vossischen Zeitung“ an die Firma Ullstein verhandelt wird. Die bisherigen Hauptinteressenten waren bekanntlich die Mitglieder eines unter Führung des Bankhauses Lazard, Speyer-Clissen in Frankfurt a. M. stehenden Konsortiums, das vor mehreren Jahren den größten Teil der Anteile des Unternehmens aus dem Besitze der Lessing'schen Erben übernommen hatte. Die von anderer Seite über den damaligen Sankt-Ämmer und den jetzigen Verkaufspreis genannten Ziffern werden von der „Frankfurter Zeitung“ als unrichtig bezeichnet. Die Verhandlungen mit der Firma Ullstein sind schon ziemlich weit vorgeschritten, so daß gegen Ende dieses Monats der endgültige Abschluß erwartet werden kann.

### Die Typhuskrankungen in Goldap.

Unsere Meldung, daß unter den Mannschaften des 44. Infanterie-Regiments in Goldap zahlreiche Typhuskrankungen vorgekommen seien, wird uns durch mehrere Zuschriften aus unserem Leserkreise bestätigt. Aus einer Zuschrift erleben wir, daß Erkrankungen bereits während der Wanderversübungen vorgekommen sind, daß aber trotzdem die neuereingezogenen Rekruten in die freilich desinfizierten Kasernen einquartiert wurden. Die Angehörigen sind in banger Sorge, ob ihre Familienmitglieder aus der „Berienkolonie“ gesund heimkommen.

Eine Aufklärung der Vorkommnisse durch die beteiligten Stellen ist dringend geboten. Wenn kurz vor der Einziehung der neuen Mannschaften zahlreiche Typhuskrankungen und auch Todesfälle vorgekommen sind — uns wird gemeldet, daß bei einer Kompagnie fünf Mann erkrankt und zwei davon gestorben sind — dann wäre es erforderlich gewesen, die neuereingezogenen Mannschaften in anderen Quartieren unterzubringen. Mitte vorigen Monats sind auch zahlreiche Reservisten nach Goldap berufen worden. Wie wir hören, sollen am 20. d. M. neue Reservisten nach Goldap zur Reservierung abgehen. In der Mehrzahl handelt es sich dabei um Familienväter. Wir erwarten von der Militärverwaltung, daß sie der beunruhigten Öffentlichkeit davon Kenntnis gibt, wie viel Erkrankungen und Todesfälle seit der Wanderversübungen beim 44. Infanterieregiment in Goldap vorgekommen sind, und welche Maßnahmen getroffen wurden, ein Uebergreifen der Typhuskrankungen auf die später eingezogenen Mannschaften zu verhindern.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich einer anderen Beschwerde Raum geben. Uns wird berichtet, daß die im Fort Cronstorf in Königsberg einquartierten Soldaten zum Teil in ungesunden feuchten und kalten Kasernen untergebracht sind.

Auch hier scheint es uns — vorausgesetzt, daß die Beschwerden zutreffen — dringend geboten, daß eine Aenderung Platz greift. Die deutschen Steuerzahler, die ungezählte Millionen für den Moloch Militarismus aufbringen müssen, haben ein Recht darauf, zu verlangen, daß ihre Söhne wenigstens in gesunden, trockenen und luftigen Räumen ihre Militärgelt verbringen.

### Eine angebliche Falschmeldung.

Die „Deutsche Tagesztg.“ berichtet: „Einige unsterbliche Blätter übernehmen aus dem Archiv für Versicherungswissenschaft die Behauptung, der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten solle die Rollen für den in voriger Woche abgehaltenen politischen Rednerkursus des Bundes der Landwirte übernommen haben. Diese Nachricht ist aus der Luft gegriffen und entspricht nicht den Tatsachen.“ Wir überlassen natürlich dem „Archiv für Versicherungswissenschaft“ die Antwort.

### Anträge zur Arbeitslosenfürsorge.

Das Gewerkschaftskomitee und der Sozialdemokratische Verein in Düsseldorf haben an den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten folgende dringliche Anträge gestellt:

1. Durch die Inangriffnahme öffentlicher städtischer Arbeiten baldmöglichst für ausgeübte Arbeitslosgenheiten zu sorgen; 2. durch die Stadt Düsseldorf eine Arbeitslosenversicherung in erster Linie nach dem System der Zahlung von Zuschüssen zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen einzuführen; 3. bald dem Reichstag und dem

Bundesrat Anträge auf Einführung einer umfassenden Arbeitslosenfürsorge durch das Reich zu stellen; 4. durch geeignete Maßnahmen für den Bezug von Lebensmitteln durch die Stadt und Abgabe dieser Lebensmittel durch städtische Verteilungsstellen zum Selbstkostenpreis an die minderbemittelte Bevölkerung zu sorgen; 5. zur Durchführung dieser Anträge sowie zur Prüfung der Frage der Arbeitslosenfürsorge überhaupt eine Kommission einzusetzen, in der auch die antragstellenden Vereinigungen in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise vertreten sein müßten.

In Bielefeld hat das Gewerkschaftskomitee als Vertretung von über 17 000 organisierten Arbeitern den städtischen Körperschaften eine Eingabe unterbreitet, um diese zu veranlassen, Vorkehrungen gegen die einsetzende Krise und ihrer Folgen zu treffen. Als geeignete Maßnahmen werden vorgeschlagen:

1. Förderung der Verteilungen auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung. 2. Bis dahin Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung und bis zur Durchführung dieser Gewährung von Zuschüssen an diejenigen Arbeitervereinigungen, die ihren arbeitslosen Mitgliedern Unterstüßungen gewähren. 3. Sofortige Inangriffnahme notwendiger kommunaler Arbeiten. 4. Vorbereitung von Notstandarbeiten. 5. Bezug von Lebensmitteln durch die Gemeinde und Abgabe zum Selbstkostenpreis an die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung.

Aus der Begründung der Anträge geht hervor, daß auch in Bielefeld bereits Hunderte von Arbeitslosen vorhanden sind. Die meisten Betriebe der Wäberei- und Konfektionsbranche, der Metall- und Holzindustrie arbeiten mit verkrüppelter Arbeitszeit oder mit Pensionschickeln. Die Textilindustrie zeigt gleichfalls schwachen Geschäftsgang.

### Die Wahlrechtsfrage im Dresdener Stadtparlament.

In der Donnerstagssitzung der Stadtverordneten wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion behandelt, der den Rat ersucht, eine Vorlage auf Wiedereröffnung der bis zum Jahre 1905 geltenden allgemeinen Bürgerwahlrechts auszuarbeiten und auf dem Wege der Petition an die Ständekammern das Reichstagswahlrecht für die Stadtverordnetenwahlen unter Zugrundelegung der Verhältnisse zu angestreben. Genosse Kühn begründete den Antrag. Er bezeichnete das bestrebende Verursachungsrecht, das aus Furcht vor der Sozialdemokratie eingeführt wurde, als elend und erbärmlich und wies an den Wirkungen des Wahlrechts zwingend nach, daß nicht nur die Arbeiterklassen, sondern auch die Beamten und die Mittelschichten der Einwohnerschaft schwer benachteiligt sind. Die bürgerlichen Stadtväter, auch die freisinnigen, hielten die Wahlrechtsfrage nicht für wichtig genug, um darüber in eine Debatte einzutreten. Sie verwiesen die sozialdemokratischen Anträge an die Ausschüsse. Ein Rest von Scham und vor allem die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen hielten sie ab, einem kontrapunktigen Antrage zu folgen, der den Anträgen ein erstklassiges Begründnis schon im Plenum bereiten wollte.

### Budgetberatung in der Hamburger Bürgerschaft.

Die erste Lesung des Hamburger Staatsbudgets für 1914 ist in der Mittwochssitzung der Bürgerschaft in knapp zwei Stunden erledigt worden. Dieses schleunige Verfahren erklärt sich daraus, daß bei den vorausgegangenen Debatten über das Universitätsprojekt die prinzipiellen Fragen der Hamburger Politik ausgiebige Erörterung erfahren haben. Die Finanzlage des Staates erschien allerdings diesmal in einem ganz anderen Lichte als während der Universitätsdebatten. Das Defizit von 13¼ Millionen Mark, das als Schreckgespenst vorgeführt worden war, verwandelte sich in der Budgetdebatte des Finanzsenators Dr. Diebel in einen Ueberschuß. Der Senator legte dar, daß bei der Aufstellung des Budgetentwurfs kein Bedacht genommen werde, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen und keine Ueberschuldung auf Kosten der Steuerzahler zu treiben, woraus sich von selbst ergebe, daß in den Entwurf ein rechnerisches Defizit eingepreist werden müsse. Dieses Defizit werde, wie in den Vorjahren, nach der endgültigen Abrechnung verschwinden oder auf einen ganz geringen Betrag zurückgehen. Es sei daher ganz verfehlt, die Finanzlage Hamburgs als miserabel zu bezeichnen, wie das längst in der auswärtigen Presse geschehen sei. Die Staatsschulden sind allerdings beträchtlich gestiegen, auf 843 Millionen Mark, aber ihnen stehen Aktiven von weit höherem Wert gegenüber. In den letzten Jahren seien gewaltige Kulturaufgaben geleistet worden. Die Sanierung der Wohnungsverhältnisse, die 1893 nach der Choleraepidemie in Angriff genommen wurde, sei jetzt im letzten Stadium angelangt; das Wort, das Bürgermeister Durchardt vor zwanzig Jahren im Reichstag verhandelt habe, sei eingetroffen, die Pesthöhlen, in denen die Cholera ausbrach, sind verschwunden, nachdem viele Millionen für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse aufgewandt worden sind. Der Senator kündigte zum Schluß an, daß statt der bisherigen halbprozentigen Amortisation der Staatsschulden künftig einprozentige Amortisation erfolgen soll. Steuererhöhungen würden trotz der ungünstigen Entwicklung der neuen Reichssteuer auf die Finanzen der Bundesstaaten vorläufig nicht nötig sein.

In der allgemeinen Beratung erhob der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Hoffmann, die Forderung einer Aushebung des Schulgeldes in den Volksschulen und bessere Ausstattung der Volksschulen. Ein Anfang damit ist auf sozialdemokratischer Anregung hin schon im vorliegenden Budget gemacht, indem 40 000 M. mehr zur Ergänzung von Lehrmitteln eingestellt wurden. Ferner erinnerte Hoffmann daran, daß noch immer die Sozialdemokratie von allen Verwaltungsbehörden ferngehalten werde und hob den Nutzen sozialdemokratischer Mitarbeit besonders in der Volksschulverwaltung und Armenpflege hervor. Die Mehrheitspartei reagierte darauf mit dem Zuruf: Budgetverweigerung! Worauf Hoffmann schlagfertig erwiderte: Man sei doch in keiner Kinderstube, wo es Belohnung für Keigheit gebe, sondern hier handle es sich um die Anerkennung der Gleichberechtigung aller politischen Parteien! — Es wurde dann noch von einem Redner der Linken, Dr. Bauer, über die Reform der Verwaltung gesprochen, die nicht vom Niederkommen, will, und dann das Budget einem Ausbruch überwiegen. — Vorher machte noch der liberale Abg. Dr. Waband dem Senator Dr. Diebel den Vorwurf, daß er die Universitätsvorlage zu Fall gebracht habe, weil er die Finanzlage während der Universitätsdebatte viel ungünstiger geschildert habe als jetzt bei der Budgetberatung.

### Wieder ein Spionageprozeß.

Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafgericht des Reichsgerichts begann heute vormittag der Spionageprozeß gegen den Kaufmann Tzschlaw Morlowki aus Thorn, den Kaufmann Modestow Broblewski aus Warschau und den Handlungsgehilfen Leo Wolmann, ebenfalls aus Warschau. Die Angeklagten werden beschuldigt, im Februar dieses Jahres versucht zu haben, sich in den Besitz eines Geheimschlüssels russischen Modells zu setzen, um es an eine fremde Regierung zu verraten. Zur Verhandlung sind acht Zeugen, ein militärischer Sachverständiger und ein Dolmetscher erschienen. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen.

## Frankreich.

### Die Wahlrechtsfrage.

Paris, 7. November. Die dem Verhältnismäßigem günstig gestimmten Blätter äußern ihre lebhafteste Befriedigung über den gestrigen Kammerbeschuß.

Der „Radical“ erklärt: „Die Wahlreform kann heute noch durch Binkelfüge verzögert werden; sie ist aber unvermeidlich. Es wäre eine Ehre für die radikale Partei, wenn sie diese Wahlreform vermittelnd würde.“

Die „Humanité“ schreibt: „Die Frage der Wahlreform, die man als begraben bezeichnete, ist lebendiger denn je. Es ist ihren Gegnern trotz aller Bemühungen nicht gelungen, sie von der parlamentarischen Tagesordnung zu verdrängen.“

Mehrfach wird die Ueberzeugung ausgedrückt, daß der Senat seine Haltung gegenüber der Wahlreformfrage ändern müsse. So meint die „Action“: „Der Senat wird wohl im höheren Interesse der Republik nunmehr einem Vermittlungsvorschlage zustimmen, der ihm unterbreitet werden wird. Die Kammer aber muß, nachdem sie von neuem für die unantastbaren Grundsätze der Reform eingetreten ist, jetzt einen Ausgleich mit dem vom Senat beabsichtigten Mehrheitsprinzip anstreben.“

## China.

### Der Staatsstreich in Anschikais.

Peking, 7. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Manifest des Präsidenten Yuanshikai gegen die Kuomintangpartei hat hier keinerlei Erregung hervorgerufen. Bei den Anhängern der Partei ist die Furcht stärker als die Neigung, die Opposition gegen die Regierung fortzusetzen. In Peking ist man allgemein geneigt, den Schritt Yuanshikais zu billigen. Die Gesandtschaften heißen die Kundgebung des Präsidenten fast einstimmig gut und geben der Meinung Ausdruck, daß eine Kontrolle der Geschäfte für Yuanshikai unmöglich war, solange das Parlament eine Brutstätte der Revolution war.

## Amerika.

### Die New Yorker Wahl.

New York, 7. November. (V. C.) Bei der Bürgermeistereiwahl erhielten der republikanische Kandidat Ritchell 355 888 Stimmen, der Taunman-Kandidat Richter Mac Call 284 679 und der sozialistische Bewerber Russell 23 109 Stimmen. Die Ziffern für die anderen Wahlergebnisse sehen noch aus.

## Letzte Nachrichten.

Alfred Russel Wallace gestorben.

London, 8. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gestern morgen starb friedlich im Alter von 90 Jahren in seiner Wohnung bei Wimborne Dr. Alfred Russel Wallace, der letzte der großen englischen Wissenschaftler des 19. Jahrhunderts. Seinen hauptsächlich wissenschaftlichen Ruf verdankt der Verstorbenen der Tatsache, daß er zur selben Zeit wie Darwin die Lehre von der natürlichen Auswahl aufstellte, obwohl er mit seltener Bescheidenheit diesen Ruf stets von sich wies, den er ganz seinem lieben Freunde Darwin zusprach. Über Wallace ging nicht ganz in seinen Forschungen auf, die sich über weite Gebiete der Wissenschaft erstreckten; er nahm einen überaus regen Anteil an dem öffentlichen Leben. In den achtziger Jahren war er Vorsitzender der Gesellschaft für Verstaatlichung des Grund und Bodens. Er schrieb und ogitterte gegen den Japsjwang. Vom Jahre 1889 an bekannte er sich offen als Sozialist. Schon in früher Jugend kam er als junger Landmesser mit dem Sozialismus in Berührung. In der Halle der Wissenschaft in London las er in den Vorträgen Owens, dessen Einfluß in seinen letzten Schriften und Aeußerungen noch deutlich wahrzunehmen ist.

Bis zu seiner letzten Stunde war dieser große alte Mann der Wissenschaft ein feuriger und unerschrockener Anwalt der sozialen Gerechtigkeit, und die Arbeiterschaft konnte zu allen Zeiten in ihren Kämpfen auf seinen Beistand rechnen. In ihm verliert die Welt einen Mann von seltenern Geistesgaben, dessen rastloser Geist die fruchtbarste wissenschaftliche Forschung mit einer lebendigen Anteilnahme an dem Leben des Volkes zu verbinden vermochte. Niemand wird seinen Tod mehr betrauern als das Proletariat, in dem der von allen geachtete Mann den Vollstrecker der sozialen Gerechtigkeit sah.

### Optimismus des russischen Ministerpräsidenten.

Paris, 7. November. (V. C.) Der „Temps“ veröffentlicht ein längeres Interview mit dem russischen Ministerpräsidenten Kozlowow. Der russische Ministerpräsident erklärt hierin unter anderem, daß er in Bezug auf die Balkanfrage von unerschütterlichem Optimismus besetzt sei. Die albanische Frage erscheine ihm als durchaus nicht beunruhigend und sei für ihn überhaupt nur eine Frage zweiter Ranges. Ernsthafter erscheint Kozlowow schon die griechisch-türkische Spannung. Nach Ansicht Kozlowows muß die albanische Frage zuerst gelöst sein damit die griechisch-türkischen Verhandlungen ihren Abschluß finden können. Ueber die Absichten König Ferdinands bei seinem Wiener Aufenthalt ist Kozlowow nichts bekannt. Er glaubt aber nicht, daß Bulgarien imstande sei, einen neuen Konflikt heraufzubekommen.

Weiterst interessant sind die Erklärungen Kozlowows über die Stellung Italiens. Er sagte: „Ich habe bei meinen Unterredungen mit dem Marquis di San Giuliano den Eindruck erhalten, daß die Aktion der italienischen Regierung eng an diejenige der österreichischen Regierung auf dem Balkan gebunden ist und daß das italienische Kabinett das österreichische Ultimatum an die serbische Adresse durchaus gerechtfertigt gefunden hat. Unsere Gesichtspunkte sind offenbar nicht übereinstimmend, aber ich bin nichtbestimmter überzeugt, daß die Londoner Konferenz schließlich alles arrangieren wird.“ Zum Schluß äußerte sich Kozlowow über die Gründe seiner Anwesenheit in Paris und erklärte, daß dieselbe durchaus nichts mit einer Staatsanleihe zu tun habe, wie die Presse bisher behauptete.

### Zurückweisung des amerikanischen Ultimats.

New York, 7. November. (W. T. W.) Aus Mexiko City wird gemeldet: In einer Versammlung des Kabinetts, die letzte Nacht stattfand, wurde die formelle negative Antwort Cuertias auf die Forderungen der Vereinigten Staaten eingehend besprochen. In dieser Antwort wird bestritten werden, daß die Vereinigten Staaten irgendein geschliches oder sonstiges Recht haben, das Auscheiden Cuertias zu verlangen.

### Anebelungsversuch russischer Rechtsanwälte.

Petersburg, 7. November. (W. T. W.) Der Staatsanwalt bei der Justizkammer zu Petersburg hat der Generalversammlung der Anwälte der genannten Kammer den Antrag unterbreitet, eine Disziplinar- und Strafverfolgung einzuleiten gegen diejenigen Rechtsanwälte der Petersburger Rechtsanwaltschaft, die für eine Protestkundgebung gegen den Weilsprozeß gestimmt haben.

Unsere  
**Spielwaren-  
Ausstellungen**  
sind  
**eröffnet!**

# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

## Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Verkauf nicht an Wiederverkäufer. (Nicht am Spittelmarkt) Die mit \* bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

### Wurstwaren

Rotwurst od. Zwiebelwurst	Pfd. 55 Pf.
Landleberwurst	Pfund 95 Pf.
ff. Leberwurst	Pfund 1.05
Mettwurst nach Braunschweiger Art	Pfund 1.10
Teewurst	Pfund 1.10
Gervelat-od. Salamiwurst	Pfund 1.35
Gänsebrust	Pfund 1.65
Nusschinken	Pfund 1.40
Schinkenspeck	Pfund 1.20
Speck <sup>mit</sup> Pfund 78 Pf. <sup>mager</sup> Pfund 95 Pf.	

### Konserven

Brech- od. Schreidebohnen	1/2 Dose 30 Pf.
Kohlrabi in Scheiben	1/2 Dose 29 Pf.
Spinat	1/2 Dose 42 Pf.
Suppenschoten	1/2 Dose 38 Pf.
Junge Schoten	1/2 Dose 48 Pf.
Gemischtes Gemüse	1/2 Dose 48 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	1/2 Dose 85 Pf.
Bruchspargel mit Kopf	1/2 Dose 1.00
Stangenspargel	1/2 Dose 98 Pf.

### Amerik. Äpfel

Pfund **15, 20** Pf.

### \* Franz. Essäpfel

Pfund **15** Pf.

### \* Ital. Essäpfel

Pfund **13** Pf.

### \* Kochäpfel

Pfund **10** Pf.

### \* Grauhirnen

Pfund **13** Pf.

### \* Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen	90 Pf.
Rinderkamm oder -Brust	80 Pf.
Gehacktes	60 Pf.
Schweiterblatt im Ganzen	80 Pf.
Kalbsbug oder -Kamm	80 Pf.
Kalbsbrust	90 Pf.

### \* Kassler

Pfund **78, 85** Pf.

Rückenlett	Pfund 70 Pf.
Liesen	Pfund 80 Pf.

### Australisch. Hammelfleisch

Hammelkeule im Ganzen	73 Pf.
Hammelrücken im Ganzen	68 Pf.
Hammel Dicke Rippe	Pfund 63 Pf.
Hammeldünnung	Pfund 55 Pf.

### Bratgänse

Pfund **55, 63** Pf.

### Fettgänse

Pfund **65, 70, 75** Pf.

### Hirschblatt

Pfund **53** Pf.

### Raninchen

gestreift Stück **75, 95** Pf.

### Bratenschmalz

Pfund **68** Pf.

### Butter und Käse

Moikereibutter	1/2-Pfund-Paket 65 Pf.
Schweizer Käse	Pfund 85, 95 Pf.
Emmentaler Käse	Pfund 1.10
Edamer Käse	Pfund 78, 88 Pf.
Holländer Käse	Pfund 65, 85 Pf.
Brie-Käse	Pfund 55 Pf.
Limburger Käse	Pfund 38 Pf.

### Kolonialwaren

Kaffee frisch gebrannt 1-Pfund-Paket	1.10
Kaffee frisch gebrannt 1/2-Pfund-Paket	60, 65, 70 Pf.
Haushalt-Schokolade	Pfund 70 Pf.
Kronen-Keks	1/2 Pfund 15 Pf.
Kakao	Pfund 70, 95 Pf.
Erbsen mit Hülsen	Pfund 15, 18 Pf.
Erbsen glasiert	Pfund 24 Pf.
Bohnen	Pfund 18, 23 Pf.
Linzen	Pfund 18, 23, 28 Pf.
Reis	Pfund 18, 20, 25 Pf.
Backobst	Pfund 38 Pf.
Pflaumenmus	Pfund 24 Pf.

### Haselnüsse

Pfund **45** Pf.

### \* Mohrrüben

4 Pfund **10** Pf.

### Kartoffeln

Magnum bonum

### Zentner **1.85**

frei Haus **2.25**

### \* Rot-, Weiss-, Wirsingkohl

Kopf **3, 5, 8** Pf.

### Spinat od. Grünkohl

Pfund **5** Pf.

### Märkische Rübchen

2 Pfund **15** Pf.

Rainisopferer Große Frankfurterstr. 67. 23999\*

**Auf 2 Lose ein Gewinn garantiert**

Ziehung am 18. Novemb.

**Münchener Lotterie**

Gewinne im Werte von Mark

**100000**

**15000**

Hauptgew.

Wer 2 Lose kauft, muss gewinnen.

Lose 2 M. <sup>Paris u. List</sup> 30 Pf.

**H. C. Kröner**

BERLIN W 8, Friedrichstr. 193a.

Tel.-Adr.: „Goldquelle“.

**6 XI**

**SECHSMAL**

schneller als jedes andere Mundwasser vernichtet das

**Pefferminz-Lysoform**

die Bazillen in Mund und Rachen

Fl. M. 1,— und M. 2,—.

Beachten Sie meine 7 Schaufenster.

**Oskar Wollburg,**  
56-57 Brunnenstrasse 56-57

**Herbst-Moden**

Kostüme, neueste Fassons, mod. Stoffe **24<sup>50</sup> 35<sup>00</sup> 49<sup>00</sup> M.**

Ulster, gediegene Qualität, gute Verarbeitung **16<sup>50</sup> 23<sup>75</sup> 36<sup>00</sup> M.**

Frauenmäntel aus Tuch, Plüsch, Breitschwanz etc. in allen Weiten und Längen **21<sup>00</sup> 38<sup>00</sup> 47<sup>00</sup> bis 125<sup>00</sup> M.**

**Änderungen sofort u. gratis.**

Durch Selbstfabrikation im großen Stil ohne jeden Zwischenhandel sind meine Preise sowie Auswahl unvergleichlich.

Beachten Sie meine 7 Schaufenster.

**Ratenzahlung ohne Preiszuschlag!**

**Goethes Werke**

Herausgegeben von Franz Diederich

In 3 dauerhaften geschmackvollen Bänden Preis M. 4.—

**Bestellschein**

Unterzeichnete bestellt hiermit bei der Expedition des „Vorwärts“

**1 Goethes Werke,** Einleitung versehen von Franz Diederich zu Preis M. 4.— gegen monatliche Zahlung von 50 Pf. Das Werk wird sofort nach der Bestellung geliefert, bis zur vollständigen Zahlung bleibt es aber Eigentum der obigen Firma

Name: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

Wie bitten beständig zu schreiben

Ebenso wie wir unseren Abonnenten die Werke Schillers, Heines und Reuters auf Teilzahlung abgegeben haben (und dies auf Verlangen auch heute noch tun), bieten wir jetzt „Goethes Werke“ an und hoffen, daß unsere Leser die Gelegenheit gern ergreifen werden, um auf diese Art in den Besitz der Werke des größten deutschen Dichters zu gelangen. Ein Wort zum Ruhme der Werke dieses großen Dichters und Denkers vertragen wir uns. Auf ihn trifft zu, was er seinen „Faust“ sagen läßt: „Es kann die Spur von meinen Erdentagen, nicht in Aeonen untergehn“. — Die Auswahl dieser Ausgabe ist besorgt von Franz Diederich, der unseren Lesern durch die Herausgabe der prächtigen Gedichtsammlung „Von unten auf“ kein Fremder ist. Bestellungen werden umgehend erbeten.

Verantw. Redakt.: Alfred Dieckmann, Reußstr. 10. Inzeratenteil übernimmt. G. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Servilismus.

Es gibt doch noch Leute, welche die Hand küssen, die sie züchtigt. Diese für sie erfreuliche Erfahrung macht aus Anlaß ihrer vielbesprochenen Maßregelung die Direktion der Deutschen Bank. Ein Abteilungsleiter dieses Instituts hat es sich vorgenommen, seinem persönlichen Servilismus die Zügel schlingen zu lassen und zu gleicher Zeit den Charakter seiner Untergebenen und anderer Angestellten der Bank einer Prüfung zu unterziehen. Der Herr verfaßte folgendes Schriftstück:

An den Vorstand der Deutschen Bank, Berlin! Wir empfangen das gestrige Rundschreiben und gestatten uns, für die darin gegebene ausführliche Darstellung des Tatbestandes, der zur Entlassung des Herrn Baron geführt hat, unseren verbindlichsten Dank auszusprechen. Wir möchten uns dabei zu bemerken gestatten, daß Herr Baron kein Recht hatte, sich als Vertreter der Beamten zu bezeichnen, jedenfalls haben wir Unterzeichneten ihn in keiner Weise mit der Vertretung unserer Interessen beauftragt; wir mißbilligen vielmehr sein Vorgehen auf das schärfste, wissen wir doch aus vieljähriger Erfahrung, das großherzige Wohlwollen und die stete Hilfsbereitschaft unseres hochgeehrten Vorstandes zu schätzen und zu würdigen.

Wir gestatten uns, die Bitte auszusprechen, uns dieses Wohlwollens auch in Zukunft gütigst bewahren zu wollen, und wir geben gleichzeitig die Versicherung ab, daß wir wie bisher so auch fernerhin bemüht sein werden, uns dieses Wohlwollens würdig zu erweisen.

Mit der Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung in gehorsamster Ergebenheit

Die Beamten der . . . . . Abteilungen. (Hier sollen die Unterschriften folgen.)

Dem Verfasser dieses Schriftstückes muß Speichel wie Honigseim schmecken. Man denke: Er bedankt sich für die Darstellung des Tatbestandes, der zur Entlassung des Herrn Baron geführt haben soll, freidet also der Bankleitung ihren Rechtfertigungsversuch als eine Gnade gegen die — Angestellten an! Freilich wagt er dabei der Direktion nicht einmal gerade das Gesicht zu zeigen. Mit submissiv gekrümmtem Rücken „gestattet“ er sich nur seinen „verbindlichsten“ Dank, „gestattet“ sich dabei einen Fehlschritt gegen den Gemahregelten, „gestattet“ sich die Bitte um künftiges Wohlwollen und schließt seinen schleimigen Erguß „in gehorsamster Ergebenheit“. Und das Zeug mußt der Herr anderen zu, ebenfalls zu unterschreiben! Zunächst den Angestellten seiner Abteilung, die wenigstens Gelegenheit haben, aus diesem Schriftstück die Bedientennatur ihres Vorgesetzten zu erkennen. Aber auch die Angestellten anderer Abteilungen bekommen dieses Dpuz zur Unterschrift vorgelegt. Ob mit besonderem Erfolg, vermögen wir nicht zu sagen.

Aber selbst wenn alle Angestellten der Deutschen Bank das Schriftstück unterzeichneten, die Direktion würde sich einer schweren Täuschung hingeben, wenn sie meinte, in dem Nachwerk einer liebedienerschen Seele die wahre Meinung ihrer Beamten sehen zu können. Die oft sind nicht schon im wirtschaftlichen Kampfe auch Arbeitern ähnliche Zirkulare zur Unterschrift vorgelegt in der durchsichtigen Absicht, auf diese Weise in einfacher Weise die Böde von den Schafen zu sondern. Da blieb vielfach kein ander Mittel, als zähneknirschend die Unterschrift unter einen solchen Waschzettel zu setzen. Wenn acht Tage vor dem Kündigungsstermin die Beamten der Deutschen Bank denselben Weg gehen, um neuen Opfern und neuen Maßregelungen vorzugeben; wir würden es begreifen. Die Gärung unter der Oberfläche, die Empörung über die Zumutung, daß der Beamte mit seiner Arbeitskraft dem kapitalistischen Großbetriebe auch seine Gesinnung zu verkaufen habe, kann dadurch nur weiter wachsen. Solche Freunde, wie der Verfasser des oben abgedruckten Schriftstückes, sind schlimmer für die Direktion

als offen auftretende Feinde. Immerhin mag dieser Ton der Leitung der Deutschen Bank angenehmer klingen, als das mannhafte Unterhandeln von Partei zu Partei, das dem wirklichen Verhältnis zwischen Unternehmern und Angestellten der Gegenwart weit besser entspricht. Ueber den Geschmack ist mit Scharfmachern schlecht streiten.

Berlin und Umgegend.

Zum Streit der Etuisarbeiter.

Richtorganisierte Etuisarbeiter werden in der „Berliner Volkszeitung“ vom Arbeitsnachweis der Etuisfabrikanten, Maifer-Franz-Vrenadierplatz 1, gesucht, um Hausreichdienste für die bedrängten Fabrikanten zu leisten. Vergessen hat man allerdings, die Mindestlöhne mit zu veröffentlichen, wie sie nach der letzten Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“ vom 2. November bisher gezahlt sein sollten. Sollen doch die Etuisarbeiter mindestens 36 M. und die Etuisfabrikanten mindestens 30 M. pro Woche verdienen haben.

Die Streikenden fordern demgegenüber bescheidenweise nur einen Mindestlohn von 60 Pf. die Stunde, was einem wöchentlichen Verdienst im ersten Vertragsjahre von 31,20 M. gleichkommt. Aber selbst nach drei Jahren werden erst 32,13 M. als Mindestlohn gefordert, während die Fabrikanten behaupten, schon jetzt 36 M. zu zahlen. Ein Widerspruch, den die Herren Arbeitgeber wohl selbst nicht auflösen können; hätten wir doch das seltsame Beispiel, daß die Arbeiter streiken, um einen Minderdienst von 4 M. zu erreichen!

Ueberhaupt leisten sich die Fabrikanten, um für sich Stimmung zu machen, ganz unglaubliches in der Verbreitung unrichtiger Angaben über die Forderungen der Arbeiter. Einmal werden angeblich drei Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche gefordert, dann wieder ein Mindeststundenlohn von 83 Pf. und so fort. Das alles wird in die Öffentlichkeit gesetzt, um den Streikenden Anspiegel zwischen die Beine zu werfen. Interessant ist auch die Behauptung, daß die Arbeiter mit ihren hohen Forderungen es sind, die den Ruin der Berliner Etuisindustrie herbeiführen. Nur vergißt man dabei zu erwähnen, daß die Berliner Fabrikanten nicht den technischen und maschinellen Fortschritten gefolgt sind, sondern noch wie vor 20 Jahren den handwerksmäßigen Betrieb mit den primitivsten veralteten Maschinen aufrechterhalten und dann glauben, den mit den modernsten Maschinen ausgestatteten neueren Großbetrieben in der Provinz Konkurrenz machen zu können. Daß die Schuld nicht an den Berliner Etuisarbeitern liegt, beweist der Umstand, daß diese in der Provinz sehr gern eingestellt werden, trotz ihrer höheren Löhne, was man doch, daß ein geschickter und flotter Arbeiter auch seines Lohnes wert ist.

Auch die Anstrengungen, Erfolg für die Streikenden zu finden, sind bisher von sehr zweifelhaftem Erfolg begleitet. Ein paar arbeitswillige Kartonnagenarbeiter sollen nunmehr die Hausreichdienste spielen. Diese Nachschaffungen der Fabrikanten werden die kämpfenden Etuisarbeiter nicht entmutigen. Sie sind entschlossen, im Kampfe auszuharren, bis der Sieg auf ihrer Seite ist. Etuisarbeiter, Kartonnagenarbeiter! Meidet Berlin und erschwert nicht den Kampf durch Zugug.

Unternehmerterrorisimus zugunsten der gelben Bewegung im Caséhausegewerbe.

Wie wir kürzlich berichteten, versuchen die Gelben im Caséhausegewerbe mit allen erdenklichen Mitteln die Unternehmer zu veranlassen, ihren Arbeitsnachweis zu unterlassen, indem sie mit Denunziationen bei den Behörden drohen. Die Mehrzahl der Berliner Caséiers lassen sich durch solche Mährchen nicht verblüffen; nicht etwa aus Liebe zu den „Noten“, sondern weil sie bei der Qualität der Gelben mit diesen in ihren Etablissements nichts anzufangen wissen. Dessenungeachtet gibt es ein kleines Unternehmergrüppchen, das alle Gewaltmaßregeln anwendet, um die Gelben gruppenspöckeln. An der Spitze steht der Caséier Ernst Paul, Charlottenburg, Inhaber des „Café des Westens“ am Kurfürstendamm. Solange dieser Herr Besitzer des „Café „Größenwahn“ war, sind ihm die freiorganisierten Caséangestellten öffentlichlich aus dem Wege gegangen, um so mehr, als sie es ablehnten, sich dem Regiment der Madame Paul oder, wie die Titulaturenvorschrift es verlangt, der „Ehrwürdigen Frau“, unterzuordnen. Nun hat besagter Herr im vergangenen Monat außer dem

Café „Größenwahn“ ein neues, großes „Café des Westens“, ebenfalls am Kurfürstendamm, eröffnet. Mit der Pflanzung dieses Etablissements wurden die Gelben beauftragt, und in Ermangelung von Qualität und Quantität nahm man den Annoncentat des „Lokal-Anzeigers“ zur Hilfe, konnte aber trotzdem die 40 Kellner nicht zusammenbringen, so daß man wider Willen circa anderthalb Duzend von den demalebeiten Kellern in den Kauf nehmen mußte. Von der ersten Minute an wurden die organisierten Kellner gedrängt, dem gelben Verein, genannt „Schwimmender Sarg“, beizutreten, was sie natürlich ablehnten. Die Organisationsleitung nahm Veranlassung, diesbezüglich bei Herrn Paul vorstellig zu werden, der auch auf die liebenswürdigste Weise versicherte, daß er schon in Rücksicht auf die Besucher seines alten Cafés, die in der Mehrzahl aus Literaten und Intellektuellen bestehen, keinerlei Zwang auf seine Angestellten ausüben werde. Dieser Versicherung folgte jedoch nach einigen Tagen die gegenteilige Tat. Ein organisierter Kellner nach dem anderen wurde sowohl von Herrn als auch von Frau Paul vor die Alternative gestellt, entweder dem „Schwimmenden Sarg“ beizutreten oder die Protokolle anzugeben. Da die Kellner es ablehnten, sich gelb anstreichen zu lassen, mußten sie die gastliche Stätte im „Café des Westens“ meiden. Mit den Worten: „Sie sind zwar ein tüchtiger Arbeiter, aber Sie sind nicht in unserem Verein“, gab Frau Paul einem nach dem anderen den Abschied. Alle Interpellationen der Geschäftsführer und persönliche Vorhaltungen des Herrn Pauly vermochten nicht, die Kellner zu dem Verkauf ihrer Gesinnung zu bewegen. Lieber gehen sie dem Elend der Arbeitslosigkeit, das unter den organisierten Gastwirtschaftlichen zurzeit nicht gering ist, entgegen, als daß sie sich durch einen solchen unerhörten Terrorisimus eines Unternehmers zwingen lassen, ihre Gesinnung wie ihr Hemd zu wechseln. Würde ein solcher Terrorisimus seitens der organisierten Gehilfen ausgeübt, dann würde dies sicher ein Eingreifen des Staatsamts nach sich ziehen; aber wenn in Preußen zwei daselbe tun, so ist es noch lange nicht daselbe.

Um nun auch öffentlich den Gelben seine Gunst zu bezeugen, hat Herr Paul in deren Zeitung folgendes Schreiben erlassen:

„An den Verband deutscher Caséhausegehilfen, Ortsgruppe „Groß-Berlin“ (sprich: „Schwimmender Sarg“, Der Seberlehtling.)

Für die uns anlässlich der Eröffnung unseres Neubaus Kurfürstendamm 26 gesandten Glückwünsche und Blumenpenden, sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus. Aus diesem Anlaß erlauben wir uns gleichzeitig, Ihnen für den Referendums des Verbandes 100 M. zu überweisen und begrüßen Sie Charlottenburg, 9. Oktober 1913.

Café des Westens Ernst Paul und Frau.“

Es ist natürlich Geschmackssache, wie der einzelne sein Geld anwendet. Es soll auch hier ununterbrochen bleiben, ob der Besitzer eines öffentlichen Lokals die Unterstützung der Gelben mit seiner Stellung vereinbaren kann. Für uns kommt es darauf an, die Tatsache festzustellen, daß ein Unternehmer es wagt, seine Angestellten unter dem nötigen Druck und in den Wagen zu zwingen, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Als die Verbandsleitung der Caséhausegehilfen wegen dieses unerhörten Vorgehens abermals bei dem Unternehmer Pauly vorstellig wurde, erklärte der Herr, daß er zwei Nichtigungen in seinem Geschäft nicht dulde. Obgleich er vorher zugab, daß die Gelben seinem Geschäft nicht gewachsen sind, könne und wolle er jetzt mit ihnen nicht brechen.

Wenn einzelne Unternehmer sich in dieser Weise der Gesinnung ihrer Angestellten zu bemächtigen gedenken, so muß dies über kurz oder lang eine Gefahr für den gewerblichen Frieden im Berliner Caséhauseleben heraufbeschwören, die einen wirtschaftlichen Schaden mit sich bringen kann, der gar nicht abzusehen ist. Ein solches Vorgehen können die organisierten Gehilfen nicht ruhig hinnehmen, sondern sie werden dadurch ganz willkürlich zum Kampfe herausgefordert. Ob gerade das Berliner Caséhausegewerbe in seiner derzeitigen rapiden Entwicklung in der Lage ist, einen solchen Kampf auszuhalten, muß der Zukunft überlassen bleiben. Die allgemeine wirtschaftliche Krise, in der wir zurzeit leben, sollte den Herren Caséiers Veranlassung genug geben, einen Kampf zu vermeiden, der für beide Teile von unabsehbaren Folgen werden kann.

Die Bau- und Arbeiterkutscher vom Wedding und Reinickendorf nahmen in einer gut besuchten Versammlung Stellung zum Streit

Kleines feuilleton

Die Zwirnsfäden des Rechts, Recht und Politik sind in unserem Staat Gegenstände, und wer es noch nicht gewußt hat, der lese das Gutachten des Professors (der Rechte) Anshüß, der sich über das Sprechverbot in Nordschleswig verbreitet. Er ist der Meinung, daß sich dieses Verbot juristisch nicht halten lasse. Er bekämpft offen und klar diese Verwaltungsmaßregel. „Wie die Behörden sie (ih) meine rechtlich, nicht politisch) begründen wollen, ist bisher nicht bekannt geworden.“ Wird auch nie bekannt werden, Herr Professor! Es ist hübsch, daß Sie ein sauberes Recht und eine unausbaubare Politik in Gegenfah stellen, aber es wundert mich, daß Sie dann nicht an der Ausübung Ihres Berufes, der sich mit Staats- und Verwaltungsrecht befaßt, verzweifeln. Wem predigen Sie? Tauben, nein, verstopften Ohren. Die jungen Herren Studenten werden Ihnen lauschen, werden für Sie arbeiten, weil Sie ein scharfer Kopf sind und weil Sie ein Examinator sind. Und manchmal werden Sie auch die Ehre haben, vom Oberverwaltungsgericht zitiert zu werden.

Aber sonst, Herr Professor? Sie sagen offen, das Reichsvereinsgesetz, das einzige, das für das Verbot in Frage käme, beziehe sich in seinem § 12 nicht auf Vorträge. . . . und in der Rechtsprechung hat über diesen Punkt niemals ein Zweifel bestanden. . . . Und dann zitieren Sie eine solche Entscheidung und sagen, man möge die Kommentare nachschlagen. Die Verwaltungsbehörden in Nordschleswig, Herr Professor, werden den Deibel tun. Wir und Sie haben hier den klaren Fall, daß man heißere Dinge, die man lieber zweckmäßig als gerecht erledigen will, einfach der Justiz fortrnimmt — in Rußland macht man so — und der Verwaltung überweist. Kein Wort gegen unsere Justiz, Herr Professor! Aber wenn man ihre Kompetenz verkleinert, dann nützen Ihre Konstruktiven, Theorien, Kommentare nichts, und es wäre offener gehandelt, wenn man an Ihre Stelle, statt eines tüchtigen Dozenten, gleich einen Polizeiwachmeister auf's Katheder stielte!

Emile Verhaeren vor Brüsseler Arbeitern. Man schreibt uns aus Brüssel: Was wohl die Art pour l'art - Menschen, die Anbieter der Exklusivität der Kunst zu dem Bild gesagt hätten, das sich kürzlich im Brüsseler Volkshaus dem Beschauer bot!

Am selben Abend, an dem die Brüsseler Arbeiter gegen das Merkmal Schulottentat mit der gewohnten Berbe demonstrierten und die „schwierigen Häuser“ — ob, ihr Volkentumdsheim-Intellektuellen! — wieder einmal für geistiges Gut sich einsetzten, stürmten, kaum daß das Wort des sozialistischen Redners vom Balkon des Volkshauses verklungen war, Hunderte und Hunderte die Treppen zum Festsaal hinauf, wohin sie vom Syndikat der sozialistischen Lehrer zu einem gar besonderen geistigen Schmaus als Nachtrag geladen worden waren: Emile Verhaeren, einem der größten lebenden Poeten, dem feinsten, stärksten Dichter Belgiens, zu lauschen. . . . Aber ach, wie viele mußten hungrig, großend abziehen! Und drinnen im tiefsten Festsaal „brachen fast der Bühne Stützen“ . . .

Auf dem Podium aber — o hört und staunt, ihr intellektuellen Kernmenschen, die ihr euch in eure Mäusel von Einbildung, geistigem Hochmut und Exklusivität vor der „Herde“ verzärtelnd verkrücht! — auf dem Podium sah einer der Größten Apoll und sagte: Kameraden! zu dem, nun ja, „schredlich gemischten Publikum“ und begann dann seine Vorlesung über die „Kultur der Vegetierung“, die aus seinem „Multiple Splendour“ — „Tausendfältiger Glanz“ in tausend edlen Strahlen leuchtet. . . . Bewunderung und Vertrauen, Vegetierung, Kühnheit, Stolz und Anbacht, das sind die Blumen, die aus seinen Verlen Lodern und die er, ein anderer Prometheus an den Sternen, am Genius der Menschheit, an der Arbeit, an allen größten und kleinsten Kräften, liefern sie nur harmonisch „al“ das All durchdringen“, entzündet. . . . Wie oft, wenn ein Vers verklungen war, mußte der Poet schweigen und den Schwall des Beifalls mit geknicktem Haupt hinnehmen. Ergrißen und geläutert, gefestigt und befruchtet verließen die Tausende den Dichter, der dem Volke seine Kunst bringt, damit es durch ihre Berührung Kraft gewinnt, wie Antäus einst durch die Berührung mit der Erde. . .

Ein Höhenmenschen. Dieser Tage stand im Hamburger Fremdenblatt folgendes Inserat: Junger Mann, der Tango, Voston usw. tanzt, sucht Familienanschluß. Angebote unter usw.

Während ein Kieter von Blom u. Boh auf dieses Inserat einfach schrieb: „Wi fiant Se nich brulen. Wi danzt tohus teen Tango. Wi heft keen Blay. . .“, meldete sich eine wirklich kultivierte und hochgeistige Familie so, wie es sich dem erstklassigen Inserenten gegenüber gehört:

„Sie Götlicher! Sie tanzen Tango! Und Voston! Sie sind entzündend! Kommen Sie, Sie herrlicher Mensch! Wir haben jeden Tag Tangotee. Wir freuen uns alle, wenn Sie recht bald kommen! Unser Vater wollte sich — denken Sie nur — zuerst nach . . . Charakter, Ruf, Aussehen und . . . (sio!) Beruf erkundigen. . . . Stellen Sie sich das vor! Nun, er hat manchmal solche Einfälle, er hat's dann gleich eingesehen, wie profan, wie vulgär seine Bemerkung war. . . . Sie sind Tangontaner! Vostontaner! Das sagt alles! Sie prächtiger Mensch. . . . NB. Wie essen Sie Spargel?“

Ein verhängnisvoller Prozeß. Der Ritualmordprozeß in Kiew legt nicht nur den Beteiligten erschöpfende Kämpfe um den Sieg der Wahrheit auf; auch für die russische Presse erweist sich die Russen erregende Verhandlung als ein wahrhaft verhängnisvoller Prozeß. Behörden, Polizei und Staatsanwalt haben alle Hände voll zu tun, um mit den Zeitungen ins Gericht zu gehen, die sich allzu ausführlich oder allzu temperamentvoll mit der Angelegenheit beschäftigen. „Aufhoje Slowo“ gibt einen bezeichnenden Liederblick über die Anzahl der Zeitungen und Redakteure, die im Anschluß an den Weils-Prozeß bisher zur Strecke gebracht worden sind. Im Laufe der 25 Tage, die die Verhandlungen bisher währten, wurden verhaftet 5 Redakteure, in Anklagezustand versetzt 6 Redakteure, beschlagnahmt 25 Zeitungen und 5 Flugblätter, 2 Zeitungen sind infolge ihrer Prozeßberichte endgültig unterdrückt worden, und 30 Zeitungen erhielten bisher Geldstrafen,

die zusammen den Betrag von einhundert 11 750 Rubel ergeben haben.

Notizen.

— Theaterchronik. Die Erstaufführung des Schwanes „Im grünen Rod“ im Lustspielhause mußte auf Sonnabend verschoben werden. Freitag fiel die Vorstellung aus.

— Musikchronik. Der Berliner Tonkünstlerverein veranstaltet am Sonntag, den 9. November, nachmittags 4 Uhr, im Saale der Singakademie (Rastanienwäldchen) sein zweites Volks-Kammerkonzert.

— Vorträge. Der Afrikareisende Dr. Bongard hält am Sonntag von 11 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags in den Kammer-Spielhallen noch zwei Vorträge über das Thema: „Mit Wäsche und Kamera durch Afrika“. Zur Vorführung gelangt dabei der Film „Reisen und große Jagden im Inneren Afrikas“.

— Eine neue Oper Humperdinks. Eine zweifelhafte Spieloper „Die Marktenderin“, deren Text von Robert Miß geschrieben ist, wurde von Engelbert Humperdink komponiert. Sie will die Konjunktur des Befreiungskriegs-Jubiläums ausnützen.

— Mit blauem Auge davongekommen. Die Berufung des früheren Frankfurter Theaterleiters Felix Holländer, gegen den wegen Kontraktbruchs ein Urteilspruch der Reuen Theateraktiengesellschaft in Höhe von 30 000 M. erwirkt worden war, ist vor dem Oberlandesgericht durch einen Vergleich erledigt worden. Holländer zahlt an die Klägerin 2000 M. für verschiedene Unterhaltungskosten und trägt die Kosten des Verfahrens.

— Die Orchideen-Ausstellung, die vom 14. bis 16. November im Preussischen Abgeordnetenhaus von der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft veranstaltet wird, wird auch eine wissenschaftliche Darstellung der Sämmlingsanzahl zeigen.

— Eine neue Ausgabe von „Dantons Tod“. In der Insel-Bücherei, deren schmud hergerichtete Bändchen nur 50 Pf. kosten, ist jetzt auch Georg Büchners Drama „Dantons Tod“ erschienen.

— Die Freigabe des Millionensbildes. Das von der Berliner Museumsverwaltung mit Hilfe des famosen Bretor, der in der famosen Florablitzenaffäre eine so merkwürdige Rolle spielte, erworbene spanische Bild ist von der spanischen Regierung freigegeben worden. Herr Bode kann also „Die Anbetung der heiligen drei Könige“, die er dem altspanischen Maler van der Goes zuschreibt, nach Berlin bringen lassen. Freunde hat sich Deutschland mit diesem Ankauf in Spanien nicht gemacht. Man wirft uns dort mit den amerikanischen Kunstaukäufern in einen Topf. Die Jesuiten aber werden die Million, die sie erhalten, zur weiteren „Kultivierung“ ihres Stammlandes sehr heilbringend verwenden.

— Eine vulkanische Insel in der Arktis. Eisbrecher der russischen Expedition Wilkij, die die Halbinsel Laimur zu unsichern versuchten, sind in Petropawlowof eingetroffen. Die Expedition hat ein neues Land entdeckt, es ist aber keineswegs von der Größe Grönlands (wie bereits gefabelt wurde). Die Expedition hat auch eine kleine vulkanische Insel entdeckt.

der Aufseher und Arbeiter der Firma Theodor Schmiedigen. Otto Franke referierte. Von den Streikenden ist noch keiner abtrünnig geworden. Fremde Arbeitswillige sind nicht in Betrieb; nur einige Arbeiter, welche Jahre lang bei der Firma beschäftigt sind, glauben aus „Dankearbeit“ ihren streikenden Kollegen in den Rücken fallen zu müssen. So fahren drei Rutscher Expedition für die Firma H. V. S. Illmann, Invalidenstr. 101, und nachfolgende Führerbesitzer verrichten Streikarbeit: F. Heine, Reinholdsdorf, Grüner Weg 1; E. Kaczowski, Reinholdsdorf, Waldersee-straße 19; A. Keitel, Emdener Straße 49; A. Valentin, Brinzen-Allee 53; E. Wildenhain, Müllerstraße 49; F. Schneider, Pflügenec, und G. Fink, Reinholdsdorf, Waldersee-straße 12. — Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, Solidarität zu üben und Streikarbeit zu verweigern.

### Deutsches Reich.

#### Tabakarbeiterausperrung in der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die G. E. G. sperrte die im Fabrikbetriebe Frankenberg i. S. beschäftigten Zigarrenarbeiter aus, weil diese sich nicht bereit erklärten, unter einer plötzlich angeordneten Arbeitsverschlechterung zu arbeiten. Zur Orientierung dieses gewiß bedauerlichen Vorganges diene deshalb nachfolgende Klarstellung. In diesem in Frankenberg i. S. seit mehr als 13 Jahren bestehenden Genossenschaftsbetriebe besteht von Anfang an die Einrichtung, daß die Zigarrenmacher ihre an einem Tage gefertigten Zigarren in einen Schragen (Kasten) reihenweise hineinlegen und abliefern. Mit dieser Einrichtung, die in vielen Betrieben ohne Schaden für den Fabrikanten besteht, will die Leitung der G. E. G. brechen. Sie ließ deshalb ganz plötzlich, ohne den Versuch einer Verständigung mit den Arbeitern zu machen, am Sonnabend letzter Woche anordnen, daß von dieser Woche an alle Zigarrenmacher ihre gefertigten Zigarren noch auf einen mit Seilen überpannten Rahmen auszuliegen und abzuliefern hätten. In dieser Abänderung des Arbeitsverhältnisses sehen die Arbeiter mit Recht eine Mehrarbeit, also eine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses und ersuchten darum, sofern diese Arbeitsweise partout zur Einführung kommen sollte, eine Ausbesserung des Barlohnes um 20 Pf. pro tausend Zigarren. Der Obermeister Steffen, dem dieser Vorschlag gemacht wurde, erklärte darauf, daß die G. E. G. sich auf nichts einlasse; wer seine Zigarren nicht auf die Rahmen lege, sei entlassen. Darauf wandten sich die Arbeiter am Dienstag, den 4. November, durch den Arbeiterausschuß noch einmal an den Obermeister mit dem Ersuchen, mit der angekündigten Entlassung solange zu warten, bis die maßgebenden Anzeigen — in diesem Falle, da ein Tarifvertrag besteht, der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und die Leitung der G. E. G. — angerufen und eventuell entschieden hätten, da es doch nicht darauf ankomme, ob diese Neuerung 14 Tage eher oder später eingeführt würde. Darauf antwortete Obermeister Steffen kurz und bündig, daß es für sie, der Leitung der G. E. G., gar keine Anzeigen gebe, die da mitzureden hätten; wer sich weigere, die Zigarren auf den Rahmen zu legen, sei sofort als entlassen zu betrachten. Nachdem so die Einigungsversuche erfolglos geblieben oder versperzt worden waren, mußten die Arbeiter den Betrieb verlassen. Der Zugang nach den Zigarrenfabriken der G. E. G. in Frankenberg i. S., Hohenheim i. S. und Hamburg wird streng gewahrt.

Die bürgerliche Presse bemächtigt sich bereits dieses für sie so interessanten Falles. Sie druckt unter der Ueberschrift: „Ausperrung in einem sozialdemokratischen Betriebe“ eine Darstellung des „Frankenberger Tageblattes“ nach, die wie folgt lautet:

„Die sozialdemokratisch geleitete Zigarrenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist weit davon entfernt, ein Musterbetrieb im Sinne des sozialdemokratischen Programms zu sein. Uns ist das an sich gleichgültig. Für uns ist auch die Fabrik der Genossenschaft ein Privatbetrieb, der mit sich allein fertig zu werden hat. Wir haben deshalb auch zu allen Vorparlamenten geschwiegen, die sich im Laufe der Jahre dort zugetragen haben und zu unserer Kenntnis gelangten, haben die Briefe eines enttäuschten Genossenschaftsarbeiters ungedruckt gelassen und haben es abgelehnt, darauf eingugehen, daß die Arbeiter eine Zeitlang ohne jeden Tarif arbeiteten. In einem bürgerlichen Betriebe wäre dies freilich nicht so dahingegangen. Es soll auch hier nicht näher auf das ganze System eingegangen werden. Allgemeines Interesse aber beansprucht, und das soll hier mitgeteilt werden, daß 140 Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Zigarrenfabrik der G. E. G., die vor kurzem ihren schönen Neubau in Betrieb genommen hat, am Dienstag entlassen worden sind, weil sie sich weigerten, tarifwidrige Arbeit zu leisten. Die Sache spielt schon längere Zeit; es handelt sich um das Auflegen, das im Tarif nicht vorgesehen ist, im neuen Betriebe jedoch verlangt wird. Da die Arbeiter hierdurch wöchentlich eine Einbuße von 1 bis 1 1/2 Stunden Arbeitszeit haben, forderten sie für das Tausend 20 Pf. mehr, was in der Woche etwa 60 Pf. ausmacht. Die Betriebsleitung ging hierauf nicht ein, sondern erklärte schließlich: Wer nicht auflegt, ist entlassen! Dabei blieb es trotz aller Vermittlungsversuche, und die Folge war die Entlassung der etwa 140 Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihrerseits an ihrem mehrfach gefachten Beschlusse festhielten.“

Wie und später mitgeteilt wird, finden am Sonnabend Verhandlungen zwischen der Zentralleitung der Großeinkaufsgesellschaft und der des Tabakarbeiterverbandes statt.

### Aus der Partei.

Wilhelm Schröder.

Freitagmorgen fand im Hamburger Krematorium die Einäscherung unseres verstorbenen Genossen statt. Ein großer Kreis von Parteigenossen aus Hamburg, Berlin und anderen Orten hatte sich neben den Familienangehörigen in der Halle des Krematoriums versammelt. Unter den zahlreichen Blumenpenden, die den Sarg bedeckten, befanden sich Kränze vom Parteivorstand, vom Verein Arbeiterpresse, von der Redaktion des „Vorwärts“, von verschiedenen Organisationen und anderen. Reichstagsabgeordneter Frohme hielt eine tiefergreifende Gedächtnisrede. Nach ihm sprach Hermann Kollnhuber im Namen des Parteivorstandes. Emil Eichhorn im Auftrage der engeren Kollegen Schröders, ein Vertreter des Wilmerdorfer Parteiverzweigs, dessen Vorsitzender der Verstorbene gewesen ist, ein Vertreter der Berliner Arbeiterjugend und Edward Bernstein namens der „Sozialistischen Monatshefte“. Alle Redner übten die Treue, Opferwilligkeit, Bescheidenheit und Charakterstärke des Genossen Schröder, der auch von den Genossen, die nicht immer seine Ansicht teilen konnten, als guter Kamerad geschätzt worden sei. Schröder habe durch sein rastloses Wirken in der Parteibewegung einen Anspruch darauf, daß sein Name unter den besten der Parteigenossen genannt wird. Schmerzbewegt sah die Trauergemeinde den Sarg in der Tiefe verschwinden, während Harmoniumklänge die Feier beendeten.

### Ein Kampf um Wahrheit.

Gegen das bodenlos ungerechte Sechsklassen-Gemeindevahlrecht in Chemnitz wendet sich der Wahlrechtsantrag, den die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Form einer Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet hatte. Er hat folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Rat zu ersuchen, ein neues Ordisgesetz betr. die Wahl der Stadtverordneten, dem Stadtverordnetenkollegium zur Beschlußfassung vorzulegen. Als Wahlrecht ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts vorzulegen. Nicht mehr wie die Hälfte der Stadtverordneten darf aus Hausbesitzern bestehen. Die Zahl der Stadtverordneten ist zu erhöhen.

Genosse Kasse begründete den Antrag. Eingangs seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß im Laufe der Jahre seit Bestehen des Sechsklassenwahlrechts die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Wahlrechtsanträge stets mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt worden sind. Jetzt mache sich aber auch in bürgerlichen Kreisen der Unmut über dieses Sechsklassenwahlrecht in der Öffentlichkeit geltend. In dem Augenblicke erscholl von außen, vom Plage vor dem Rathaus her, tausendstimmiges Hoch, das dreimal erklang und dem allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrecht galt. Im Saale brachen die bürgerlichen Stadtverordneten und die Ratssmitglieder in ein lautes Lachen aus. Kasse rief den bürgerlichen Lachern zu: „Das Lachen wird Ihnen im Laufe der Jahre schon vergehen!“ In freisinniger Rede kennzeichnete Genosse Kasse das ganze Gemeindevahlrecht als in Chemnitz, wie auf die grenzenlose Entziehung des größten Teiles der Chemnitzer Bürger hin, der durch dieses Wahlrecht zur Einspruchslosigkeit verdammt ist. An Hand der Wahlrechtszahlen beleuchtete er treffend die ungerechte Liebermacht des Bürgertums über die arbeitende Bevölkerung. Weiter zeigte er, wie der aufstrebende Charakter des Gemeindevahlrechts noch verstärkt werde durch die Stadtratswahlen, die das Stadtverordnetenkollegium vorzunehmen hat. Diesen Zustand ließen sich die Chemnitzer Arbeiter nicht länger gefallen. Von den bürgerlichen Herren sprach zunächst der Stadtverordnete Langhammer, der bemerkte, daß der Antrag nur aus agitatorischen Gründen, wegen der Nähe der Stadtverordnetenwahlen eingebracht worden sei. Dann bemerkte er, daß er Gegner des jetzigen Wahlrechts, aber auch Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts sei. Diese Demonstration der Sozialdemokraten könne nicht unterstützt werden. Ein Antrag müsse abgelehnt werden. In dasselbe Horn tute auch der Stadtverordnete Schierlandt, ein Lehrer und Mitglied der freisinnigen Volkspartei. Ihm war es zu viel Theater. Genosse Straube wies die Ausführungen der bürgerlichen Gegner zurück und beantragte, den sozialdemokratischen Antrag einem Ausschuss zu überweisen. Der Antrag auf Ueberweisung an einen Ausschuss fand wohl genügende Unterstützung, aber er wurde dann gegen die Stimmen unserer Genossen und drei bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Der Wahlrechtsantrag selbst fand, wie das schon in früheren Fällen geschehen ist, überhaupt keinen bürgerlichen Stadtverordneten zur Unterstützung; er wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Die Chemnitzer Arbeiterschaft aber steht wie ein Mann hinter ihren Vertretern und wird dafür sorgen, daß die Wahlrechtsfrage auch in der Arbeiterstadt Chemnitz auf der Tagesordnung bleibe.

Während der Beratung des Wahlrechtsantrages fand eine Demonstration vor dem Rathaus statt. Nach Schluß der Fabriken strömten Hunderte und aber Hunderte von Arbeitern dem Marktplatz zu, der bald besetzt war und weiter ankommenden Massen keinen Plog mehr bot. So weit es möglich war, wurden Schutzleute nach dem Marktplatz beordert, die sich bemühten, die Massen zu zerstreuen. Schließlich forderte ein bekannter Genosse die Demonstranten auf, sich ruhig zu entfernen. Mit einem spontanen Ausdruck kommenden, tausendstimmigen dreifachen Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gingen hierauf in größter Ordnung die Massen auseinander. Die Polizei fand keinen Anlaß zum Einschreiten.

Eine „rote Woche“ brachte unserer Partei in Wien 10 000 und in Niederösterreich außerhalb Wiens 2000 neue Parteimitglieder. Da vor einigen Wochen die Frauenorganisation Oesterreichs 1500 neue Mitglieder gewonnen hat, sind in den letzten Wochen in Wien und Niederösterreich 14 000 Männer und Frauen der Parteiorganisation zugeführt worden. Und dies in der denkbar ungünstigsten Zeit!

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Verhörsprotokolle.

Wegen Verleumdung des sächsischen Offizierskorps stand am Freitag der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ Kehler vor der Strafkammer des Landgerichts. Die „Volksstimme“ hat in einer Notiz den bekannten Erlaß des sächsischen Kriegsministeriums glossiert, der Arm in Arm mit Herrn Falkenhahn vom preussischen Kriegsministerium ausgezogen war, um für entlassene Offiziere gut lohnende Beschäftigung in Fabrikkontoren und Handelsbüros zu suchen. Durch diese Artikel soll das gesamte Offizierskorps beleidigt worden sein. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Wegen Verleumdung eines zum Arbeitswilligen gewordenen Streikenden wurde Genosse Rauch von der „Volkszeitung“ in Zittau zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verleumdung war in einem Artikel der „Volkszeitung“ enthalten. Dem Kläger wurde nachgesagt, daß er durch falsche Vorpiegelungen höhere Unterstützung bezogen habe. Als es zur Klage kam, hielten die als Zeugen in Betracht kommenden Personen nicht stand. Ein Vergleichsvorschlag des Klägers, 50 M. in die Kasse der Waisen zu zahlen, hatte Genosse Rauch natürlich abgelehnt. Der Kläger hatte eine empfindliche Freiheitsstrafe beantragt, dem das Gericht aber nicht stattgab.

### Jugendbewegung.

#### Die Gefahr der Verjüngung.

Ueber dem Kampfe gegen die bürgerliche Jugendpflege darf man die Warnung vor den zahlreichen wilden Jugendvereinen nicht vergessen. Unter zahlreichen „Klub“-namen, von denen solche wie „Freundschaftskreis“, „Harmonie“, „Humor“ u. a. m. beliebt sind, locken sie junge Leute an. In solchen wilden Jugendklubs verbindet sich mit der lächerlichsten Vereinsmühseligkeit die Wichtigkeit und ober Stumpfheit. Der einzige Erfolg der Jugendvereine ist ein solcher Klub besteht darin, daß die ihm angeschlossenen jungen Leute fabelhaft rasch ihr Taschengeld los werden und meist noch einiges dazu. Spielen und Sausen ist der einzige „Zweck“ dieser Vereine, und der junge Mann, der ihnen verfallen ist, lebt tatsächlich dem Wahne, das seien die einzigen Vergnügungen, die ihm gebräutet.

Das Vereinsleben spielt dann ab und zu in einem Ball, zu dem die entsprechenden hochflügeligen „Damen“ herangezogen werden. Galt mit Belustigung, da es mit Bedauern sieht der Beobachter auf solchen „Festen“, wie die Mütter strahlend vor Glück die jungen Mädchen tanzen sehen. Ein „Katerdummel“ schleicht sich an. Das ist ein Bild, das auch auf viele verjüngerte Arbeiterkreise noch zutrifft.

Nicht als ob wir der Jugend Tanz und Freude mißgönnen, aber die alkoholfreie „Geselligkeit“ in diesen Klubsvereinen ist für die Jugend Gift. Bisweilen sind leider solche „Klub“-Abplünderungen von vernünftigeren Vereinen und nicht selten entzünden sie dem Erwerbssinn irgend eines schlauren Birts, der weiß, wieviel die jungen Burschen im „Vereinsklub“ sitzen lassen. Häufig werden zur Steigerung des Alkoholkonsums studentische Kommerzisten mit Couleurbändern, Bierzipfel und anderem Trödel eingeführt.

Die Mitglieder dieser wilden Vereine stehen außerhalb jeder erzieherischen Beeinflussung. Sie sind ganz sich und ihren Altersgenossen überlassen, von denen ihnen die Helden im Sausen und „Lieben“ besonders zu imponieren pflegen. Das alles führt zu einer geistigen und körperlichen Abstumpfung, auf die keinerlei Anregung mehr zu wirken vermag.

Schöne Predigten helfen dann nichts mehr. Es muß hier, wie überall, vorgebeugt werden. Wo die Eltern verlagern, müssen sich Arbeitskollegen der jungen Leute annehmen und sie den geselligen Veranstaltungen der freien Jugend zuführen. Freilich muß auch bei uns überall dafür gesorgt werden, daß die jungen Leute neben der Belehrung auch recht viel gutes Vergnügen vorfinden. Man darf nicht gleich den Moralprediger spielen, wenn sich nicht alle für ernste Vorträge interessieren. Wer aus der Sumpflust der wilden „Klub“- zu uns kommt, wird sich erst allmählich an uns gewöhnen müssen. Notwendig ist zunächst, daß wir die zahllosen wilden Jugendvereine in Stadt und Land recht scharf aufs Korn nehmen.

### Gerichts-Zeitung.

#### Polizeilich gestörte Jugendversammlung.

In Niederschönhausen sollte am 7. September eine Jugendversammlung stattfinden. Genosse Kubig hatte die Absicht, vor den Jugendlichen über Friedrich Neuter zu reden. Aber er kam nicht dazu. Polizeiwachmeister Förster erschien vor Eröffnung der Versammlung im Saale und verlangte, daß alle Personen unter 18 Jahren sich zu entfernen hätten, da die Versammlung eine politische sei. Vergebens versuchte Genosse Kubig dem Beamten klarzumachen, daß sein Verlangen ungesetzmäßig sei, da es sich nicht um eine politische Versammlung handelte. Mindestens acht Polizeibeamte drangen in den Saal und trieben jeden hinaus, der ihrer Ansicht nach zu den jugendlichen Personen gehörte. Nach dieser vollkommen unberechtigten Polizeität konnte Kubig reden. Begreiflicherweise knüpfte er an das mit dem Vereinsgesetz in Widerspruch stehende Vorgehen der Beamten an. Bei dieser Gelegenheit soll er die Polizeibeamten beleidigt haben. Das meint wenigstens der Polizeiwachmeister Förster, der Strafantrag gegen Kubig gestellt hat. Gestern hatte sich Kubig, dem Rechtsanwalt Kurt Kollentz als Vertreter zur Seite stand, vor dem Schöffengericht Penzance zu verantworten. Nach der Angabe des Hochmeisters Förster und eines anderen Polizeibeamten soll Kubig gejaagt haben, die Beamten gingen gewiß auf höheren Befehl, aber nicht aus eigenem Antriebe gegen die Arbeiterbewegung vor, sie seien ja nur arme Schächer, die vielleicht morgen zu einem Sozialdemokraten gingen und ihn um Lohnhöhung baten.

Kubig bestritt, sich in dieser Form geäußert zu haben. Im übrigen sei ihm aus seiner Tätigkeit als Penzance Gemeindevorsteher bekannt, daß sich Polizeibeamte an sozialdemokratische Gemeindevorsteher gewandt haben mit der Bitte, für Erhöhung der Gehälter der Polizeibeamten einzutreten.

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 M. — Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung, weil nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte die betreffende Verurteilung gefasst und als Versammlungsvorsitzender in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. — Das Gericht verurteilte Kubig zu einer Geldstrafe von 50 M.

Von 1 Mark an  
liefern 1 elegante fertige  
**Herren-Garderobe**  
Anfertigung nach Mass mit  
Garantie für tadellosen Sitz  
**Julius Fabian**  
Schneidermeister  
I. Geschäft:  
Gr. Frankfurter Str. 37  
II. Geschäft:  
Turmstrasse 18  
III. Geschäft:  
Kottbuser Strasse 14  
Nur 2. Etage!

**Möbel-Lechner**  
I. Geschäft: Brunnenstr. 7  
II. Geschäft: Müllerstr. 174  
**Möbel aller Art  
auf Kredit**  
Bequemste An- und Abzahlung  
Sonntags von 12—2 geöffnet.

# Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Von Kavalieren wenig getragen sowie in Verast gewesene Jackettanzüge, Hoekanzüge, Paletots und Uster, 12, 15, 18, 20, 25 bis 30 M., Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarde enorm billig. Reiseopost Kostüme, Uster u. Plüschmäntel, auf Seide, enorm billig. Große Posten Pelzstolzen in Skunks, Marder, Nerz usw., außerordentlich billig. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Damen-, Reiss- und Wagen-Prägen. Extrazugabe in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.





# Arbeiter! Vergrößert nicht die Liebesgaben an die Junker! Fort mit dem Fusel!

## Zu den Stadtverordnetenwahlen.

### Vom dreiklassigen Gemeindevahlrecht in Berlin.

Wenn wir bei den Stadtverordnetenwahlen nicht das Dreiklassensystem hätten, wo bliebe da der Berliner Freisinn?

Die Einteilung der Kommunalwähler in drei Klassen, die nach der Steuerleistung abgegrenzt werden, sichert dem Freisinn die Mandate der ersten und der zweiten Klasse. Fundament seiner Herrschaft im Berliner Stadtparlament ist das Geldsachprivilegium, das einigen hundert schmerzlischen Leuten ebenso viel Einfluß gewährt, wie mehreren hunderttausend Kinderbemittelten.

In diesem Jahre 1913 hat die Klasseneinteilung ergeben, daß der „geringste“ unter den erstklassigen Wählern noch 7480,08 M. Gemeindesteuern zahlt. Wer weniger leistet, gehört schon zu den Wählern der zweiten Klasse. Sie reicht hinab bis zu einer Steuerleistung von 186,86 M., die immer noch ein recht hübsches Einkommen voraussetzt. Von da an abwärts gehört alles in die dritte Klasse, die mit 4 M. endet.

Entsprechend solchen Steuerbeträgen sind denn auch die Wählerzahlen der einzelnen Klassen. Diesmal ist die erste Klasse bereits mit den 770 steuerkräftigsten Wählern gefüllt. In der zweiten Klasse finden wir eine fast 42mal so große Wählerzahl, 32 296 Wähler. Aber auch diese sind noch verschwindend wenig gegenüber der dritten Klasse, die den ganzen „Rest“, ein Heer von 355 214 Wählern, zusammenfaßt. Die 355 214 Wähler der dritten Klasse sind 461 mal so viel wie die 770 Wähler der ersten Klasse. Gegenüber den letzten Stadtverordnetenwahlen, denen von 1911, wo zur ersten Klasse noch 892 Wähler, zur zweiten Klasse 32 080, zur dritten Klasse 355 216 gehörten, ist der Klassengegensatz des dreiklassigen Gemeindevahlrechts wieder noch schroffer geworden.

Noch greller tritt jetzt auch die Bevorrechtung der Reichen hervor. Von den Mandaten der Stadtverordnetenversammlung sind zu vergeben ein Drittel durch die erste Klasse, ein Drittel durch die zweite, ein Drittel durch die dritte, in Berlin von 144 Mandaten je 48 durch jede Klasse. 355 214 Wähler aus der werktätigen Bevölkerung, 355 214 Männer aus den Reihen der Arbeiter, der kleinen Gewerbetreibenden, der kleinen Beamten, haben nicht mehr Einfluß auf die Zusammensetzung des Stadtparlaments, als 770 Wähler, die der Geldsack bevorrechtet. Das Wahlrecht eines Erstklassigen wiegt 461 mal so viel wie das eines Drittklassigen. Man sieht: das Gemeindevahlrecht läßt in Berlin den Besitzenden nichts zu wünschen übrig an brutaler Entrechtung der Kinderbemittelten, die durch ihre Arbeit zum Wohlstand der Stadt beitragen.

Wo bliebe bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin der Freisinn, wenn nicht das Dreiklassensystem ihn begünstigte!

Die erste und die zweite Klasse wählen, was bei der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft begrifflich ist, zu ihren Vertretern im Stadtparlament nur Freisinnige. Die dritte Klasse aber hat nach und nach bereits aus 48 ihrer 48 Bezirke den Freisinn hinausgeworfen, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann er auch aus den übrigen fünf Bezirken hinausfliegt. Von den 17 Bezirken der dritten Klasse, die diesmal an den Wahlen teilnehmen (Ergänzungswahlen in 16 Bezirken mit zusammen 118 828 Wählern, Ersatzwahl in einem Bezirk mit 8002 Wählern), gehören 14 der Sozialdemokratie und nur drei sind noch im Besitze des Freisinns.

Den Besitzstand der Sozialdemokratie zu behaupten und neues Terrain zu erobern, das ist die Aufgabe, die der 9. November uns stellt. Wähler der dritten Klasse! hinaus mit den Freisinnigen, diesen Nutznießern des Dreiklassensystems unseres Gemeindevahlrechts! Die dritte Klasse muß der Sozialdemokratie gehören!

Aber auch da, wo der Freisinn kampflos uns das Feld überlassen will, darf keiner unserer Wähler fehlen, keiner seine Wahlpflicht versäumen. Die Wahlen der dritten Klasse müssen immer wieder zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Herrschaft und Mißwirtschaft des Berliner Stadtfreisinns werden, zu einem wichtigen Protest gegen das ihn begünstigende dreiklassige Gemeindevahlrecht.

Die Wähler der 1. und 2. Abteilung vereinigen am Montag bzw. Dienstag ihre Stimmen auf den Stadtverordneten Hugo Heimann.

### Die Zentralwahlbüros für die einzelnen Kommunalwahlbezirke sind folgende:

- 7. Wahlbezirk bei Petermann, Sneyenaustr. 45. Fernsprecher Amt Roripplatz 540.
- 8. Wahlbezirk bei Meier, Dieffenbachstr. 54. Fernsprecher Amt Roripplatz 13172.
- 9. Wahlbezirk bei Wälisch, Stalther Str. 22. Fernsprecher Amt Roripplatz 12542.
- 16. Wahlbezirk bei Hoffmann, Königsberger Str. 28. Fernsprecher Amt Nierstadt 6192.
- 22. Wahlbezirk bei Dietz, Paltzadenstr. 52. Fernsprecher Amt Königsstadt 6355.
- 26. Wahlbezirk bei Brandtschädel, Rothringer Str. 101. Fernsprecher Amt Norden 10024.
- 27. Wahlbezirk bei Dobroslaw, Svinemünder Str. 11. Fernsprecher Amt Norden 10271.
- 29. Wahlbezirk bei Kochaus, Schlemannstr. 39. Fernsprecher Amt Norden 2187.
- 30. Wahlbezirk bei Grünberg, Rodenbergstr. 8. Fernsprecher Amt Norden 3784.
- 31. Wahlbezirk bei Bachgänger, Schivelbeiner Straße 23. Fernsprecher Amt Norden 8854.

- 32. Wahlbezirk bei Miesche, Kopenhagener Straße 74. Fernsprecher Amt Norden 2472.
- 33. Wahlbezirk bei Hoffmann, Svinemünder Straße 47. Fernsprecher Amt Norden 10 942.
- 34. Wahlbezirk bei Gentel, Straßunder Str. 17. Fernsprecher Amt Norden 8353.
- 37. Wahlbezirk bei Haber, Stephanstraße 11. Fernsprecher Amt Roabit 930.
- 38. Wahlbezirk bei Pöschel, Thomastust. 18. Fernsprecher Amt Roabit 7592.
- 41. Wahlbezirk bei Dausch, Dredowstr. 35. Fernsprecher Amt Roabit 7367.
- 44. Wahlbezirk bei Bähr, Badstraße 44. Fernsprecher Amt Roabit 2448.

### „Die Antwort sollte den Wählern nicht schwer werden.“

Im Roabit 41. Wahlbezirk, der im Besitze der Sozialdemokratie ist und unseren Genossen Lode zum Stadtverordneten hat, wollen die Freisinnigen den Versuch einer Wiedereroberung unternehmen. Zum Durchfallskandidaten haben sie sich einen Bureauassistenten Wadsen ausgesucht, den sie als „alleinigen bürgerlichen Kandidaten“ empfehlen, um ihn allen bürgerlichen Parteien annehmbar zu machen!

Mit welchen Mitteln man für ihn werden zu können meint, das lehrt ein Flugblatt, das im 41. Wahlbezirk von einem „liberalen Wahlauschuß“ im Namen aller bürgerlichen Wähler verbreitet wird. Wir lesen da:

„Soll hier ein Vertreter der Tradition gewählt werden, die Berlin in die Höhe gearbeitet hat, so daß die Reichshauptstadt etwas geworden ist, was ganz Deutschland mit Freude, das Ausland mit Bewunderung erfüllt? Oder aber ein Sozialdemokrat, der mit maßloser Kritik alles herabzieht und mit hämischer Rörgel sucht uns die Freude am Erreichten vergällen will? Die Antwort sollte den Wählern nicht schwer werden.“

Jawohl, sie sollte ihnen wirklich nicht schwer werden, wenn sie weiter in dem Flugblatt lesen, was sogleich dahinter steht:

„Gewiß ist noch lange nicht alles erfüllt, und viel bleibt in der Zukunft zu tun, aber es fragt sich, wer für die Lösung dieser Aufgaben die sichere Gewähr bietet. Im Fördern ist zweifellos der Sozialdemokrat allen Segnern voran; es ist auch ungeheuer bequem, die größten und schönsten Forderungen zu erheben, wenn man das Bezahlen anderen überläßt.“

Da haben wir das ganze Programm des Kommunal-Liberalismus! Gegenüber den Aufgaben, den wir Sozialdemokraten zu den wichtigsten einer Kommunalverwaltung zählen, gegenüber den Forderungen, die unsere Vertreter in der Berliner Stadtverordnetenversammlung im Interesse der Kinderbemittelten erheben, ist der erste Gedanke der Liberalen der, daß es Geld kostet. Rein, kosten darf es nichts, wenigstens dann nicht, wenn für den wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung etwas getan werden soll. Die Liberalen wiederholen den hundertmal vorgebrachten Wadtsch, daß die Sozialdemokraten das Bezahlen anderen überlassen, und dabei erklären sie gerade durch dieses Flugblatt ganz unzweideutig, daß sie es sind, die das Bezahlen nicht lieben. Mit solchem Programm soll man sich doch nicht an die Wähler der dritten Klasse wenden. Für Wähler der zweiten oder der ersten Klasse wäre das eher was.

Weiteres von den Aufgaben der Stadt weiß das Flugblatt nicht zu sagen. Denn was es sonst noch über angeblichen Mangel an Freiheit in der Sozialdemokratie, über Wohlstand bei Landtagswahlen, Terrorismus gegen Arbeitskollegen, Haß gegen die Monarchie usw. erzählt, hat mit der Kommunalverwaltung nichts zu tun. Vom Freisinn behauptet es, daß es keine Wahlrechtsverschlechterung in den Städten wolle. Vielleicht erzählen uns die Kommunal-Liberalen mal, wie in Berlin die liberale Stadtverordnetenmehrheit über eine Wahlrechtsverbesserung denkt. In dem Grundsatze vom „mitteilen und mitreden“, den einer ihrer Hauptführer immer wieder mit allem Nachdruck betont hat, paßt bei Wähe dessen auch das Dreiklassensystem des Gemeindevahlrechts.

Den Wählern der dritten Klasse wird im 41. Wahlbezirk wie allerwärts in Berlin am 9. November die Antwort auf das Liebeswerben der Liberalen nicht schwer werden.

### Erster, fünfter und sechster Wahlkreis!

Besonders im 26. Kommunalwahlbezirk, der zum 5. und 6. Wahlkreis gehört, sowie im 38. Bezirk machen die Gegner die äußersten Anstrengungen zur Wiedergewinnung.

Parteilosen! Diese Bezirke müssen von uns erobert werden.

Wir fordern deshalb die Genossen aus den nicht zur Wahl stehenden Bezirken auf, sich für den

26. Kommunalwahlbezirk am Sonntag, früh 8 1/2 Uhr, im Lokale von Brandtschädel, Rothringer Str. 101, und für den

38. Bezirk bei Pöschel, Thomastust. 18, zur Verfügung zu stellen.

## Kommunale Wahlbewegung.

### 8. Kommunalwahlbezirk.

Mit grimmigem Humor und Sarkasmus sprach am Donnerstag Genosse Adolf Hoffmann vor den zahlreich erschienenen Wählern dieses Bezirks. In großzügiger Rede legte er die Gründe dar, die es dem Freisinn ermöglichen, Orgien reaktionärer Kommunalpolitik zu feiern. So weit es der Sozialdemokratie trotz der Dreiklassensystem möglich war, ihr Veto einzulegen, tat sie es. Nicht immer aber waren dazu unsere Leute imstande; denn in seiner engstirnigen Politik ging der Kommunal-Freisinn über die weitgehenden Anträge der Sozialdemokratie hinweg. So darf denn die große Stadt Berlin durch die Rückgratlosigkeit der Liberalen wohl zahlen, liebe Polizei, Feuerwehr und Schule, aber jedes Bestimmungsrecht darüber ist ihr genommen. Sogar das Recht auf die Straße hat Berlin preisgegeben, preisgegeben dem Privatkapital, durch die Verlängerung des Vertrages mit der Großen Berliner. Und wenn jetzt gedröckert wird, den A. E. B. Vertrag nicht auch zu verlängern, so nur, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Hat doch erst vor einiger Zeit Stadtverordneter Romfen veranlassen lassen, daß die städtischen Gaswerke verkauft oder doch verpachtet werden könnten, um diese so auch dem privatkapitalistischen Profite zu erschließen. Ganz gleich ist es,

ob durch solche Manipulationen die städtischen Finanzen gerettet werden; man macht dann eben halt in indirekten Steuern, als Bier- und Luftbarkeitssteuer. Wenn auf den verschiedenen Gebieten ein sozialer Geist eingezogen ist, so ist das ausschließlich der Initiative der Sozialdemokratie zu danken. Da die Bürgerlichen den Wahlkampf mit einer ganz eigenartigen Ruhe führen, so müssen wir gerüstet stehen, um etwaige Ueberumpelungen abzuwehren. Die Parole am Wahltag muß lauten: hinaus mit dem letzten Freisinnigen aus der dritten Klasse, Licht und Luft für das Volk auch im roten Hause!

Dem Referat folgte eine Ansprache des Kandidaten Schulz. Er wies darauf hin, daß anscheinend auch die Gegner beginnen, sich rührig zu zeigen und einen gewissen Kaufmann Braun aufgestellt haben. Daß die Gegner im 8. Bezirk nichts zu erhoffen haben, das möchten die Genossen am Wahltag beweisen.

## Partei-Angelegenheiten.

**Edwalde.** Heute abend bei Witte: Stiftungsfest des Wahlvereins. Abwechslungsreiches Programm, bestehend in Konzert, Rezitationen, Feste, Gesang, Verlosung, sowie Ball. Eintritt 80 Pf.

**Bohndorf und Umgegend.** Am Montag, den 10. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet in der „Villa Wahl“ der fünfte Vortrag des Genossen Pies über: Der praktische Teil des Parteiprogramms „Frauenfrage, Religion und Erziehungswesen“ statt. Organisierte Genossinnen haben zu diesem Vortrag freien Eintritt.

**Teltow.** Eine öffentliche Wählerversammlung findet am Dienstag, den 11. November, abends 8 Uhr, beim Genossen Donow, Berliner Str. 16, statt. Thema: Warum wählen wir sozialdemokratisch? Referent: Max Groger.

## Berliner Nachrichten.

### Ein Stückchen blauer Himmel.

Die Geschichte spielt in unseren Tagen. Nur ein so mit Regen gesegneter Sommer, wie der diesjährige, konnte sie zeitigen.

Der kleine Otto hatte eine Entdeckung gemacht. Von der engen Stube aus, die er schon eine ganze Woche hindurch nicht verlassen durfte, weil es draußen unablässig „goh“, hatte er von Langeweile erfährt durchs Fenster geblickt. Sein Gesicht hatte einen ersten und bestimmteren Ausdruck angenommen. Er sah so ernst aus, wie ein Fünfjähriger nur sein kann. Plötzlich hellte sich sein Gesicht auf. Ein vergnügtes Lächeln huschte darüber weg.

„Grete, komm doch mal her,“ rief er seiner um drei Jahre älteren Schwester zu, die über einen Tisch gebeugt bei ihren Schularbeiten saß.

Grete ließ sich durch den Anruf ihres Bruders gar nicht stören. Sie fürchtete, Otto würde wieder eine seiner „tief-sinnigen“ Fragen an sie stellen, die sie durchaus nicht zu beantworten vermochte.

Otto gab sich jedoch nicht damit zufrieden, daß ihn seine Schwester einfach ignorierte.

„Aber Grete, so komme doch schnell, sonst kriegste et nicht zu sehen,“ wiederholte er seine Aufforderung in recht eindringlichem Tone.

Jetzt wurde Grete doch neugierig. Sie erhob sich von ihrer Schularbeit und begab sich ans Fenster zu Otto.

Dieser wies mit dem Zeigefinger der rechten Hand durchs Fenster nach oben. Dabei tat er sehr wichtig.

Grete hielt ihren Blick starr emporgerichtet. So sehr sie ihre Augen aber auch suchend im Kopf hin- und herrollen ließ, sie vermochte nichts zu entdecken, was ihr Interesse irgendwie in Anspruch nahm.

„Ich seh und höre nicht,“ sagte sie.

„Frete, bist Du aber dumm,“ rief Otto jetzt lachend aus.

„Was willst denn hören? Der Himmel schreit doch nicht!“

Grete wurde ärgerlich. „Willst mich wohl zum Narren halten, dumme Junge,“ sagte sie, indem sie Otto unsanft anstieß.

„Aber kiel doch mal hin, siehst Du denn nicht den blauen Himmel?“

Da hatte Otto allerdings recht. Die dichten Wolkenmassen, die nun schon mehr als eine Woche lang den Ausblick zum blauen Himmel versperrten, hatten sich an einer Stelle etwas geteilt. Ein Stückchen blauer Himmel blickte hindurch. Ein winzig kleines Stückchen blauer Himmel war es. Aber immerhin, es war blauer Himmel zu sehen.

Auch Grete sah es jetzt. Jetzt blickte sie mit Otto zusammen zu dem Stückchen blauen Himmel empor. Die beiden Kinderherzen jubelten ordentlich auf. Otto war sehr stolz auf seine Entdeckung.

Es litt ihn nicht mehr am Fenster. Das mußte Mutter auch sehen. Mit ein paar Schritten war er an der Küchentür. Eilig riß er die Tür auf.

„Mutti, Mutti komme schnell mal her,“ schrie er in die Küche hinein, wo seine Mutter am Waschtisch stand.

Sie trocknete sich die Hände dürrig ab und folgte Otto noch dem Fenster, von wo aus das Stückchen blauer Himmel zu sehen war.

„Mutti, kiel doch, der Himmel wird blau, darf id runter jehen?“ Freudig bewegt hatte es Otto hinausgestoßen.

Seine Mutter machte jedoch ein enttäuschtes Gesicht. Sie hatte etwas wichtigeres zu sehen erwartet. Trotzdem blieb sie stehen und blickte zu dem Stückchen blauen Himmel empor.

Auch die dreijährige Erna ließ ihre Puppe im Stuch und trippelte zum Fenster. Verblüffend blickte sie hinaus.

Jetzt fehlte nur noch der Vater, dann hatte das Stückchen blauer Himmel die Aufmerksamkeit der ganzen Familie auf sich gerichtet.

Inzwischen war das Stückchen blauer Himmel kleiner und kleiner geworden. Schließlich verdeckten es die Wolkenmassen ganz. Große Regentropfen fielen wieder gegen die Fenster-scheiben.

Ottos Mutter wandte sich wieder ihrem Waschtisch zu. Grete machte sich über ihre Schularbeiten her und Erna griff wieder zu ihrer Puppe. Nur Otto blieb noch eine ganze Weile am Fenster stehen und blickte traurig zu der Stelle

empor, wo er das Stückchen blauer Himmel durch die düsteren Wolken gesehen hatte.

### Die einsame Waldschmiede.

Es ist nicht zu glauben! Da ist ein Filmdrama — edler Maler, edles Mädchen — verbrecherischer Zwillingsbruder — Detektive und Detektivin — Wilde Jagd — Selbstmord des armen Kaisers wegen elendem Bruder. „Seine Liebe ist mein Leben, deine Liebe ist mein Tod.“ Also, alles all right. Aber: jede Phase wird von hämmernden Schicksalsengeln in der einsamen Waldschmiede genau geregelt. Was früher die Inschrifttafeln zwischen je zwei Bildern waren, ist hier die rührende Einzelszene in der — einsamen Waldschmiede im rotglühenden Essenquaim. Das war meist erstes Sonntagsvergügen im November 1913. Das Publikum lacht den Schmarren aus — aber in die Theater kann man ja nicht gehen, sie sind uns zu teuer. Zum Teufel noch mal! Solche Filme mag man in der einsamen Waldschmiede betreiben, aber nicht im Albrechtshof in Steglitz.

### Aus der Fürsorgeerziehung der Stadt Berlin.

Die Gemeindevorstände Berlins haben jetzt wieder ihre alljährlich einmal von der Waisenverwaltung einberufene Versammlung gehabt. Diesmal wurde ihnen vom Direktor des Berliner Fürsorgeerziehungswesens, Herrn Knaut, ein Vortrag über die Praxis der Fürsorgeerziehung gehalten. An ihr sind die Gemeindevorstände insofern interessiert, als sie in dem Verfahren auf Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung und später bei Anträgen auf Entlassung aus der Fürsorgeerziehung um Ermittelungen über die Verhältnisse der Familie des zu überweisenden bzw. zu entlassenden Kindes ersucht werden.

Knaut wollte, wie er einleitend sagte, Vorurteile zerstören, die gegen die Fürsorgeerziehung noch bestehen. Er wandte sich gegen die weitverbreitete Ansicht, daß Fürsorgeerziehung lieber nicht zu befeuern sei, weil durch sie nicht gebessert werde; andererseits aber auch gegen die Meinung, daß in Berlin die von den Gerichten um Gutachten ersuchte Waisenverwaltung zu bereitwillig die Fürsorgeerziehung empfehle. Eher könne es scheinen, wie wenn man in Berlin in dieser Hinsicht allzu zurückhaltend sei und viel zu lange warte. Hier seien nur 30 Proz. außer in Fürsorgeerziehung kommenden Kinder noch schulpflichtig, 70 Proz. bereits schulenlos, während in den Provinzen sich meist das umgekehrte Verhältnis finde. Die noch nicht verwahrlosten Kinder, die im Hinblick auf die Verhältnisse der Familie wegen Gefahr der Verwahrlosung in Fürsorgeerziehung genommen werden, seien in Berlin nur mit rund 4 Proz. an den Ueberweisungen beteiligt, dagegen in der Provinz Brandenburg mit 15 Proz. und z. B. in Rassel gar mit 41 Proz. Wenn Kinder erst bei gänzlicher Verwahrlosung in Fürsorgeerziehung kommen, dürfe man nicht der Fürsorgeerziehung vorwerfen, daß sie nichts nütze. An die Gemeindevorstände richtete Knaut den Appell, mit Befürwortung der Ueberweisung in Fürsorgeerziehung nicht zu zögern, sobald sie sähen, daß kein anderes Mittel helfe.

Ob es denn wirklich so schlimm um die Fürsorgeerziehung stehe, fragte Knaut. Er versuchte dann, einmal zu zeigen, was in der Fürsorgeerziehung „mit den Kindern gemacht“ wird. Es war dem Vortragenden nicht zu verübeln, daß er das Fürsorgeerziehungswesen der Stadt Berlin, an dem in neuester Zeit manches gebessert worden ist und für das man auch von ihm selber eine weitere Förderung erwartet, mit Wärme und Eifer verteidigte. Uns will aber scheinen, daß er darin doch des Guten zu viel tat. Klunker versiegte er sich zu so übertreibenden Schilderungen, daß er das Gebiet der ungewollten Komik streifte. Wir bringen, so ungefähr führte er aus, die Jüglinge fürs erste in Verteilungstationen. Die schulpflichtigen kommen zunächst ins Waisenhaus, da haben sie es ganz ausgezeichnet. Für die schulenlosen Knaben ist Lichtenberg Verteilungstation. Da sieht es sehr freundlich aus: im Zimmer ist der Tisch gedeckt, ein Klummentopf steht darauf, ein Schrank ist da, eine Uhr hängt an der Wand, ganz wie bei Müttern. Für die schulenlosen Mädchen haben wir keine Verteilungstation. Auf diesen Stationen wollen wir die Kinder erst kennenlernen, denn in den Akten sieht ein Mensch oft ganz anders aus. Erst nach Beobachtung entscheiden wir, ob ein Kind in eine Anstalt oder in eine Familie kommen soll. Dabei behandeln wir sie individuell, unterscheiden zwischen leicht und schwer Erziehbaren, bringen die Lungenkranken, Epileptischen, Schwachinnigen in entsprechender Weise unter, wozu wir die verschiedensten Anstalten benutzen. Den Anstalten werden sie durch ihre Transporteure zugeführt. In den Zeitungen liest man öfter, sie würden dabei gefesselt. Wir tun das nicht! Wenn Sie mal unsere Transporteure sehen, da würde Ihnen das Herz im Leibe locken. Die sind so gutmütig, die vergehen eher Tränen, als daß sie einem Jügling etwas antun. In den Anstalten ist es nicht so, wie es oft erzählt wird: 25 Hiebe zum Frühstück, 25 zum Mittagessen, 25 zum Abendessen, Rattenarrest, schwere Schläge an den Füßen, und so weiter. Gewiß ist noch vieles zu bessern; aber wir haben wohl kaum eine Anstalt, in der wir nicht erhebliche Reformen durchgeführt hätten. Die Kinder sollen dort möglichst die Familie wiederfinden, sollen es gemächlich haben. Wir wollen Freiheit in der Erziehung, nicht immer Bewachung. Den Kindern wird Fachausbildung geboten, Unterweisung im Handwerk, in der Landwirtschaft, in Haushaltung usw. Die Jüglinge haben alle das Beschwerderecht, das haben wir ihnen gewährt. Bessere Ausbildung der Erzieher erstreben wir. Wir suchen auch die Eltern zu unseren Bundesgenossen zu machen. Mit alten Vorurteilen haben wir gebrochen: wir benachrichtigen jetzt baldigst die Eltern über den Verbleib des ihnen genommenen Kindes und bleiben mit ihnen in Verbindung. Der Vortragende schilderte dann weiter, wie nach kürzerem oder längerem Anhaltsaufenthalt die schulenlosen bei entsprechender Führung in Lehre oder Dienst geerdet werden und damit in Familienpflege übergehen. Er rühmte die Pflegeanstalten und pries die Kontrolle.

Schließlich sprach Knaut noch über das Verfahren bei der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung. Die Gemeindevorstände erwähnte er: alle ihnen dabei übertragenen Ermittlungen mit größter Vorsicht auszuführen und z. B. nicht durch Anfrage in der Arbeitsstelle den Jügling hochzustellen. Er behauptete, daß selbst in Arbeiterkreisen noch ein Vorurteil gegen Fürsorgeerzogene bestehe und Arbeiter sich geweigert hätten, mit einem Fürsorgeerzogen zusammenzuarbeiten. Den Erfolg der Fürsorgeerziehung lobte Knaut mit Zahlen zu belegen. Er schloß: Wir sind weit weg von der Einbildung, schon etwas geleistet zu haben; aber wir wollen still und entschlossen arbeiten, um unser Ziel zu erreichen.

Die an den Vortrag sich anschließende Diskussion brachte leider nicht die Ergänzungen, die wir den Ausführungen des Direktors Knaut gewünscht hätten. Breiten Raum nahm die Klage ein, daß Gemeindevorstände sich manchmal von der Waisenverwaltung zurückgesetzt fühlen. Zu Knauts mehrfachen Angriffen gegen die Presse wurde der Wunsch geäußert, daß auf irrtümliche Mitteilungen anschließende Antworten der Waisenverwaltung erfolgen sollten.

Wir selber müssen gestehen, daß diese Angriffe uns das Verwunderlichste an dem Vortrag Knauts zu sein schienen. Glaubte er denn, daß ohne die Presse jemals das Elend der Fürsorgeerziehung aufgedeckt worden wäre? Bei diesen Bemerkungen hat, wie dürfen das ohne Rührten sagen, der „Vorwärts“ an der Spitze gestanden, und zwar zu einer Zeit, in welcher die Gruel von Nielsch in der Waisenverwaltung einfach glatt geleugnet wurden. Soweit die Fürsorgeerziehung Berlins in Frage kommt, hat überhaupt keine andere Zeitung als der „Vorwärts“ sich um Aufdeckung von Mißständen und Anregung von Reformen bemüht.

### Grundstücksverkäufe des Militärstützpunktes in Berlin.

Der Reichsmilitärstützpunkt besitzt in Berlin eine Reihe von Grundstücken, die im Laufe der Jahre für die Bedürfnisse der Wehrverwaltung entbehrlich geworden sind oder in nächster Zeit entbehrlich werden. Zu diesen Grundstücken gehören in erster Reihe die Kasernen des 1. Garde-Drägerregiments in der Vesaliustrasse 6. Das Regiment soll, wie jetzt feststeht, nach Ruhleben hinaus verlegt werden und im nächsten Wehresetat dürfte bereits die erste Rate für den Neubau der Kasernen verlangt werden. Die Kasernen sollen an der Grenze des Grunewalds auf Ruhlebener Gebiet errichtet werden und der Stützpunkt hat sich bereits zum Austausch des erforderlichen Geländes bereit erklärt. Ehe diese Neubauten fertiggestellt sind, dürften noch mehrere Jahre vergehen. Ein Abbruch der Kaserne ist erst in etwa vier bis fünf Jahren zu erwarten, wenn Beschlüsse über den Verkauf dieses Riesengrundstücks, das 50 000 Quadratmeter umfaßt, vorliegen. Der Wert des Geländes ist auf weit über 12 Millionen Mark geschätzt; das tiefe Grundstück wird noch dadurch besonders wertvoll, daß die neue Verbindungsstraße zwischen der Großbeeren- und Lankwitzstraße an der Rückseite eine neue Straßenzug schafft.

Durch die Verlegung der 1. Garde-Dräger wird auch das Grundstück Alexandrinerstr. 12/13, in dem gegenwärtig die 3. Eskadron des Regiments untergebracht ist, frei. Ferner sind zum Verkauf in Aussicht genommen: Die alte Reitbahn an der Ecke der Ritter- und Alten Jakobstraße, das „Schinkelhaus“ an der Ecke der Linden- und Feilnerstraße, dessen Hinterland schon an den Postställen verkauft worden ist, dessen Vorderbau aber im baugeschichtlichen Interesse Berlins erhalten werden sollte, und das Grundstück Hollmannstr. 3-5, Ecke Alexandrinerstraße, mit den Bankeisen der alten Quaren-Laternen, auf dem sich jetzt die Inspektion der Feldtelegraphie befindet. Auch mit dem Verkauf des tiefen, bis zur Alten Jakobstraße durchgehenden militärstützpunktlichen Grundstücks Lindenstr. 4, auf dem sich das älteste Haus der Lindenstraße erhebt, ist umso mehr zu rechnen, als auch dieses Terrain durch den von der Stadt Berlin geplanten neuen Straßenzug von der Ecke der Linden- und Hollmannstraße nach der Reuenburger Straße und der Ecke der Gültchiner und Alten Jakobstraße eine nicht unbedeutende Wertsteigerung erfahren dürfte. Der Militärstützpunkt hat sich bereits mit dem Ankauf dieses Geländes durch die neue Verbindungsstraße einverstanden erklärt.

### Warnung vor Photographieschwindlern.

Ein Photographieschwindler sucht zurzeit Berliner Hausfrauen und Dienstmädchen auf, um Vorfälle auf Vergrößerungen und Schmuckstücken mit Photographie zu sammeln. Er nimmt die Vorfälle in Empfang, läßt sich eine Anzahlung geben, die 1 R. bis 15 R. beträgt, gibt dann als seine Adresse ein Atelier in der Wälderstraße an und wird nicht mehr gesehen. Er ist von großer, hagerer Figur, hat schlechte Zähne und verfährt auch über eine weibliche Person, die dann in Aktion tritt, wenn er selber nichts zu erreichen vermag. Außer der Anzahlung nimmt er auch Goldwaren und Schmuckstücken zur Reparatur. Wer ihm solche oder bares Geld aushändigt, ist darum betrogen. Mitteilungen über diesen Schwindler nimmt entgegen die Photographienimmung (Zwangsbüro) zu Berlin, Wilhelmstr. 6.

### Zu dem Leichenfund an der Waisenbrücke.

Nach dem ergebnislosen Ausgang der bisherigen Nachforschungen unternahm die Kriminalpolizei gestern eine neue große Streife. Mittags fand sie 100 Patrouillenbeamte, 60 Beamte der Sittenpolizei und eine besondere Patrouille mit den Spürhunden aus. Es werden jetzt in den Vierteln, die mutmaßlich für das Verbrechen in Betracht kommen, alle Winkel durchsucht. Auch die Anzeigen, in denen die Kreise der Ertrunkenen zu verkehren pflegen. Mit Hilfe der Fischerinnung werden auch die Wasserläufe nach den verschwundenen Leichenteilen abgesehen. Gestern vormittag scharrte in dem bewaldeten Teil der Hakenheide ein Hund, der dort umherlief, Gedärme aus. Diese wurden der Polizei übergeben und werden jetzt näher untersucht.

Die Durchsuchung der Wohnung, die der Gerichtschreiber Dr. Grünig gestern vornahm, förderte nichts zutage, was auch nur einen Anhalt dafür bieten könnte, daß die Tat etwa in einem der Räume verübt worden wäre. Man muß also noch wie vor an der Annahme festhalten, daß das Mädchen irgendwo in einem Stall, Schuppen oder Lagerraum erstochen worden ist. Eine Tötung auf der Straße ist wohl ausgeschlossen, ebenso auf einem Kahn. In dem einen Fall hätte der Täter die Leiche wohl liegen lassen und in dem anderen sie kurzerhand über Bord geworfen, ohne sie erst zu zerstückeln. Weil an der Auffindung des fehlenden Unterkörpers sehr viel gelegen ist, so werden diejenigen, die zu seiner Ermittlung beitragen, einen erheblichen Teil der Belohnung von 2000 R. erhalten.

### Der falsche Oberregierungsrat.

Ein Vorfall, der lebhaft an den genialen Streich des Hauptmanns von Köpenick erinnert, hat sich kürzlich in Reuenhof an der Nordbahn abgespielt. Allerdings mit einem Mißerfolg für den Gauner. Auf dem Oberbrückbahnhof in Reuenhof traf, als der letzte Zug abgefahren war ein Fuhrwerk ein, dem ein elegant gekleideter Herr entstieg. Er begab sich in das Stationsgebäude und stellte sich dem Bahnhofsvorsteher als Oberregierungs- und Baurat Thieme von der Eisenbahndirektion vor und erklärte, daß er auf einer außerordentlichen Inspektionsreise begriffen sei. Kurz und bündig verlangte dann der Herr Oberregierungsrat die Ausschändigung der Kassenbestände zwecks Prüfung. Der Stationsvorsteher schöpfte jedoch Verdacht und weigerte sich, der Aufforderung nachzukommen. Als der Beamte auch dann nicht das Geld ausschändigte, als ihm der Vorgelegte mit Entlassung drohte, entfernte sich der angebliche Oberregierungsrat schleunigst, zumal ein zweiter Beamter hinzutrat, sprang in den Wagen und fuhr davon. Der Stationsvorsteher hat sofort bei seiner vorgesetzten Behörde Anzeige erstattet. Die Nachforschungen nach dem Schwindler haben aber bisher zu keinem Ergebnis geführt.

### Im Friedrichshain-Krankenhaus.

hat nach dem Tod eines Patienten die Direktion sich zu einer Untersuchung gegen einen Wärter veranlaßt gesehen, gegen den andere Patienten schwere Beschuldigungen erhoben. Ueber die Angelegenheit sind auch uns Mittelungen vorgekommen worden, die in recht bestimmter Weise die Ansicht aussprechen, daß der Wärter durch rücksichtslose Behandlung des Patienten diesen an seiner Gesundheit geschädigt habe. Nach den uns gemachten Angaben, die möglicherweise nicht in allen Punkten richtig sind, war der Verstorbene, der Lehmann hieß, 62 Jahre alt und verheiratet und hatte zum Schwager einen Drogeriebhaber in der Greifswalder Straße (die Nummer

ist nicht bekannt). Lehmann, der wohl nervenleidend war beschwerte sich einige Male im Bett, weil er den Kot nicht halten konnte. Eines Morgens soll ein Wärter ihn im Hemd aus dem Bett herausgeholt und ihn barfuß über die Fliesen des Saales nach dem Waberraum geführt haben, wo er ihn dann reinigte. Am nächsten Morgen soll er die wieder erforderlich gewordene Reinigung sogleich im Saal vorgenommen haben, indem er den nackt dastehenden Mann mit einer langgestielten Bürste abrieb. Das erzählten Patienten, die es beobachtet zu haben meinen, und es wird geglaubt auch von solchen, die es nicht beobachten konnten. Lehmann soll bald darauf von einer Erythrasmerkrankheit ergriffen worden sein, die ihn in wenigen Tagen hingerafft habe. Der ganze Vorgang liegt schon um einige Wochen zurück, aber die Erregung darüber ist noch nicht geschwunden. Das ist begreiflich angesichts des landesüblichen Verfahrens, Beschwerdeführern keine klare Auskunft über das Ergebnis der Untersuchung zu erteilen. Patienten sind durch einen Arzt über ihre Wahrnehmungen befragt worden, aber sie wissen nicht, wie die Sache geendet hat. Verwunderung erregte es, daß der beschuldigte Wärter seinen Dienst weiter versehen durfte. Wir stellen diesen Umstand öffentlich fest, weil die Kunde von jenen Beschuldigungen nicht innerhalb der Mauern des Krankenhauses geblieben ist. Sie ist hinausgetragen worden durch Besucher, die im Krankenhaus davon hörten. Schon deshalb sollte auch die Direktion des Krankenhauses in bestimmter Form bekanntgeben, wie sie über die Beschuldigungen denkt.

Die Polizeienur am Totensonntag und in der Karwoche. Durch ein offizielles Telegrammbureau läßt der Polizeipräsident nachstehende Bekanntmachung an die hiesige Presse verbreiten: „Zusammenstellungen von Musikstücken ersten Charakters, die zur Aufzählung am Totensonntag sowie am Donnerstag und Sonnabend der Karwoche geeignet sind (Polizeiverordnung vom 15. Mai 1913, § 10) werden auf dem Polizeibezirkamt, Röllnmarkt 1, an die im Bereiche des Amtes belegenen Konzertlokale, Kinotheater, Schankwirtschaften usw. unentgeltlich verabfolgt. Programme, welche ausschließlich Nummern dieser Zusammenstellung enthalten, sind zur Aufführung an den genannten Tagen ohne weiteres zulässig und brauchen nicht erst zur polizeilichen Genehmigung eingereicht zu werden.“ — Wir sind neugierig, was für Musikstücke in dieser Zusammenstellung enthalten sind. Ob die Belehrung, die Herr v. Jagow in dieser Hinsicht jüngst empfangen hat, auch hierin einen Ausdruck findet?

Ueber die Schwarzfuß-Indianer des nordamerikanischen Felsengebirges hielt am Donnerstagnachmittag im wissenschaftlichen Theater der Urania, Taubenstraße 48/49, der amerikanische Ethnologe Walter Mac Clintock, der seit 15 Jahren wiederholt diesen Zweig des großen Algonkin-Völkstammes besucht hat, einen interessanten Vortrag. Er schilderte seine erste und letzte Reise durch die Tal- und Schluchten und über die schneebedeckten Berggipfel des Felsengebirges in die Reservation der südlichen Schwarzfuß-Indianer und erzählte dann im zweiten Teil seines Vortrages von dem Lagerleben der Indianer, ihrer Hausweise, ihren Tänzen, Gesängen und den sonderbaren Zeremonien, die bei seiner Adoption durch den Häuptling „Toller Wolf“ stattgefunden haben. Unterstützt wurde die mündliche Schilderung durch die Vorführung einer langen Reihe farbiger Lichtbilder und kinematographischer Aufnahmen der wildromantischen Szenerien des Felsengebirges sowie des Indianerlebens.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 9. November, abends 7 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Genthstr. 18/19: Lustiger Abend unter Mitwirkung von Frau Helene Laßmann-Schau, Vieder mit eigener Begleitung am Flügel (Zack) und Herr Richard Goltz-Frankfurt a. M., Rezitationen. U. a.: Rezitationen unter Benutzung von Lichtbildern Bild. Aufsatz: „Mag und Morig.“

Der Brand einer Automobilwerkstatt alarmierte gestern Freitag morgen kurz nach 3 1/2 Uhr die Feuerwehr nach der Reuenhofstraße 16. Als die Löschzüge eintrafen, standen die Einrichtungsgegenstände und Holzmaterialien in hellen Flammen. Der Löschangriff erfolgte über einem Stedleitergang und es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — Ein größerer Kellerbrand beschäftigte die Wehr außerdem in der Meyerbeerstr. 7. Hier war die Rauchentwicklung so stark, daß zwei Sappeure mit Rauchgasapparaten ausgerüstet werden mußten. Die Ursache beider Brände ist nicht ermittelt.

Zeugen gesucht! Verionen, welche gesehen haben, wie der 14jährige Knabe am Mittwoch, vormittags zwischen 11 und 12 Uhr, an der Waldemar-, Ecke der Mantuffelstraße, vom Auto der A. E. G. totgefahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei P. Theuerkauff, Büdlerstr. 26, abzugeben.

Kleine Nachrichten. Durch einen Sprung aus dem Fenster des dritten Stocks hat sich gestern früh der 50 Jahre alte Arbeitsinvalide Paul Steffen aus der Georgenkirchstraße 37a das Leben genommen. Steffen war seit Jahren erwerbsunfähig. — Vor der Räumung erhängt hat sich der 44 Jahre alte Drechsler Friedrich Reimann aus der Balliadenstraße 61. Reimann hatte aus erster Ehe einen jetzt 16 Jahre alten Sohn und aus der zweiten ein vier Jahre altes Mädchen. Vor vier Wochen starb auch die zweite Frau. Mit der Leiche war er im Rückstande und sollte ermittelt werden. — Mit Weidmänn seinem Leben ein Ende gemacht hat der Malermeister Riffelmeyer, Geopiusstraße 4, während seine Frau eine Aufwartestelle besorgte.

## Soziales.

### Vertrag gegen die guten Sitten.

Vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts trat als Kläger ein älterer Mann auf, der früher selber ein eigenes Geschäft betrieb, durch die Ungunst der Verhältnisse aber alles verloren hatte. So hat er sich dem Beklagten, der Tischlerfabrik von Sperling, als Reisender an und wurde schließlich auch von dem Chef der Firma unter folgenden Bedingungen angestellt: Er erhält 4 R. Spesen für den Reisecost und Provision von seinen Aufträgen. Die Firma ist jederzeit berechtigt, R. von der Tour zurückzurufen, in welchem Falle auch die Spesen fortfallen. Wenn bei Verkäufen die Spesen nicht durch den Ruben gedeckt werden, fallen gleichfalls die Spesen fort. R. verpflichtet sich bei einer Konventionalspese von 100 R., sich jeglicher anderen Tätigkeit zu enthalten. Der Vorsitzende, Magistratsassessor Dr. Heintzel, erklärte — unter Zustimmung der Richter —, es sei zweifellos, daß der mit dem Kläger geschlossene Vertrag gegen die guten Sitten verstoße. Der Angestellte sei in diesem Falle nach dem Vertrage der Firma vollständig ausgeliefert. Auf der einen Seite werde er ihr ganz in die Hände gegeben, auf der anderen Seite würde ihm nicht einmal ein Existenzminimum gewährleistet. Als darauf der Inhaber der Firma hervorhob, daß der Kläger mit dieser Fassung des Vertrages einverstanden war, erwiderte der Vorsitzende, daß das unerheblich sei. Um der Verurteilung zu entgehen, zahlte der Beklagte 100 R. Damit gab sich der Kläger zufrieden.

### Gewerbliche Rechtsprechung.

Obwohl sich die gewerbliche Rechtsprechung durch Gewerbe- und Kaufmannsgerichte längst als unentbehrlich erwiesen hat, sind die Sondergerichte immer noch heftigen Angriffen mit bornierter-schamodischer Tendenz ausgesetzt. Auch besteht in juristischen Kreisen die Meinung, in die Gewerbegerichte einzubringen. Ueber alle diese Fragen hat die Geschäftsstelle des Deutschen Handwerkslagentages auf Veranlassung von der letztgenannten Seite eine Umfrage veranstaltet. Ueber die von 39 Handwerks- und Gewerbetreibern erhaltenen Gutachten berichtet das „Deutsche Handwerksblatt“. Da-

nach haben nach der Ansicht sämtlicher Kammern mit Ausnahme von zwei die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sich gut bewährt. Als Vorzüge werden insbesondere die Schnelligkeit und die Billigkeit des Verfahrens, die Urteilsfindung durch Männer der gewerblichen und kaufmännischen Praxis, die schnelle Orientierung über gewerbliche Verhältnisse und die günstige Wirkung des Vergleichsamts hervorgehoben. Nur zwei Kammern sind abweichender Ansicht; sie klagen über einseitige Rechtsprechung zugunsten der Arbeitnehmer und politische Einflüsse bei den Gewerbegerichtswahlen. An Verbesserungen des Gewerbegerichtsverfahrens werden von einigen Seiten rechtliche Gleichstellung der Innungsschiedsgerichte mit den Gewerbegerichten, Wahl der Richter aus dem Gewerbe des Streitfalls, Vorprüfungspflicht des Klägers, Beseitigung des obligatorischen Vergleichsversuchs, obligatorische Einführung des Vortermins gefordert. Der Ausschluss des Rechtsmittels bei Streitigkeiten von geringerem Werte hat sich nach dem Urteil fast aller Kammern bewährt; diejenigen in Halle und Posen sind indessen anderer Ansicht und wünschen Herabsetzung der Berufungsgrenze in Gewerbegerichtssachen bis auf 50 M. bzw. unbeschränkte Zulassung der Berufung. Für Verbeibaltung des Ausschlusses der Rechtsanwältigkeit haben sich gleichfalls fast alle Kammern ausgesprochen; diejenigen in Posen und Regensburg fordern jedoch die Zulassung.

Steden hinter den Angriffen gegen die Gewerbegerichte wirklich nur sachliche Gründe, wie man stets behauptet, dann müßten nach den vorliegenden Gutachten die Gezeirien nun endlich vollständig aufhören. Nicht eine Einschränkung der Tätigkeit der Gewerbegerichte, sondern eine Ausdehnung ihrer Kompetenz wäre erforderlich.

#### Die Tätigkeit der Gewerbegerichte.

Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1912 war nur wenig umfangreicher als im Jahre vorher. Die Zahl der Gewerbegerichte, ausschließlich Vergewerbegerichte, stieg von 510 auf 519, die der Innungsschiedsgerichte von 426 auf 429. Es wurden 112.403 (111.833) Klagen von Arbeitern gegen Unternehmer, 7.604 (8.066) von letzteren gegen Arbeiter und 373 (365) von Arbeitern gegen Arbeiter anhängig gemacht. Nur eine verhältnismäßig kleine Zahl der Klagen wurde durch kontradiktorische Verhandlungen erledigt, nämlich insgesamt 17.858. Dagegen erfolgte die Erledigung in 48.661 Fällen durch Vergleich, in 4.277 Fällen infolge Verzichts, in 1.446 Fällen weil die Forderung anerkannt wurde; 12.848 Versäumnisurteile wurden erlassen; 31.432 Klagen endeten „auf andere Weise“ und 4.708 blieben unerledigt. Im Vergleich mit dem Vorjahre haben sich die Ziffern nur wenig geändert. Im 576 Fälle sind die kontradiktorischen Verhandlungen zurückgegangen. Von allen hier in Betracht kommenden Fällen wurden 4.511 binnen einer Woche, 5.331 vor Ablauf von 2 Wochen, 4.935 vor Ablauf eines Monats und 2.264 vor Ablauf von drei Monaten erledigt. In 317 Fällen nahm die Erledigung eine noch längere Zeit in Anspruch. Bei den Klagen handelte es sich vielfach um ziemlich erhebliche Beträge. Der Wert betrug in 51.942 Fällen bis 20 M., in 85.004 Fällen von 20 bis 50 M., in 18.656 Fällen von 50 bis 100 M., in 9.971 Fällen mehr als 100 M. In 4.807 Fällen konnte der Wert des Klagenobjekts nicht festgestellt werden. — Die Zahl der Verurteilungen ist von 624 auf 526 zurückgegangen. Die Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter war sehr minimal, geringer als im Vorjahre.

Als Einigungsamt war das Gewerbegericht angerufen: von beiden Parteien: 1911 151 mal, 1912 nur 142 mal; nur von Unternehmern: 1911 80 mal, 1912 12 mal; nur von Arbeitern: 1911 184 mal, 1912 155 mal. Die Zahl der Vereinbarungen, als Ergebnis der Tätigkeit des Gewerbegerichts, sank von 144 auf 135, die der Schiedsprüche von 68 auf 42; dagegen stieg die Zahl der erfolglosen Bemühungen der Gerichte von 65 auf 77. So lange den Schiedsprüchen der Gewerbegerichte keinerlei zwingendes Recht zufließt, wird ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete keine große Bedeutung erlangen. Im letzten Jahre wurden von Gewerbegerichten 18 (15) Gutachten erstattet und 4 (6) Anträge gestellt. Von dem Recht der Gutachtenerstattung und der Stellung von Anträgen zur Verbesserung des Arbeiterrechtes sollten die Gewerbegerichte einen etwas ausgiebigeren Gebrauch machen.

#### Die Kinderarbeit in Gärtnereibetrieben.

Durch ein Urteil des Dresdener Oberlandesgerichts vom 20. März 1912 sind die gewerbemäßigen Gärtnereibetriebe mit Ausnahme des feidartigen Gemüse- und Kräuterbaues als Werkstätten im Sinne des Kinderschutzgesetzes erklärt worden. Darob nun großer Unwille und starke Entrüstung bei den sächsischen Großgärtnereibetrieben, die seit einer Reihe von Jahren dazu übergegangen sind, schulpflichtige Kinder in stetig steigender Anzahl zu beschäftigen, und zwar in den Ferienzeiten täglich 9—11 Stunden, sonst an Nachmittagen 5 bis 6 Stunden. Wegen des Oberlandesgerichtsurteils wurde zunächst ohne Erfolg ins Feld geführt, es sei in rechtlicher Hinsicht ein Fehlurteil. Dann wurde im besonderen betont, Kinderarbeit in Gärtnereien liege durchaus im gesundheitlichen Interesse dieser Kinder, es wäre deshalb nur zu wünschen, daß recht viele Großstadtkinder dieser Tätigkeit zugewandt würden. Diese letztere Empfehlung ist jetzt in den Hintergrund getreten, weil den Lobrednern nachgewiesen wurde, daß allerdings spiel- und sportmäßige Gartenbeschäftigung der Gesundheit förderlich, daß mit der Erwerbsarbeit in Gärtnereien jedoch zahlreiche und tödliche Gesundheitsgefahren verbunden sind. Nun sind die Unternehmer auf etwas anderes verfallen. In einer Denkschrift an das sächsische Ministerium führt der Ausschuss für Gartenbau beim Landeslandwirtschaftsamt für das Königreich Sachsen u. a. aus:

„Nicht unbedacht darf bleiben, daß es im Gartenbau erstensicherweise noch viele mittlere und kleine Betriebe gibt, die nur lebensfähig sind, wenn die Familienmitglieder mitarbeiten. Sie können aber kaum fortbestehen, falls beispielsweise das Kinderschutzgesetz, nach dem sogar die Beschäftigung der eigenen Kinder nicht unerheblichen Beschränkungen unterworfen ist, auf sie ausgedehnt würde.“

Während also zuerst die Gärtnerei gewissermaßen als eine Art Kinderasylatorium gepriesen wurde, wird nunmehr die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die Vorschriften des Kinderschutzgesetzes folgerichtig durchgeführt werden, dann die mittleren und kleinen Gärtnereibetriebe zugrunde gehen müssen. Natürlich ist den Denkschriftverfassern bei Niederschrift dieser

Begründung der Gedanke, daß Betriebe, deren Fortbestehen einzig auf der Ausbeutung von Schulkindern beruht, eine moralische Existenzberechtigung überhaupt nicht haben, gar nicht erst gekommen. Man weiß, sobald man der Regierung beibringen kann, „der Mittelstand ist bedroht“, daß dann das Spiel schon halb gewonnen ist. An und für sich ist die Behauptung nun aber gar nicht zutreffend. Wohl sind die Klein- und Mittelgärtnereien den Großgärtnereien gegenüber schon sehr ins Hintertreffen geraten, aber die Kinderarbeit spielt für diese fast gar keine Rolle. Hinter der Angstmeierei mit dem Ruin der Mittel- und Kleinbetriebe steht ausschließlich die Sorge um den Profit der Großbetriebe, die sich das unbeschränkte Recht der Ausbeutung fremder Kinder wieder zurückerobern möchten. Die Existenzberechtigung des Mittelstandes wird als Mittel zum Zweck vorgeschoben, und wenn die Regierung darauf hincinfällt, lachen die Herren sich eins ins Häufchen.

## Aus aller Welt.

### Aus den Geheimnissen des Würstchens.

Einer ganz infamen Nahrungsmittelschweineerei ist die Kachener Polizei auf die Spur gekommen. Auf Grund eines bestimmten Verdachts wurden von Beamten der Nahrungsmittelpolizei am Freitag auf einem Expeditionsfahrzeug 500 Pfund Kalbfleisch beschlagnahmt, das sich als völlig verdorben erwies. Wie sich herausstellte, war das Fleisch von einer Berliner Firma nach Kachen gesandt worden und sollte von fünf Kachener Schlächtermästern zur Verwertung verwandt werden. Sowohl gegen den Verkäufer als auch gegen die Empfänger des verdorbenen Fleisches wird Anklage erhoben werden.

### Luftmord in Altona.

Die uns aus Altona gemeldet wird, war seit Donnerstagabend ein zwölfjähriges Mädchen Helene Cornelsen, das in der Schmiedestraße bei seinen Eltern wohnte, spurlos verschwunden. Am Freitagnachmittag wurde im Keller eines Hauses in der Großen Röhlenstraße das Mädchen erdrosselt aufgefunden. An dem Kinde ist ein Luftmord verübt worden. Als Mörder des Mädchens ist der bei den Cornelsenschen Eheleuten wohnende Handlungsgehilfe Gustav Keil festgenommen worden. Keil, der bei der Ueberführung ins Stadthaus einen Selbstmordversuch machte, hat bei seiner Vernehmung ein teilweises Geständnis abgelegt.

Dem Mörder wird auch zur Last gelegt, daß er ein ähnliches Verbrechen an einem am Montag in den städtischen Anlagen tot aufgefundenen Mädchen Siefert verübt habe, doch verweigert er darüber die Aussage.

### Waffenvergiftung bei einem Hochzeitseffen.

Wie aus Paris gemeldet wird, sind nach dem Genuß eines Hochzeitseffens in der kleinen französischen Stadt Cholet von etwa 60 Festteilnehmern 45 unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß die Erkrankten von einer vergifteten Speise gegessen hatten. Zwei von ihnen sind bereits gestorben, während die übrigen in Lebensgefahr schweben. Die Polizei ließ die Küche und die Küchengeräte des Hotels beschlagnahmen, um durch ärztliche Untersuchung feststellen zu lassen, welcher Art das Gift war und auf welche Weise es in die Speisen gelangt ist.

### Wie Rosegger den Bauernschreck vertreibt.

Ueber den noch immer nicht unschädlich gemachten Bauernschreck“ auf der Stubalpe schreibt Peter Rosegger im „Heimgarten“: „Seit Einstellung der Ballanfeindlichkeiten gibt es Krieg auf der Stubalpe. Dort ist vor Monaten ein fabelhaftes, von vielen „gefichtetes“ und von keinem erkanntes Untier erschienen, das den Bauern das Vieh zerriß. Für den Fremdenverkehr soweit günstig, als die Welt endlich erfährt, daß Steiermark noch ein so ursprünglicher „Naturparadies“ ist, wo die Wölfe, Löwen und Hyänen wie daheim herumlaufen. Die Bauern sagen, sie hätten ihre Wägen zum Schutz gegen die Serben ausgehen lassen, so wollten sie jetzt auch vor dem Raubtier geschützt sein. In alten Zeiten, wenn irgendwo so ein Ungeheuer erschienen war, da versprach der König dem Tierötter seine Tochter, und es fand sich allemal ein Held. Heute will sich auf der Stubalpe kein Georg und kein Siegfried einstellen. Jäger haben versucht, die Bestie totzuschießen, aber als sie sie fichteten, ging vor Schreck der Schuß allemal auf der unrichtigen Seite los. Dann hat man den Bauern- und Jägerfurcher totschreiben wollen. Alle Zeitungen zwischen Konstantinopel und Emden waren voll Bauernschreck, aber das Vieh nährt sich nicht von Blättern, sondern von Rind- und Hammelfleisch und blieb gesund. Dann veruchte man es, den Bauernschreck totzuschießen, umzog und durchkreuzte sein Gebiet mit einem Telephonnetz. Das machte dem Löwen, oder wie er sich schreibt, gar nichts, er fröhlich ruhig seine Kinder und Schafe. Nach der Größe des Ragens zu schätzen, müßte es ein Ungeheuer sein, gegen das der Lindwurm zu Klagenfurt ein Eidechsen ist. Wir wissen uns keinen Rat. Auch mit Wühlblättern hat man's schon probiert, und so hat der Heimgärtner gemeint, ob nicht auch er mit seinem Kram ausrücken sollte, vielleicht ließe der Bauernschreck vor dem davon.“

### Kleine Notizen.

Frau und Schwiegermutter ermordet. Ein schreckliches Familien-drama hat sich in einer kleinen Vorstadt des Haag abgepielt. Der Rotar Högarby, einer der bekanntesten Anwälte der Stadt, drang in die Wohnung seiner Schwiegermutter und tötete seine Frau und seine Schwiegermutter durch Verblühen. Der Grund für die Tat ist darin zu suchen, daß Frau Högarby, gegen die ihr Gatte die Scheidungsklage wegen Untreue angestrengt hatte, ihre zwei Kinder heimlich aus der Wohnung des Gatten entfernte und zu ihrer Mutter gebracht hatte. Nach der Tat ließ sich Högarby ohne Widerstand verhaften.

Französische Unteroffiziere als Einbrecher. Unter der Anklage des Einbruchdiebstahls standen am Donnerstag ein Sergeant und

ein Korporal vor dem Kriegsgericht in Chalons. Der Sergeant erhielt drei Jahre, der Korporal zwei Jahre Gefängnis.

Die Bombe. In der Bürgermeisterei der spanischen Stadt Manzanilla ist am Freitag eine Bombe geplatzt. Sie verursachte einigen Schaden, es wurde aber niemand verletzt. Der Urheber des Anschlages ist geflohen. Er verwundete einen Zivilgardisten, der ihn verfolgte, durch einen Schuß.

Ein furchtbares Familiendrama hat sich in der Nacht zum Freitag in Reichenheim ereignet. In geistiger Unmachtung versuchte die Frau des Arbeiters Mey ihre vier Kinder zu ermorden und tötete sich dann selbst, indem sie sich die Kehle durchschnitt und die Pulsader der linken Hand öffnete.

### Jugendveranstaltungen.

Ziegel-Vorflugwabe. Sonntag, den 9. November: Besuch der Zieptower Sternwarte. Dasselbst kinematographischer Vortrag und Beobachtung mit dem großen Fernrohr. Treffpunkt 1 Uhr mittags an der Straßenbahnstation. Gäste willkommen. Jeden Sonnabend: Mädchen-abend.

Friedrichshagen. Sonntag, den 9. November: Ausflug nach Grün-heide. Abmarsch vormittags 8 Uhr zum Jugendheim, Friedrichstr. 60. Rück-gehirre und Proviant sind mitzubringen. Treffpunkt für Nachzügler von mittags ab bei „Vater Zitzel“ in Grünheide.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 9. November, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15/17, Neuhörn, „Idealpavillon“, und Ziegel, Bahnhofs-straße 1b: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. M. Drie: „Der Verbrecher in der Literatur.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl — wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Quodlibet und eine Zahl als Merkschein beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abkennzeichnung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. S. 27. 1. u. 2. Nur dann, wenn der Müller etwa durch Befehl des Vormundschottsgerichts die elterliche Gewalt entzogen ist, andersfalls nicht. 3. Das liegt im Ermessen des Vormundschottsrichters. — H. S. 74. Es würde Gehbruch im Sinne des Gesetzes vorliegen. — R. S. 15. Es kann beim Vormundschottsrichter ein Armutszeugnis beantragt und nach Empfang desselben beim Amtsgericht, in dessen Bezirk der Unternehmer seinen Wohnsitz hat, die Bewilligung des Armenrechts für die Vollstreckungsinstanz beantragt werden. — P. S. 100. Ihr Standpunkt ist u. U. begründet. Legen Sie gegen den Pfändungsbeschluss bei dem Amtsgericht, das diesen erlassen hat, Beschwerde ein. — W. 195. 1. u. 2. Erleben Sie aus den Statuten der betreffenden Kasse. — G. H. 22. 1. Ja, sofern der Rachmieter ebenfalls 14 M. oder mehr zahl. 2. Alsdann ja. 3. Es kann ein Zahlungsbefehl beim Amtsgericht beantragt werden. Falls Widerspruch erhoben wird, ein Termin. — G. S. 25. 1. Die Schwägerin wäre erbberechtigt in Höhe eines Viertels des Vermögens. 2. Die Hälfte des gesetzlichen Erbteils. — P. S. 10. Ja. — Vorwärts 100. Das würde kaum ausreichen. — W. S. 50. 1. 16,20 Mark. 2. Unseres Erachtens nein. — G. S. 22. Ja. — H. S. 300. Sie können einen Antrag bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission auf Befreiung von der Steuerpflicht für die fragliche Zeit stellen. — W. 53. Das Zweckmäßige ist, daß die Frau die Angelegenheit mit ihrem Anwalt bespricht. — W. 66. Das ist nicht unbedingt notwendig, aber zweckmäßig. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Erbteils. — W. S. 28. 1. und 2. Ja. 3. und 4. Ja, und zwar ein Vierteljahr, sofern eine anderweitige Kündigung nicht vereinbart ist. 5. Es ist die Abtretung der Forderung zulässig. — C. S. 100. Nein, das unterliegt der Vereinbarung. — H. S. 8. Ja. — W. S. 22. Das erscheint unzulässig. Wenn aber andere Personen verletzt werden, würden Sie halbjähr sein. — H. S. 555. Ja, sofern Sie Beweismittel haben, daß das Ungeheuer auch nach Ablauf einer Frist, die Sie bei der Aufforderung setzen müssen, noch vorhanden ist. — H. W. 73. 1. Ja. 2. Der Arbeitgeber, eventuell Sie selber oder Ihr Vater. — H. S. 24. Nein. — G. S. 15. Unseres Erachtens nein. Gegen den Pfändungs- und Ueberwehungsbeschluss kann Beschwerde eingeleitet werden. — Clara 6263. Warten Sie noch etwa eine Woche. Dann fordern Sie erneut eine Erklärung unter Sehung einer Frist. Geht eine Erklärung innerhalb der Frist nicht, so können Sie Klage erheben. — H. S. G. 100. 1. und 2. Ja. 3. Nein. 4. §§ 165 und 1026. Reichsversicherungsordnung. — Busch. 1. Amtsgericht Berlin-Tempelhof. 2. Zunächst die Sterbeurkunde. 3. und 4. Der Antrag wird am besten zu Protokoll auf der Anmeldestube des Gerichts erklärt. 5. Je nach den Handlungen, die im Verfahren erforderlich werden. Die Kosten sind jedenfalls, wenn es nicht zum Prozeß kommt, nicht erheblich. 6. Nein.

### Witterungsüberblick vom 7. November 1913.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Swinemünde	752,8	2	Dunst	5	Saparanda	764,0	ND	2	2	2	2
Danzburg	751,6	3	bedeckt	6	Petersburg	759,5	NE	3	bedeckt	2	2
Berlin	752,0	1	wolkig	4	St. Petersburg	755,0	NE	3	1	bed. bb.	9
Kranf. a. M.	735,0	3	bedeckt	6	Herbein	750,0	NE	3	Regen	7	7
München	766,0	2	Regen	5	Paris	750,0	—	1	Regen	6	6
Wien	755,0	1	halbb. bb.	4							

### Wetterprognose für Sonnabend, den 8. November 1913.

Vorherrschend wolkig, am Tage ziemlich mild mit leichten Regenschauern und mäßigen Südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 6. 11.	seit 6. 11.	Wasserstand	am 6. 11.	seit 6. 11.
Wemel, Mühl	174	+10	Saale, Großh.	62	+2
Ziegel, Amberg	0	+3	Saale, Sandau	89	+1
Weichsel, Thorn	152	-4	Katzenow	2	-2
Oder, Rathbor	119	-4	Spree, Spremberg	78	0
Krausen	108	0	Beeslow	90	+1
Frankfurt	107	-1	Spree, Röhden	122	+10
Wartbe, Schimm	24	0	Röhden	180	0
Landberg	16	-1	Rhein, Ragimkarsen	320	0
Reh, Bornhamm	0	+2	Rhein	115	+4
Eider, Ortmerg	-32	-3	Rhein	96	+4
Dresden	-168	+4	Redar, Döhlbrunn	44	+1
Barbe	54	+1	Rhein, Qanau	108	0
Magdeburg	50	0	Rhein, Xier	62	+13

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — \*) Unterpegel.



# MAGGI'S

## Reis-Suppe



schmeckt vorzüglich und ist sehr nahrhaft. Ebenso Blumenkohl-, Windsor-, Nudel-, Familien-, Erbsen- mit-Schinken-Suppe usw.

:: Mehr als 40 Sorten. — 1 Würfel für 2—3 Teller 10 Pfg. ::



**Eile zu Weile**  
Spezialhaus für Pelzwaren  
Berlin S., 119 Dresdener Str. 119  
am Oranienplatz.

**1000 Pelzstolas**  
Schals, Colliers, Muffen nur prima  
offiziell loh infolge günstiger  
Abschlüsse

zu hervorragend billigen Preisen.

Echt Skunks-Stola . . . von 85 M. an  
Herzmurmels-Stola von 18.50 M. an  
mit Köpfen und Schweif.

Alaska-Fuchs-Imitation . . . 7.50 M.

Marder, Nerz, Persianer,  
Oppossum, Biber, Iltis etc.

in allen modernen Formen stets  
am Lager.

geraten auf die Firma  
**Bitte Eile zu Weile**  
Dresdener Str. 119 zu achten.  
Jedermann erhält die im Fenster  
ausgestellten Gegenstände sofort  
für den bezeichneten Preis.  
Sonntags 12-2 geöffnet.

**Eigene Kürschnerei.**  
Reparaturen  
gut, schnell, billigst.

**Garderobe**  
auf Teilzahlung

**Anzüge**  
1 Anzug 18 Mark, Anzahlung 3 Mark  
1 Anzug 25 Mark, Anzahlung 4 Mark  
1 Anzug 30 Mark, Anzahlung 5 Mark  
1 Anzug 40 Mark, Anzahlung 8 Mark  
1 Anzug 45 Mark, Anzahlung 9 Mark

**Paletots, Ulster**  
1 Paletot 15 Mark, Anzahlung 3 Mark  
1 Paletot 20 Mark, Anzahlung 4 Mark  
1 Ulster 25 Mark, Anzahlung 4 Mark  
1 Ulster 35 Mark, Anzahlung 5 Mark  
1 Ulster 45 Mark, Anzahlung 8 Mark

in großer Auswahl. Wochenrate 1 Mark.

**Damen-Garderobe**

1 Ulster 15 Mark, Anzahlung 3 Mark  
1 Ulster 25 Mark, Anzahlung 4 Mark  
1 Ulster 35 Mark, Anzahlung 6 Mark

1 Kostüm 25 Mark, Anzahlung 5 Mark  
1 Kostüm 40 Mark, Anzahlung 7 Mark  
1 Kostüm 60 Mark, Anzahlung 10 Mark

Blusen und Röcke, Anzahlung 3 Mark.  
Wochenrate nur 1 Mark.

**Stolas in allen modernen Pelzarten**  
Anzahlung von 3 Mark an, Wochenrate 1 Mark.

**Kinder-Garderobe für Knaben und Mädchen**  
Ausbezahlte Kunden und Beamte ohne Anzahlung.

**M. Beiser, Lothringer Straße 67**  
am Untergrund-Bahnhof Schönhauser Tor.  
Sonntag von 12-3 Uhr geöffnet!

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz  
10-2 5-7. Sonntags 10-12.

**Spezialarzt**  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Meth. Blutuntersuchung.  
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.  
Dr. med. Weckenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 8-10.

**Greift zu!**  
Jed. Herr, der sich eleg. u. bill.  
kleiden will, empfehle elegante  
Monatsgarderobe in feinsten Werk-  
stätten. Berlins gesch., von Herr-  
schaften, Doktoren, Kavaliern nur  
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)  
Kavalierröcke-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.  
Kavalierröcke-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.  
Kavalierröcke 5, 10, 14, 18 M.  
Kavalierröcke-Hosen 2.50, 5.00 M.  
Ulster, sehr billig.  
Große Abteilung neuer Garderobe  
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98  
(Nähe Strausberger Pl.)  
Bitte genau auf No. 98 zu achten.

**Theater.**  
Sonnabend, 8. November 1913.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Deutscher. Ein Volksfest.**  
Anfang 4 Uhr.

**Urania. Großglöcker, Götter.**  
Salzburger Alpen.  
Süßen. Im Reich der Zwerg.  
Walhalla. Smerwittchen.  
Kofe. Schneewittchen.  
Anfang 6 Uhr.

**Eines Walz am Zoo. Varieté-  
Sitzspiele.**  
Anfang 6 1/2 Uhr.

**Eines Rollendorf-Theater. Varieté-  
Sitzspiele.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Rgl. Oberhaus. Satandweg.**  
Elastische Deckerwerkung.  
Rgl. Schauspielhaus. Julius Köler.  
Deutsches. Emilia Galotti.  
Zirkus Busch. Galavorstellung.  
Zirkus Schumann. Galavorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
8 Uhr:  
**Die Kronbraut.**  
Komödienhaus.  
8 Uhr: **Hinter Mauern.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**  
Theater des Westens.  
8 Uhr: **Polenblut.**  
Sonnt. Am. 8 1/2, 11: Der liebe Augustin

**Theater am Rollendorfplatz 5.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der lachende Dreibrund.**  
Deutsches Künstlertheater  
Sozialität.  
Nürberger Straße 70/71, am Zoo.  
8 Uhr: **Kampf.**

**Montis Operettentheater.**  
Egpl. Lehar-Novität:  
**Die ideale Gattin.** 8 Uhr.  
Dr. Rosary, D. Spielmann a. G.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: **Pygmalion.**  
Luftsp. in 5 Akte v. Bernhard Shaw.

**Residenz-Theater**  
8 Uhr:  
**Hoheit — der Franz!**  
Bühnenstücke in 3 Akten von  
Arthur Landberger und Emil Wolf.  
Ruft von Robert Winterberg.  
Borg. u. f. Lage: Hohent — der Franz!

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger  
Siedens's Bühnen-  
agentur. Berl. u. Reichel.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.  
3 Uhr zu ermäh-  
lichten Preisen:  
Siedens's Bühnen-  
agentur.  
Con. 1. W., Hoff 75 Pf., Entree 20 Pf.

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
4 Uhr: Der Großglöcker, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
8 Uhr:  
Mit d. „Imperator“ nach New York.  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath:  
Die Gleichstromdynamomaschine.

**Metropol-Theater**  
Abends 7 Uhr 55 präzise:  
**Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.**  
Dr. Ausstattungsst. m. Gef. u. Lang in  
19 Bild. m. höchst. feiner Ausstattung  
des Jules Verne'schen Romanes von  
Julius Freund.  
Ruft von Jean Gilbert.  
In Szene gef. v. Dir. Richard Schütz.  
Karl Bachmann. Joseph Giampietro.  
Guido Thielseher. Alfred Schmasow.  
Leopold Wolf. Ludwig Wolf.  
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.  
Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
's Nallerl.

**Zirkus Busch.**  
Heute Sonnabend, d. 8. November,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Gala-Sports-Vorstellung.**  
Gebr. Boston  
Gymnastik in höchster Vollendung.  
Das unvergleichliche Bernotti-Trio.  
Ferner:  
Die berühmten Renschen-Raffen.  
Zum Schluss:  
Aus unseren Kolonien.  
Original-Pantom. d. Zirkus Busch.  
Nicht! Sonntag: 2 große Gala-  
Vorstellungen. Am. 8 1/2, u. abends  
7 1/2 Uhr. Nachmittags hat jeder  
Erwachsene ein angehöriges Kind  
frei auf allen Sitzplätzen.

**Zirkus**  
**Alb. Schumann.**  
Heute Sonnab., den 8. Novbr.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**High-Life-Evening!**  
Nur noch kurze Zeit!  
**10 Bengal-Königs-Tiger 10**  
vorgeführt von Herrn Sawado.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Tango vor Gericht!**  
Pantomimische Burleske  
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz  
Sonntag, 9. November:  
**2 gr. Vorstellungen 2**  
nachm. 3 1/2, u. abds. 7 1/2 U.  
Nachm. hat jeder Erwachsene  
ein Kind frei auf allen Sitzpl.

**Deutsches Schauspielhaus. Die lustigen  
Weiber von Windsor.**  
**Königgrätzer Straße. Die Kron-  
braut.**  
Urania. Mit dem „Imperator“  
nach New York.  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B.  
Donath:  
Die Gleichstromdynamomaschine.  
Kammerstücke. Der verlorene Sohn.  
Bellina. Symphonie.  
Berliner. Die eint im Nat.  
Theater am Rollendorfplatz. Der  
lachende Dreibrund.  
Theater des Westens. Polenblut.  
Deutsches Künstler-Theater.  
Kampf.  
Deutsches Schauspielhaus. Die  
lustigen Weiber.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 122.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Schneewittchen  
und die 7 Zwerge.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Im weißen Rößl.  
Sonntags 3 1/2, 11: Der Müller u. sein Kind.  
Morgen: Im weißen Rößl.

**Olympia**  
Halle für Sport- u. Körperkultur  
Kurfürstendamm 151  
(früher Rollschuhbahn).  
Heute abends 8 1/2 Uhr:  
**Beginn der  
Ringkämpfe**  
Kisch (Zabrze)  
de Clercq (Rotterdam)  
de Apollon (Brüssel)  
Clem. d'Angers (Paris)  
Reckling (Hamburg)  
Rajkovic (Serbien)  
Hein (Berlin)  
Sturm (Charlottenburg)  
Baganz (Lodz)  
Lappa (Oppeln)  
Bordel (Pommern)  
Petitjean (Berlin)  
Herold (Brandenburg)  
Solar (Wien)  
Stalling (Bremenhaven)  
Ritzler (Hollbrunn)  
Barkowski (Berlin)  
Weber (Köln).  
Kasseneröffnung 7 Uhr  
Vorverkauf A. Wartheim.

**Passage-Panoptikum**  
**50 wilde  
Kongoweiber**  
Männer und Kinder  
in einem eigens auf-  
gebauten Kongodorf  
in ihren Sitten u. Gebräuchen.  
Und die anderen Attraktionen.  
Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung  
von 5 (Sonntags 8) bis 11 Uhr.

**Neukölln**  
Sportpl. Pflügerstraße  
Circus  
**Barum-**  
Schau  
Heute Sonnabend, den 8.  
Novbr.  
brillante  
2 Vorstellungen 2  
nachm. 4, abds. 8 1/2, Uhr.  
In der Nachmittags-Vorstellung  
ein  
ungekürztes  
Abend-Programm  
zu keinen Preisen für Kinder  
unter 12 Jahren.  
Abends 8 1/2, Uhr:  
**Elite-Vorstellung.**

**Admiralspalast.**  
Eis-Arena. — Allabendlich  
das neue mit durchschlagendem  
Erfolg aufgeführte Eisballett  
**Die lustige Puppe.**  
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.

**Folies Caprice.**  
Anfang  
8 1/2, Uhr  
(Ritter Baldrian  
Das Adoptivkind  
Die Mißgeburt)

**Voigt-Theater**  
Sabitze 38.  
Sonntag, den 9. November:  
Nachm. 3 Uhr: Vom Thron zum Schafott.  
Abends 7 Uhr: Mein Leopold.  
Bühnenst. m. Gef. 1. 3 Akte. u. 2. 4 Akte.  
Kasseneröffn. 10 Uhr. Anf. 8 u. 7 Uhr.

**Deutsches Schauspielhaus. Die lustigen  
Weiber von Windsor.**  
**Königgrätzer Straße. Die Kron-  
braut.**  
Urania. Mit dem „Imperator“  
nach New York.  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B.  
Donath:  
Die Gleichstromdynamomaschine.  
Kammerstücke. Der verlorene Sohn.  
Bellina. Symphonie.  
Berliner. Die eint im Nat.  
Theater am Rollendorfplatz. Der  
lachende Dreibrund.  
Theater des Westens. Polenblut.  
Deutsches Künstler-Theater.  
Kampf.  
Deutsches Schauspielhaus. Die  
lustigen Weiber.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 122.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Schneewittchen  
und die 7 Zwerge.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Im weißen Rößl.  
Sonntags 3 1/2, 11: Der Müller u. sein Kind.  
Morgen: Im weißen Rößl.

**MARMOR-  
HAUS**  
LICHT-  
SPIELE  
(An der  
Kaiser-  
Wilhelm-  
Gedächtnis-  
Kirche)  
Kurfürstendamm 236.  
Zum 123. Male:  
**Madge Lessing**  
**Die blaue  
Maus**  
Regie: Max Mack  
Vorst. 5, 7, 9 Uhr.

**WINTER-  
GARTEN**  
Neues Programm:  
**Willard**  
der Mann, der wächst.  
Grete Freund | Paul Beckers  
Operettendiva | Komiker.  
Orpington-Trio  
Handvolligours  
und die übrigen  
November-Attraktionen!  
Sonntag, 7. Nov.:  
Nachmittags-3 1/2 Vorstellung!  
Kleine Preise!  
Rauchen gestattet!  
Trianon-Theater.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Seine Geliebte.**

**UT**  
Lichtspiele  
Weinbergweg 16-17  
(3 Minuten  
v. Rosenthaler Tor)  
Reinickendorfer  
Str. 14  
**Der Spuk im  
Schloß.**  
Farbenprächtig Detektiv-Film.  
Anfang 8 Uhr.

**Volks-Theater Neukölln.**  
Hermannstraße 20.  
Sonntag, den 9. November, 7 1/2, Uhr  
**Krone und Fessel.**  
Ausstattungsstudie in sechs Bildern  
von Demar und Ruz.  
Montag, den 10. November, 8 1/2, Uhr:  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.

**Deutsches Schauspielhaus. Die lustigen  
Weiber von Windsor.**  
**Königgrätzer Straße. Die Kron-  
braut.**  
Urania. Mit dem „Imperator“  
nach New York.  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B.  
Donath:  
Die Gleichstromdynamomaschine.  
Kammerstücke. Der verlorene Sohn.  
Bellina. Symphonie.  
Berliner. Die eint im Nat.  
Theater am Rollendorfplatz. Der  
lachende Dreibrund.  
Theater des Westens. Polenblut.  
Deutsches Künstler-Theater.  
Kampf.  
Deutsches Schauspielhaus. Die  
lustigen Weiber.

**Palast am Zoo**  
Täglich Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr Matinee.  
Komplettes Programm großer  
**Variété-Akte**  
sowie unsere  
renommierten Lichtspiele  
Preise von 55 Pfennig an.

**Apollo-Theater**  
Komplettes Programm  
großer Variété-Akte sowie  
unsere renommierten  
Lichtspiele  
Preise von 55 Pfennig an.  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 4 und 8 Uhr.

**Friedr. - Wilhelmst.**  
Wir lassen uns scheiden  
In den Hauptrollen  
Wanda Treumann  
und Viggo Larsen  
sowie unsere weiteren  
renommierten Lichtspiele  
Ununterbrochene Vorst. Lang  
täglich von 4 Uhr an.  
Nur zwei Preise  
35 Pf. und 60 Pf.  
Kleine feuerroten Plätze.

**MARMOR-  
HAUS**  
LICHT-  
SPIELE  
(An der  
Kaiser-  
Wilhelm-  
Gedächtnis-  
Kirche)  
Kurfürstendamm 236.  
Zum 123. Male:  
**Madge Lessing**  
**Die blaue  
Maus**  
Regie: Max Mack  
Vorst. 5, 7, 9 Uhr.

**WINTER-  
GARTEN**  
Neues Programm:  
**Willard**  
der Mann, der wächst.  
Grete Freund | Paul Beckers  
Operettendiva | Komiker.  
Orpington-Trio  
Handvolligours  
und die übrigen  
November-Attraktionen!  
Sonntag, 7. Nov.:  
Nachmittags-3 1/2 Vorstellung!  
Kleine Preise!  
Rauchen gestattet!  
Trianon-Theater.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Seine Geliebte.**

**UT**  
Lichtspiele  
Weinbergweg 16-17  
(3 Minuten  
v. Rosenthaler Tor)  
Reinickendorfer  
Str. 14  
**Der Spuk im  
Schloß.**  
Farbenprächtig Detektiv-Film.  
Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Lothinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Der neue Saison-Fest- und Schlager  
Ferdinand der Engländer.  
Das groß. Stück seit Welchen d. Theat.  
Berber das erste. Ereignis! Progr.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Mutterliebe.

**Deutsches Schauspielhaus. Die lustigen  
Weiber von Windsor.**  
**Königgrätzer Straße. Die Kron-  
braut.**  
Urania. Mit dem „Imperator“  
nach New York.  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B.  
Donath:  
Die Gleichstromdynamomaschine.  
Kammerstücke. Der verlorene Sohn.  
Bellina. Symphonie.  
Berliner. Die eint im Nat.  
Theater am Rollendorfplatz. Der  
lachende Dreibrund.  
Theater des Westens. Polenblut.  
Deutsches Künstler-Theater.  
Kampf.  
Deutsches Schauspielhaus. Die  
lustigen Weiber.

**Palast am Zoo**  
Täglich Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr Matinee.  
Komplettes Programm großer  
**Variété-Akte**  
sowie unsere  
renommierten Lichtspiele  
Preise von 55 Pfennig an.

**Apollo-Theater**  
Komplettes Programm  
großer Variété-Akte sowie  
unsere renommierten  
Lichtspiele  
Preise von 55 Pfennig an.  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 4 und 8 Uhr.

**Friedr. - Wilhelmst.**  
Wir lassen uns scheiden  
In den Hauptrollen  
Wanda Treumann  
und Viggo Larsen  
sowie unsere weiteren  
renommierten Lichtspiele  
Ununterbrochene Vorst. Lang  
täglich von 4 Uhr an.  
Nur zwei Preise  
35 Pf. und 60 Pf.  
Kleine feuerroten Plätze.

**MARMOR-  
HAUS**  
LICHT-  
SPIELE  
(An der  
Kaiser-  
Wilhelm-  
Gedächtnis-  
Kirche)  
Kurfürstendamm 236.  
Zum 123. Male:  
**Madge Lessing**  
**Die blaue  
Maus**  
Regie: Max Mack  
Vorst. 5, 7, 9 Uhr.

**WINTER-  
GARTEN**  
Neues Programm:  
**Willard**  
der Mann, der wächst.  
Grete Freund | Paul Beckers  
Operettendiva | Komiker.  
Orpington-Trio  
Handvolligours  
und die übrigen  
November-Attraktionen!  
Sonntag, 7. Nov.:  
Nachmittags-3 1/2 Vorstellung!  
Kleine Preise!  
Rauchen gestattet!  
Trianon-Theater.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Seine Geliebte.**

**UT**  
Lichtspiele  
Weinbergweg 16-17  
(3 Minuten  
v. Rosenthaler Tor)  
Reinickendorfer  
Str. 14  
**Der Spuk im  
Schloß.**  
Farbenprächtig Detektiv-Film.  
Anfang 8 Uhr.

**ODEON**  
Vergnügungs-Palast  
der 10000  
Potsdamer Str. 72 Hochbahn  
Bülowstr.

**Voller Betrieb**  
Attraktionen  
Kabarett kein Extra-  
Entree  
Reitbahn  
Lilipulaner-Truppe  
Anfang 7 Uhr Eintritt 30 Pf.

**Schiller-Theater O.** Schiller-  
Theater.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Rosenmontag.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Freiwild.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Jugendfreunde.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Zwei Wappen.

**Schiller-Theater** Charlotten-  
burg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Jugendfreunde.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Rosenmontag.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Der Herr von Schiller's Geburtstag:  
Die Jungfrau von Orleans.  
Deutsches Schauspielhaus.  
8 Uhr: Die lustigen Weiber.

**Rollendorf-Theater**  
**Cleopatra**  
Die Herrin des Nils  
Das Filmwunder der Welt  
Wochentags Anfang 8 1/2 u. 9 Uhr  
Sonntags 4, 6, und 9 Uhr.

**Jugend-Vorstellung**  
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr  
zu halben Preisen.

**„Clou“** Berliner  
Konzertthaus  
Mauerstraße 22. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
Berliner Konzertthaus-Orchester  
mit seinem Vokal-  
Quartett.  
Leitung: Komponist Frz. v. Bion.  
Musik. H. Garde-Regts. z. F. Dirig. Oberm. Graf.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen  
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem  
Eintritt.

**UT**  
Lichtspiele  
Weinbergweg 16-17  
(3 Minuten  
v. Rosenthaler Tor)  
Reinickendorfer  
Str. 14  
**Der Spuk im  
Schloß.**  
Farbenprächtig Detektiv-Film.  
Anfang 8 Uhr.

**UT**  
Lichtspiele  
Weinbergweg 16-17  
(3 Minuten  
v. Rosenthaler Tor)  
Reinickendorfer  
Str. 14  
**Der Spuk im  
Schloß.**  
Farbenprächtig Detektiv-Film.  
Anfang 8 Uhr.

**ODEON**  
Vergnügungs-Palast  
der 10000  
Potsdamer Str. 72 Hochbahn  
Bülowstr.

**Voller Betrieb**  
Attraktionen  
Kabarett kein Extra-  
Entree  
Reitbahn  
Lilipulaner-Truppe  
Anfang 7 Uhr Eintritt 30 Pf.

Für den Inhalt der Anzeigen  
übernimmt die Redaktion dem  
Verbitung gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

# Der neue Krupp-Prozeß.

## Der Oberstaatsanwalt beantragt gegen Brandt und Eccius wegen Bestechung je fünf Monate Gefängnis.

12. Tag.

Berlin, 7. November 1913.

Zu der heutigen Verhandlung im Krupp-Prozeß sind die neuerdings geladenen Zeugen General a. D. Eggelen v. Wädling, Major Aders und Major a. D. Wangemann erschienen. Eggelen v. Wädling erscheint in Zivil, wird vereidigt und gibt an, 58 Jahre alt zu sein. Er befindet sich auf Reisen und hat keine feste Wohnung. Die Genehmigung des Kriegsministers zur Auslage ist erteilt. — Vorl.: Ist im Juli 1912 der Direktor Dreger an Sie herangetreten bezüglich der Anstellung des damals bei der Depotverwaltung in Spandau beschäftigten Zeugleutnants Hoge, der später an die A. P. K. versetzt wurde? — Zeuge Wädling: Dreger ist nicht an mich herangetreten und hat

niemals mit mir darüber gesprochen.

Oberstaatsanwalt Chrzescinski: Hat Dreger jemals zu irgendeiner anderen Zeit wegen des Hoge oder wegen irgend eines anderen ein solches Ansuchen an Sie gestellt, um jemand eine Beförderung zuteil werden zu lassen. — Zeuge: Auch diese Frage kann ich nicht verneinen. Damit ist die Vernehmung dieses Zeugen zu Ende. Major Aders, der Deputierter für diese Angelegenheiten, erklärt auf die Frage des Vorsitzenden wegen der Verlegung des Leutnants Hoge von Spandau nach Berlin, daß er nicht wisse, ob Dreger an General v. Wädling herangetreten sei. Wie ist Dreger erst hier in diesem Saale persönlich bekannt geworden; ich habe ihn vorher nie gesehen und habe auch niemals davon gehört, daß Dreger die Verlegung veranlaßt hätte. — Vert. J. R. Dr. v. Gordon: Wer hat die Verlegung veranlaßt? — Zeuge: Der Herr Feldzeugmeister. Es sind für die Verlegung des Hoge vom Artillerie-Depot in Spandau zur A. P. K. lediglich die nützliche Gründe maßgebend gewesen. In erster Linie kamen nur drei Zeugoffiziere in dem betreffenden Alter in Frage. Von diesen war Hoge der älteste, er stand zuerst an der Reihe. Er war ferner in seiner bisherigen Dienststellung am längsten von allen drei gewesen. Weiter war er Jungeselle und Jungesellen werden für die A. P. K. bevorzugt, damit ein Austausch mit den Kummerdörfer Herren leichter ist. Endlich wirtschaftliche Gründe: Hoge stand in Spandau, der zweite Bewerber in Köln, der dritte in Königsberg; hieraus geht schon hervor, daß dienstliche Gründe in Frage kamen.

Es wird nun der

### Fall Wangemann

erörtert. — Vorl.: In einem Briefe vom 13. Juni 1910, den Eccius an v. Regen schrieb, ist bemerkt, daß Eccius zur Erledigung des Falles Wangemann nach Berlin komme. Was war das für eine Sache? — Angekl. Eccius: In dem Briefe steht nichts, daß ich zwecks Erledigung dieses Falles nach Berlin komme, sondern daß dies einer der vielen Gründe war, warum ich nach Berlin kam. — Vorl.: Liegt da irgend etwas wie Bestechung vor? — Angekl. Eccius: Nein, das kommt garnicht in Frage. — Vorl.: Hat Wangemann

### Geld bekommen?

Angell. Eccius: Wangemann ist ein bekannter Militärschriftsteller und hatte, nachdem er aus dem Militärdienst ausgeschieden war, den Wunsch, seine Tätigkeit fortzusetzen. Er hatte schon vorher die zahlreichen Geschäfte des Repertoriums des Krupp'schen Nachrichtenbureaus, in dem sich Exzerpte aus allen Jahresschriften und aus Tageszeitungen befinden, zu seinen Arbeiten benutzt. Dieses Material wird nicht nur Schriftstellern, sondern auch auf Wunsch amtlichen Stellen zur Verfügung gestellt und sehr viel von ihnen benutzt. Es handelte sich ihm darum, das Verhältnis in eine bessere Form zu bringen; er wünschte seine Tätigkeit auszubreiten, und wir wünschten, daß er uns auf diesem Gebiete gewillkommener zur Verfügung stehen sollte. — Vorl.: Er sollte also lediglich

### journalistisch für die Firma tätig

sein? — Angekl. Eccius: Dies war der Hauptgegenstand. Wangemann war der Vertreter der Stahlfabrik Veder, die auch auf artilleristischem Gebiete mit der Depotverwaltung in Verbindung steht. Es war auch davon die Rede, daß da wir nun in ein Verhältnis traten, in dem Wangemann laufende Bezüge von uns hatte, auch ein Nachrichtenaustausch auf geschäftlichem Gebiete stattfinden sollte. — Vorl.: Kam denn da irgendwie illegale Nachrichtenbeschaffung in Frage? — Angekl. Eccius: Selbstverständlich nein; es handelte sich nur um Nachrichten, wie man sich eben geschäftliche Mitteilungen macht, die man sich machen kann. Ich will mal sagen, Wangemann war längere Zeit Mitglied der A. P. K. Er blieb selbstverständlich in persönlichem Verkehr mit den Herren und wir konnten von ihm vielseitig Personaländerungen, die uns doch auch interessieren, früher bekommen, als unter damaliger Vertreter Herr v. Regen, der ja häufig verreist war, sie uns beschaffen konnte. — Vert. Justizrat v. Gordon: Ist dem Major Wangemann das Archiv der Firma auch schon zu einer Zeit zur Verfügung gestellt worden als er noch in der A. P. K. war? — Angekl. Eccius: Jawohl, schon zu der Zeit, als er auf die Kriegsschule in Engers kommandiert war, aber da erhielt er von uns keine Bezüge und keinerlei Vergütung. Wir haben einen großen Stab von Beamten, die Zeitchriften und Zeitungen ausgeben. So etwas wie unser Archiv gibt es nicht ein zweites Mal auf der Welt; davon macht der Generalstab, das Kriegsministerium, das Reichsmarineamt usw. Gebrauch. Wir haben das Interesse, wenn ein Schriftsteller artilleristische Arbeiten macht, ihm dieses Material zur Verfügung zu stellen. Nach seinem Abschied sollte er sachliterarisch im Interesse der Firma tätig sein. Er bekam dafür

### 400 Mark monatlich.

Als besonderer Sinn der Wangemann'schen Tätigkeit schwebte uns vor, daß er uns gewissermaßen auf Karat zur Verfügung stehen sollte, wenn wir einen Artikel in die Zeitungen bringen wollten. Er wurde nicht dafür bezahlt, daß diese Artikel kruppfreundlich waren, sondern weil uns daran lag, daß Wangemann, der einen ausgedehnten journalistischen Verkehr unterhielt, diesen in unserem Sinne ausnützen konnte. Diese Aufgabe war ihm zugewiesen und dafür erschien ein Honorar angebracht. — Oberstaatsanw.: Es sind mir im Laufe des gestrigen Tages zwei Zuschriften zugegangen, die eine von dem Journalisten, mit dem Herr v. Regen die bekanntesten Unterredungen hatte, und die andere vom Rechtsanwalt Dr. Karl Liebkecht. In dieser wird in ausführlicher Weise ausdrücklich die Beschuldigung erhoben, Wangemann sei schon zu der Zeit, als er noch aktiver Offizier war, im Dienste der Firma Krupp tätig gewesen, um ihr Nachrichten zu verschaffen, die er sich aus Offizierskreisen holte. Er soll zu diesem Zweck einen Klub gegründet haben, um in diesem Klub die Offiziere auszuwählen. Nachdem er aus dem Dienst geschieden war, soll er diese Tätigkeit fortgesetzt haben. — Angekl. Eccius: Das ist nicht richtig. Herr Wangemann hat uns damals keine Nachrichten gegeben. Die Verhandlung mit ihm war, daß er gelegentlich einmal Nachrichten, die wir noch nicht hätten, unserer Vertretung in Berlin geben sollte. Ob er damals schon verabredet war oder ob seine Verabredung unmittelbar bevorstand, weiß ich heute nicht mehr. Jedenfalls aber bezog sich das Arrangement auf die Zeit, wo er nicht mehr im Dienste sein würde. Von der Gründung eines Klubs weiß ich nichts. Ich habe gelegentlich von einem zwanglosen

Beisammensein der Herren der A. P. K. gehört, bei dem Wangemann mit seinen gesellschaftlichen Talenten eine prävalierende Rolle spielte. — Oberstaatsanw.: Nach der Zuschrift des Journalisten Kunze würde als dessen Gewährsmann Herr v. Regen zu betrachten sein. Ich bitte ihn darüber zu hören. In der Zuschrift Dr. Liebkecht wird ein Herr Roman, der in den Diensten der Firma Krupp steht, als Zeuge benannt. — Vert. Justizrat Dr. v. Gordon: Ich habe Herrn Roman mit seinem ganzen Material telegraphisch herbeigerufen. — Vert. Rechtsanwält Löwenstein: Ich bin entschieden gegen eine neue Vernehmung des Herrn v. Regen, die wieder dazu führen würde, daß alles Mögliche vorgebracht wird, was mit der Sache nichts zu tun hat. — Oberstaatsanw.: Wenn ein wirklich ernster Verdacht erweckt wird, so ist es Sache der Staatsanwaltschaft, ein neues Verfahren einzuleiten, denn es werden hier in der Tat strafbare Handlungen behauptet. — Das Gericht beschließt, daß der Oberstaatsanwält geladene Zeuge Wangemann zur Stelle ist und vernommen werden muß, auch Herr v. Regen zu vernehmen. — Zeuge v. Regen: Der Fall Wangemann steht mit dieser Sache nur in einem losen Zusammenhang. Die Beziehungen zwischen Eccius und Wangemann waren ziemlich intim. Sie hatten sich in Marienbad kennen gelernt und dort dürfte auch die Abmachung zustande gekommen sein. Sie ging dahin, daß Wangemann literarisch für die Firma tätig sein sollte. Er sollte die Redaktion eines bestimmten Teils einer artilleristischen Zeitschrift übernehmen und hat das auch getan. Ferner hat ihm Eccius aufgetragen, in der A. P. K. durch Gespräche mit seinen früheren Kameraden Dinge in Erfahrung zu bringen, die die Firma interessieren konnten. Ich betone aber, daß mir kein einziger Fall bekannt ist, daß dies auch geschehen ist. Vernehmung kann garnicht vorliegen, denn dazu waren die 400 Mark monatlich viel zu wenig. Herr Wangemann aalt als sehr gesellig und trinkfest und daraus erklärt sich der Verkehr mit seinen Kameraden. Herr Eccius hat angenommen, daß Wangemann vielleicht durch Gespräche Dinge erfahren könne, die auf andere Weise nicht zur Kenntnis der Firma gelangen würden. In gewisser Weise sollte die Wangemann'sche Tätigkeit eine Lücke in der Brandt'schen Berichterstattung ausfüllen. — Angekl. Eccius: Nicht eine Ergänzung der Brandt'schen, sondern der v. Regen'schen Tätigkeit schwebte mir vor, weil sich ja der Verkehr Wangemann's mit Personen abspielte, mit denen Herr v. Regen verkehrte, der aber häufig abwesend oder krank war. Es handelt sich auch nicht um militärische Geheimnisse, sondern um solche Nachrichten, wie ich sie vorher geschickt habe. — Es wird dann ein von Justizrat Dr. v. Gordon vorgelegter Brief v. Regens an Eccius verlesen, aus dem sich ergibt, daß v. Regen eingehend mit Wangemann über dessen Tätigkeit gesprochen und daß er ihm nahegelegt hat, bei Bearbeitung der Tagespresse außerordentliche Vorsicht walten und nicht erkennen zu lassen, daß er im Dienste von Krupp stehe, weil dies sonst seine Schreiberlei diskreditieren würde. Man dürfe den Artikeln nicht das Firmenbild umhängen und keine reklamehafte Schreiberlei treiben. — Angekl. Eccius: Ich erkläre nochmals, daß bei Wangemann der literarische Punkt der Kernpunkt war. Alles andere hat sich als Nebenbedingung ergeben. Ich habe auch daran gedacht, daß, wenn wir den Berliner Vertreterposten einmal neu besetzen müßten, Herr Wangemann dafür in Aussicht genommen werden könnte.

Es wird dann Zeuge Major a. D. Wangemann zunächst unter Aussetzung der Vereidigung als Zeuge vernommen: Es ist nicht richtig, daß ich auf illegale Weise Nachrichten sammelte. Ich habe mich seit Jahrzehnten mit großer Vorliebe militärliterarisch betätigt und bin als Lehrer an der Kriegsschule in Engers auf einer Informationsreise nach Essen in Beziehungen zu Krupp getreten, die sich später festgelegt haben. Ich war Waffenlehrer und bekam in dieser Eigenschaft viel Material von Krupp zur Verfügung gestellt. Materielle Beziehungen bestanden nicht. 1907 wurde ich Mitglied der A. P. K. Damals sollten wir uns nicht literarisch betätigen und meine Beziehungen zur Firma Krupp schließen ein. Erst als ich meinen Abschied nahm, wünschte ich mich wieder aufzunehmen, um mir eine Tätigkeit zu verschaffen. Ich weiß nicht mehr, ob ich mich beworben habe oder ob der Vorsteher des Nachrichtenbureaus Roman oder Herr Eccius versucht haben, mich mehr an die Firma zu fesseln. Es kam eine mündliche Vereinbarung zustande, in der selbstverständlich von irgendwelchen illegalen Sachen mit keinem Worte die Rede war. Meine Beziehungen zu Krupp sind vollkommen kristallklar. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Herr v. Regen hat hier ausgesagt, daß Sie die Herren bei der A. P. K. auswählten sollten. — Zeuge: Das ist absolut falsch. — Oberstaatsanwält: Sie sollen einen Klub gegründet oder gefördert haben, der diesem Zweck diene. — Zeuge: Es handelte sich nur um ein zwangloses Beisammensein der Herren der A. P. K., das noch jetzt einmal im Monat stattfindet. Wir wollen da nicht fachsimpeln, sondern kommen auch mit anderen Leuten zusammen. Auch Herr v. Regen war da. Er wird mir aber zugeben müssen, daß von irgendeinem Auswachen auch nicht im entferntesten die Rede sein kann. — Der Zeuge wird vereidigt. Oberstaatsanwält: Ich verzichte auf jede weitere Beweisnahme. Ich hoffe, daß jeder begriffen hat, warum wir in diese Vernehmung eingetreten sind. — Die Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon und Dr. Löwenstein erklären, daß diese Akte sonnenklar ist und nicht das mindeste Befangene ergeben habe. — Oberstaatsanwält: Ich muß noch Mitteilung machen von einer Zuschrift des Kriegsministers, wonach auch im Kriegsministerium ebenso wie im Reichsmarineamt eine Untersuchung über die Trinkgeldverteilung durch die Firma Krupp stattgefunden hat. Es handelte sich aber auch hier nur um ganz kleine Weihnachtsstreichelchen an Rangleidener, Pförtner usw., also nicht um strafbare Handlungen. Festgestellt wird in der Zuschrift auch, daß in der Feldzeugmeisterei oder dem Spandauer Intimus weder Anerbietungen noch Zuwendungen gemacht wurden. — Darauf wird die Beweisnahme geschlossen.

Zur

### Begründung der Anklage

erhält dann das Wort Staatsanwält Dr. Chrzescinski: Als im April dieses Jahres diese Sache in die Öffentlichkeit trat, waren Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter schon ungefähr 2 1/2 Monate und die Polizei noch zwei Monate länger mit ihr befaßt und hatten ein ziemlich vollständiges Bild von der Sachlage gewonnen. Damals war der Umstand besonders geeignet, große Beunruhigung hervorzurufen, daß gerade die Firma Krupp es sein sollte, die einen Verrat militärischer Geheimnisse auf sich geladen betrieb. Damals schon habe wir erklärt, daß in der mündlichen Verhandlung der Verrat militärischer Geheimnisse eine untergeordnete Rolle spielen würde. Heute steht nur Brandt unter dieser Anklage und ich beantrage, ihn von dieser Anklage freizusprechen. Es bleibt gegen ihn und Eccius nur die Anklage wegen Bestechung bestehen. Eccius steht unter der Anklage der Beihilfe zur Bestechung. Es kann bei ihm aber auch Mittäterschaft angenommen werden, was ich tue. Demnach beantrage ich gegen beide Angeklagte nicht nur dasselbe Gesetz anzuwenden, sondern auch

### ihre Schuld ganz gleich zu bemessen

und sie wegen gemeinschaftlicher Bestechung je zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten zu verurteilen, auf welche bei Brandt die erlittene Unter-

suchungshaft von vier Monaten in Anrechnung kommen mag.

Der Staatsanwält erörterte dann nochmals seine Äußerung über den mittleren Beamtenstand. Es ist darüber eine ganze Literatur entstanden; ich habe zahllose Zuschriften bekommen und auch in der Presse sind Artikel darüber erschienen, die in dem Satz gipfelten: O si tacuisses! Daraus ist zu entnehmen, daß man in der Öffentlichkeit meine Ausführungen dahin gedeutet hat, ich sei dem mittleren Beamtenstand zu nahe getreten. Ich wiederhole nochmals, daß ich von subalternen Beamten zu keinem Zeitpunkt gesprochen habe, da ich diesen Ausdruck niemals gebrauche. Aber auch sachlich bin ich dem mittleren Beamtenstand nicht zu nahe getreten. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß sich die Angehörigen des mittleren Beamtenstandes gerade durch meine Ausführungen in ihrer Ehre geschädigt fühlen könnten. Im Interesse der Ehre eines hochstehenden mittleren Beamtenstandes bin ich der Ansicht entgegengetreten, als ob man in den Bureaus alles erfahren kann, was man will. Das ist nicht der Fall; man kann es nur auf dem Wege, der auf die Anklagebank oder zu einem Disziplinarverfahren führt. Die Beamten, die sich dazu hergeben, bilden nur eine Ausnahme. Es gibt aber eine Menge Beamte, die dazu da sind, das Publikum aufzuklären. Diese Mitteilungen sind jedoch kein Dienstgeheimnis. Wer aber die Wege des Dezerenten kreuzt, handelt unbefugt. Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich gesagt: wehe dem mittleren Beamten, der meine Wege kreuzt! Man kann in den Bureaus nicht alles erfahren. Wenn man gesagt hat, der Staatsanwält stehe nicht in der Praxis, so sage ich darauf, daß ich 25jährige Praxis hinter mir habe. Aber es winkt mir ja schon der Vorber des St. Bureaufratruß! Der mittlere Beamte, der sich gegen diese Grundsätze verhält, tritt die Ehre des mittleren Beamtenstandes mit Füßen. Wenn man fragt, ob ein Dienstgeheimnis verletzt ist, so muß man erörtern, ob Brandt alle diese Dinge von irgendeinem mittleren Beamten auf eine anständige und ehrliche Weise erfahren konnte. Es muß nachgewiesen werden, daß Brandt mit Kenntnis der Grenzen der Beamten durch Geschenke und Zuwendungen zur Verletzung der Dienstpflicht veranlaßt hat. Es gibt hierfür zwei Wege, einmal, daß ich mir die Gelegenheit schaffe jemand auszuwachen durch Gastereien wobei ich die Beamten zum Schwachen bringe. Es muß ihm dann nachgewiesen werden, daß er bewußt die Beamten sich gefügig gemacht hat. Nun zur

### Beihilfe des Angeklagten Eccius.

Es ist nachzuweisen, daß er aus eigenem Willen die Erfolge der Tätigkeit Brandt's gewollt und Brandt wissenschaftlich durch Rat und Tat unterstützt hat. So ist der Kreis des zu Beweisenden eng umschrieben. Das tatsächliche Material hat sich so umfangreich gestaltet, daß ich leider den gestrigen Tag vollständig dazu benutzen mußte, einen Teil des Materials zu bearbeiten, ich würde noch einen zweiten Tag brauchen, um das Material vollkommen zu beherrschen. Wie ist die Sache entstanden? Die Firma Krupp hatte das Gesonowerk in Magdeburg übernommen. Dadurch waren die Direktoren von Gruson zum Teil überflüssig geworden und Herr v. Schütz, ein Direktor bei Gruson, kam in die Berliner Stellung. Er hatte den Verkehr mit den amtlichen Stellen hinsichtlich des artilleristischen Geschäftes zu pflegen. Dazu gehörte eine gewisse Geschäftlichkeit und auch Lust. Man muß auch einmal antihamburgen können und es ist ein gewisser Grad artilleristischer Kenntnisse notwendig. Diese Kenntnisse aber brachte Herr von Schütz nicht mit in seine neue Stellung. So kam es, daß der Betrieb stockte. Im Reichstag wurden gerade zu jener Zeit Angriffe gegen die sogenannte Monopolstellung der Firma Krupp gerichtet. Die Firma Krupp führte diese Angriffe zurück auf ihre wesentlichste Konkurrenz, die Rheinische Metallwarenfabrik von Erhardt, und sie glaubte aus den Verhandlungen zu ersehen, daß diese Firma über ihre Preise gut informiert war, was bei ihr nicht der Fall war. Sie kam nun auf den Gedanken, sich die Kenntnisse über die Preise der Konkurrenz gleichfalls zu verschaffen, und Herrn von Schütz wurde ein Assistent gegeben. So kam Brandt nach Berlin. Brandt hand seit etwa einem Jahr im Dienste der Firma Krupp und genoss das Vertrauen eines geschickten Beamten. Vorher war er drei Jahre bei der A. P. K. gewesen. In seinem ersten Schreiben, durch das er Herrn von Schütz veranlaßte, seine Verlegung nach Berlin zu beantragen, betont er auch seine

### guten Beziehungen zu den Militärbehörden

in Berlin. Ueber seine Tätigkeit gibt am besten der erste Brief Aufschluß, den Herr von Schütz an den damaligen Vorsitzenden des Direktors, Landrat Hoetger, schrieb. In diesem Briefe heißt es: „Direkte Geldgeschäfte macht Brandt prinzipiell nicht, wie er mir versprochen hat.“ Herr von Schütz schlägt vor, die Ausgaben Brandt's nicht einzeln aufzuführen, sondern ihn einen Dispositionsfonds zu geben. In dem Briefe heißt es dann weiter: „In den Berichten gestalte ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf die

### Preise der Konkurrenz

zu lenken.“ Dieser Brief enthält in der Rubrik alle, was wir in dieser Verhandlung erörtern haben. Man ist erstaunt, welches Maß von Tätigkeit Brandt entwickelt hat. Er war ein tüchtiger und tätiger Mann. In den sechsmonatigen Jahren hat er schätzungsweise 1500 Berichte nach Essen geschickt. Diese Berichte geben eine Uebersicht über die gesamte Tätigkeit des Kriegsministeriums, der A. P. K. und der Feldzeugmeisterei, und sie geben der Firma Krupp eine vollkommene Uebersicht über die Lage des ganzen artilleristischen Geschäftsbetriebs und über die Preise der Konkurrenz. Für dieses Material aber interessierte sich, wenn wir den Zeugen glauben sollen, in Essen niemand, weder Herr Dreger noch Herr von Dewitz. Von Dewitz ließ es durch die verschiedenen Hände laufen, aber niemand las es es. Diese hohen Herren hatten viel zu viel zu tun, um sich mit dem langweiligen Zeug abzugeben. Sie setzten ihren Namen darunter, und wenn man Herrn von Dewitz fragt, was er mit dem Material getan hat, so sagt: Ich ließ es herumgehen und legte es dann in einen Schrank.

Ich hatte von vornherein damit zu rechnen, daß ich es mit Zeugen zu tun hätte, die früher selbst verdächtig waren, oder mit Zeugen, die in einem anderen Verfahren schon verurteilt worden sind. Ich hatte auch mit einem Angeklagten zu rechnen, der in der Voruntersuchung geständig gewesen war. Aber ich wußte aus den Verhandlungen vor dem Kommandanturgericht, daß er dieses Geständnis widerrufen hat. Es war ihm damals ja bekanntlich ein

### Saken auf den Kopf gefallen.

Dies hat er heute nicht mehr wiederholt. Aber er sagt heute, er wäre in der Verzweiflung gewesen, der Untersuchungsrichter habe das aus ihm herausgefragt und er habe es unterzürben, ohne darüber klar zu sein. Die Art der Bestechung gibt den Schlüssel für das ganze Verhalten der Essener Zeugen. Es gibt eine Form der Bestechung, über die man überhaupt nicht mehr debattieren kann, nämlich, wenn einem Beamten direkt 100 Mk. angeboten werden, falls er einen Wunsch erfüllt. Aber es gibt noch einen anderen Weg, der ist ebenso ungefällig und weit schlimmer und gefährlicher: das ist der Weg der Verführung, der Befangennahme eines Beamten durch Einladungen, Freibitten, Geschenke, Darlehen und dergl. Man sucht durch Freundschaft und Kameradschaft an ihn heranzukommen, und so hat Brandt diese Beamten zu seinen Gefangenen gemacht. Welche Freundschaft wächst nur auf dem

Boden eines engumschriebenen Pflichten- und Ehrgefühls. Wenn man hier immer wieder sagt, daß man an Verleumdung nicht gedacht hat, so ist darauf hinzuweisen, daß in den Jahren Hunderte von Briefen nach Essen gekommen sind, die den Charakter an der Stirn tragen, daß ihr Inhalt nur durch Verrat von Dienstgeheimnissen erlangt werden konnte. Das ist die Illustration zu dem Brief des Herrn v. Schüy, Brandt machte alles auf legalen Wege. Mit legalen Mitteln läßt sich so etwas nicht machen. Besonders betrübend ist, daß diese Beamten

#### auf den ersten Dieb gefallen

sind, und wie Brandt sagte, nachdem er ihnen erklärt hatte: ich bin Vertreter der Firma. Aus dieser ganzen Geschäftsführung mußte man entnehmen: Das ist durch Verleumdung erlangt. Man hat ja Brandt von vornherein mit den Mitteln ausgestattet, die Leute zu gewinnen, und das ist des Pudels Kern. Brandt hat auch in der Voruntersuchung gesagt, die 2000 M. seien ihm gegeben worden zu dem Zweck, ihm den Verkehr mit den Beamten zu erleichtern. Ich habe mir von vornherein gesagt, daß ich meine Beweiskraft werde durchzuführen müssen, ohne daß ich mich auf Herrn von Mehen als Zeugen berufen, oder ich werde sie nicht durchführen können. Ich komme daher nochmals darauf zurück, was ich zu Beginn der Verhandlung von dem Nichtwahren gegenüber Herrn v. Mehen sprach. Ich habe das nicht ohne Grund gesagt; ich wollte nicht den Schein erwecken, als ob die Anklage auf Herrn v. Mehen beruhe. Man hat ihn meinen Zeugen, den Kronzeugen genannt. Wenn doch endlich einmal das Wort „Kronzeuge“ verschwinden würde! Wir haben heute keine Kronzeugen mehr, es gibt hier nur Zeugen der Wahrheit, gleichviel, ob sie vom Staatsanwalt oder von der Verteidigung vorgeführt werden. Ein Zeuge der Verteidigung, der die Wahrheit bekundet, ist mir eben so lieb wie jeder andere Zeuge. Nur darf die Überzeugung davon nicht erschüttert sein, daß der Zeuge auch gewillt ist, die Wahrheit zu sagen. Aus diesem Grunde wollte ich der Überzeugung Ausdruck geben, daß die Anklage auch ohne Herrn v. Mehen durchgeführt werden müsse.

Ich gehe nun über zu Herrn Eccius. Wenn ich ihm Mithäterschaft zur Last lege, so erblicke ich den wesentlichen Teilbestand dafür in der

#### Vergabe der Mittel.

In diesem Punkte bin ich auf Widerspruch gestossen. Der Staatsanwalt erörtert dann eingehend die rechtliche Seite: Es ist kein Unterschied, ob der gemeinsame Entschluß ausgesprochen oder niedergeschrieben wird von einem oder von beiden, wenn nur hervorgeht, daß es sich um einen gemeinsamen Entschluß handelt. Die Tat kann nur so angesehen werden, daß zwei Organe vorhanden sind, von denen der eine die Tat ausführt, der andere die Mittel hergibt. Wenn das Gericht zu dem Ergebnis kommen sollte, daß Herr Eccius die Mittel nicht zu dem Zweck hat hergeben wollen, dann muß der Angeklagte Eccius freigesprochen werden. Aus den Briefen Brandts geht aber hervor, daß der Angeklagte Eccius wollte, zu welchem Zwecke sie dienen sollten. Dann ist er aber der Mithäterschaft schuldig und nicht der Beihilfe. Es würde entschieden ein falsches Bild geben, wenn man den Direktor in Essen als den Gehilfen Brandts betrachtete wollte. Der Herr, der dem Diener Geld zur Verleumdung gibt, ist der

#### eigentliche Schlichter.

Die Angabe des Angeklagten Eccius, er habe im Laufe der Unterredung mit Herrn v. Schüy über die Tätigkeit Brandts nicht gesprochen und auch nicht danach gefragt, wie diese Tätigkeit beschaffen sei, ist psychologisch ganz natürlich und vollkommen ausgeschlossen. Denn auch Eccius kennt doch die Welt und weiß, wie es darin zugeht. Ich bin keinen Tag gern hier in diese Verhandlung gekommen. Das schmerzlichste und peinlichste aber war für mich, daß man die Fiktion aufrecht erhalten wollte, als sei alles legal zugegangen, nur weil man dem anderen nicht die Mängel in die Tasche gesteckt hat. Ich glaube, Ende Mai so weit zu sein, daß ich die Anklage erheben konnte. Das Studium der Akten belehrte mich vom Gegenteil. Ich habe dieses Studium benutzt, um meine Ansicht in einer größeren Ausarbeitung niederzulegen, die ich nicht nur dem Untersuchungsrichter, sondern auch — und das ist wohl zum erstenmal vorgekommen — einem der Verteidiger mit der Ermächtigung übergeben habe, jeden Gebrauch davon zu machen. Ich hatte nun gehofft, daß ich hier einer anderen Auffassung begegnen würde und bin im Interesse einer

#### Klugen und vornehmen Verteidigung

so vorgegangen. Ich hatte gehofft, daß man sagen würde: Ja, die Geschichte ist so gewesen, wie sie in ein Treibwasser geraten, in dem wir fortgerieben wurden, wir haben den Lebensbilde verloren und nicht zur rechten Zeit abgehoben. Ich habe diese Antwort leider nicht gegeben. Wenn ich der Verteidigung der Herren widersprochen habe, so hat mich dieser Umstand am meisten dazu bestimmt. Der Ausgangspunkt der Aufklärung der Gegenseite war: strafrechtlich lag nichts vor, aber es konnte hieraus vielleicht ein Skandal entstehen, der für die Firma Krupp nicht angenehm geworden wäre. Wenn ich dann die Herren fragte, was sie denn eigentlich von der Sache wüßten, da antworteten sie, daß sie eigentlich nichts wüßten. Aber daß das nichts etwas war, das haben wir alle gefühlt. Diese eigenartige Stellungnahme ist hier namentlich hervorgetreten bei den Herren Hugenberg, Daux und Muehlon. Ich habe hier nicht erregt, wohl aber nachdrücklich gesprochen. Man muß einseitig und nachdrücklich sprechen, denn man muß hier schellen, wenn man gebietet werden will. Da erzählte uns Herr Hugenberg z. B., daß er sich in Baden-Baden geeinigt habe, Brandt müsse fort. Warum mußte Brandt fort? Wegen seiner Verleumdung. Ja, da muß doch unbedingt gesagt worden sein, daß das eine Verleumdung war, bei der die Ehre der Firma in Frage stand. Für mich war diese Aussage unbestreitlich, wenn es nicht die Deutung gäbe, daß man von Dingen nicht spricht,

#### die man schon weiß.

Auch ich habe bei der Frage der Verleumdung einen schweren inneren Kampf durchgemacht. Da war ich wirklich erregt. Ich komme zu dem Schluß, daß aus rein tatsächlichen Gründen die Schuld des Eccius nachgewiesen ist, wobei ich besonders die Ersetzung des Dispositionsfonds durch die nach dazu so beträchtlich höhere Funktionszulage ersäuerend ins Gewicht fallen lassen muß. Die Schuld des Eccius ist erwiesen, ohne daß ich auf das Zeugnis des Herrn v. Mehen auch nur mit einem Wort zu sprechen gekommen bin. Unrichtig hielt es zu sagen, daß man dem Zeugen v. Mehen kein Wort glauben darf, er mag verneint oder unbedeutend, schwarz oder weiß aussagen. Gewiß ist Herr v. Mehen eine eigentümliche Persönlichkeit. Er ist Wege gegangen, die nicht glatt sind. Aber wenn man aus ihm den Schwärzen und aus Herrn Wingen den weißen Mann machen will, so ist das nicht richtig. Ich bin hier schon einmal Herrn Wingen in die Parade gefahren, als er von den Wehenschen diabolischen Verführungskünsten sprach, weil das keine Zeugenaussage, sondern eine Kombination von ihm war. Wingen hat dem Herrn v. Mehen mehrfach sein Ehrenwort dafür gegeben, daß er die Abmachungen geheimhalten werde. Er hat es aber damit zu verbinden genützt, daß er drei Leuten Mitteilung von diesen Vereinbarungen gemacht hat. Als Wingen hier sagte, die Erobachtung von Ehrenworten sei im kaufmännischen Leben nicht so streng, da hätte ich wirklich erregt beinahe dazwischen gerufen: Ist es im kaufmännischen Leben Sitte, Ehrenworte so zu brechen? Weiter hat Wingen auf v. Mehens Bitte, ihm den Vortrag zurückgeschickt, weil v. Mehen die Sache aus der Welt geschafft haben wollte. Aber Wingen hat eine Abschrift davon zurückgehalten, ohne daß er v. Mehen davon etwas sagte. Und das in einem Augenblick, wo er an v. Mehen schreibt, er begreife sehr gut, daß v. Mehen die Sache aus der Welt haben möchte. Natürlich stimmte ich dem Vorgehen des Herrn v. Mehen in dieser ganzen Sache in keiner Weise zu, und auch nicht darin, daß seine Rühmung durch die Firma Krupp zu Unrecht erfolgt sei. Die Firma Krupp hatte vielmehr das volle Recht, einen Vertreter, der hinter ihrem Rücken solche Geschäfte abschloß, zu entlassen. Aber Herrn v. Mehen

als alleinigen Schuldigen hinzustellen, ist nicht richtig. Herr v. Mehen hat mir persönlich erklärt, daß die Aufträge in der „Staatsbürger-Zeitung“ nicht von ihm sind, und ich glaube ihm das auch. Sie müssen aber von ihm nahesteher Seite gekommen sein. Er hat sich da der Welt borgekauft unter dem Gesichtspunkt: die Stunde des Zeugnisses wird eine Stunde der Vergeltung sein. Das muß ich hervorheben im Interesse meiner Stellung. Wie könnte ich meine Aufgabe erfüllen, wenn ich mich auf einen Zeugen berufen würde, dem man entgegengehalten hat, daß sein Zeugnis bloße sei. Viele Befundungen des Zeugen v. Mehen aber haben die

#### innere Wahrscheinlichkeit für sich,

die noch erhöht wird, wenn man die Befundungen in Zusammenhang bringt mit den Briefen, die erst in dieser Verhandlung zu unserer Kenntnis gekommen sind. Aus dem Briefwechsel mit Eccius ergibt sich ganz klar, daß zwischen Eccius und v. Mehen in der Brankerstätigkeit im Detail die Rede gewesen ist, und daß Mehen dem Brandt, dem er am liebsten von Berlin fortgeschafft haben würde, nur deshalb zum Kuratorstuder machen ließ, damit er eine bestimmte schematische Tätigkeit ausüben und ihn (Mehen) nicht durch seine Nachrichtenbeschaffung kompromittieren könne. Am meisten verdächtig erscheint v. Mehen durch die Wendung, daß er die Kornwalzer ausgesandt und ihnen eine unerschöpflichere Form geben wolle. Das hat er hier nicht vollständig aufklären können. Für mich sind die Zusammenhänge so sonnenklar, daß ich den Versuch nicht zulasse, sie zu verrücken. Nun zur Aufgabe des Zeugen Marquardt. Ich habe ihm hier den Brief vorgelesen, worin er v. Mehen mittelst, an wen die Kornwalzer gehen. Marquardt hat zugegeben, daß er das geschrieben hat, aber es sei falsch gewesen. Als ich ihn fragte, wie denn das möglich sei, sagte dieser Zeuge, er werde sich wohl nicht dazu erkundigt haben. Das hat sich hier abgepielt. Man muß dem beigemohnt haben,

#### um es für möglich zu halten!

Ich komme zu dem Schluß, daß man nicht sagen darf, dem Mehen darf unter keinen Umständen geglaubt werden. Man muß sagen, was ich zu Beginn der Verhandlung erklärt habe, daß man ein scharfes Auge auf ihn haben muß. Man muß sich über eventuelle Widersprüche sorgfältig orientieren und sich ein gewissenhaftes und sorgfältiges Urteil bilden, inwiefern seine belastenden Aussagen eine Grundlage abgeben dürfen. Deshalb bitte ich den Gerichtshof, sich diesen Standpunkt zu eigen zu machen.

Wenn Brandt bei dem Gespräch mit Muehlon in einer bestimmten Stimmung war, so wird das nicht wegen der paar Flaschen Wein gewesen sein, die er mit seinen Kameraden getrunken hat. Man kann vielmehr annehmen, daß die Galanterien und Anspielereien in viel größerem Umfang stattgefunden haben, als nachgewiesen ist. Zur Ehre Brandts nehme ich an, daß ihm Stunden gekommen sind, wo dem alten ehrenhaften Unteroffizier der Gehanke an seine Schuld belagerte. Das Gespräch ist verursacht worden durch den Brief des Herrn v. Mehen, in dem es heißt: „Sie können Brandt ja auch 20 000 M. geben. Dann läßt sich aber die Fiktion nicht mehr aufrechterhalten, daß niemand von den Geschäften etwas weiß.“ Ich kann das

#### Stillsitzen der Herren nicht begreifen,

mit dem sie einen solchen Brief in aller Ruhe ausnahmen. (Mit erhobener Stimme:) Wenn mir jemand sagte, von Fiktionen zu schreiben, ich würde ihm an den Kragen gehen. Wenn auch der Angeklagte Eccius damals nicht in Essen war, so beweist dieser Brief doch, daß v. Mehen an eine Stelle schrieb, die genau Weisheit lautete. Herr v. Muehlon hat ja dann die Sache in Essen mitgeteilt. Aber man hatte keine Zeit, das Jubiläum stand vor der Tür. Man ließ die Sache ruhig weitergehen, obwohl Muehlon in Privatgesprächen zu den einzelnen Herren auftrug, es solle ihn wundern, wenn nicht etwas passierte. Nicht einer der Herren ließ sich in seiner Ruhe stören. Die Sache eilte nicht. Nur darin war man sich einig: Brandt muß weg. Waschen begingen: Brandt mußte immer noch weg. Es kam der Oktober: Brandt mußte weg. Es kam das Ende des Oktober und Brandt mußte noch immer weg und

#### ist noch immer in Berlin.

Nun kommt der Fall Mehen, und man hat das Gefühl, daß nun ein Skandal in der Öffentlichkeit droht. — an das Gericht dachte man ja nicht. Jetzt ist der Weisheit letzter Schluss: nur nichts ändern, damit kein Verdacht entsteht. Ich gebe ja zu, daß, nachdem man einmal den Fehler begangen hatte, die Sache so hinzuziehen, dieser Gedanke an sich etwas Verächtliches hatte. Man konnte doch aber einen ganz anderen Weg einschlagen. Man konnte Brandt sagen: Du bist erholungsbedürftig, hier hast Du Geld, reise ans Nordsee

#### und bleibe dort so lange, bis wir der Meinung sind, daß Du

Dich genügend erholt hast. Am 25. Oktober beschließt man dann, doch eine Änderung eintreten zu lassen. Die Berichte sollen weitergehen, aber Drogen soll sie unterschreiben. Brandt sucht nach wie vor seine Kornwalzer zusammen.

#### löst von neuem einen Mann (Schmidt) in seine Rege,

der erst nach dem 23. Oktober in die Feldzeugmeisterei gekommen war. Der Verkehr geht ruhig weiter, bis die Verhaftungen ihm ein Ende machen. Ich kann nicht beweisen, daß jeder einzelne Vorgang zur Kenntnis der einzelnen Herren gelangt ist. Aber es liegt der zwingende Beweis dafür vor, daß man

#### in Essen über diese Dinge genau informiert war,

und niemand mußte mehr darüber informiert sein als der, der die Verantwortung trug, der Leiter der Abteilung für Kriegswesen. Es muß der Wille des Angeklagten Eccius gewesen sein, daß Brandt für die Firma Krupp war, als er ihm die Zulage bewilligte. Es war die werbende Kraft der Firma Krupp, die durch Brandt und durch das Geld des Eccius an die Leute herantrat. Das ist für mich der Grund zu sagen: eine Schuld, ein Maß! Ich bitte, beide Angeklagten nach gleichem Maß zu messen und meinem Antrag stattzugeben.

#### Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhält das Wort der Verteidiger des Angeklagten Brandt.

#### Rechtsanwalt Dr. Löwenstein:

Auch ich werde dem Beispiel des Oberstaatsanwalts folgen und von vornherein keinen Zweifel über meine Stellung zur Schuldfrage lassen. Ich beantrage, den Angeklagten Brandt bezüglich beider Straftaten von Strafe und Kosten freizusprechen und nur für den unwahrscheinlichen Fall, daß das Gericht dem Antrag auf Verurteilung wegen Verleumdung Folge leisten sollte, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen, die ja im reichlichen Maße vorhanden sind. Jedenfalls bitte ich, die dann zu verhängende Geldstrafe durch die erlittene Untersuchungshaft von vier Monaten für verbüßt zu betrachten. Im Anschluß an diesen Prozeß drängt sich die Betrachtung auf, daß die strafrechtliche Seite des Prozesses weit hinter der

#### politischen und industriellen

zurücktritt. Die strafrechtliche Ausbeute ist auch vom Standpunkt des Oberstaatsanwalts außerordentlich gering. Wenn diese ganze Affäre auf natürliche und normale Wege zur Kenntnis der Behörden gelangt wäre, wenn die Militärbehörde erfahren hätte, daß einige Leutnants mit dem Angeklagten Brandt, einem Vertreter der Firma Krupp, manchmal zusammenkommen und bei Gelegenheit von Wirtschaftsgesprächen die Mitteilungen machen, dann hätte die Militärbehörde wohl die Herren Beamten sich energig vorgenommen und ihnen Kargemacht, wie dies völlig richtig und ungeschädlich ihr Verhalten ist. Ich bin überzeugt, daß sich die Militärbehörde auch an die Firma Krupp gemeldet und um Abklärung des Anlags erlucht hätte. Aber ich bezweifle, daß irgendjemand auf den Gedanken gekommen wäre, daß hier Besetzungen vorliegen, daß diese vorgelegten beamteten und preußischen Beamten daran gedacht haben, wenn sie ein Glas Bier,

#### ein Parole oder ein kleines Geschenk

besamen, eine strafwürdige Handlung begehen, die mit Sucht haus bedroht wird. Der Oberstaatsanwalt sagt, er kenne die Welt genau, und wer die Welt kenne, wisse, daß derartige Indiskretionen nur durch Verleumdung zu errischen seien. Ich kenne die Welt auch. In meine Kopf aber malte sie sich ganz anders. Eine absolute Pflicht zur Amtsverschwiegenheit besteht nicht. Jeder Beamte, ob oberer, mittlerer oder unterer Beamter, muß sein Gewissen und seinen Verstand fragen, wie weit er gehen darf, worüber er Mitteilung machen kann. Ich unterschreibe jedes Wort, was Geheimrat Hugenberg hierüber gesagt hat. Wir sind alle Menschen und die Beamten auch. Wenn der Oberstaatsanwalt mit Empfinden gerufen hat: Wehe dem Beamten, der meine Wege kreuzt, dann rufe ich: Wehe dem Oberstaatsanwalt, der gegen den Beamten, der einmal etwas ausplaudert, sei es einem Freunde, einem Rechtsanwalt gegenüber mit eisernem Wesen vorgehen würde. Es würden bald die Bureaus leer sein, nicht nur von pflichtvergessenen, sondern auch von pflichttreuen Beamten. Auch wir Rechtsanwälte sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Aber wenn wir am Abend unserer Gattin vielleicht aus Dankbarkeit für ein gutes Abendessen systematisch interessante Fälle mitteilen, oder auch einem Kollegen und gelegentlich von diesem aus Dankbarkeit ein Glas Wein spendiert bekommen, dann würde, wenn sich ein Denunziant fände und der Oberstaatsanwalt Anklage wegen Verleumdung erheben würde, der Rechtsanwalt verurteilt werden. Aber zu sittlicher Entrüstung wäre kein Anlaß, mit erhobenem Haupte könnte der Angeklagte den Saal verlassen. In dieser Sache ist vorgelegt der Schwerpunkt verschoben worden. Das Klauen mit dem vertrauten Freund ist verboten, aber nicht verächtlich. Verächtlich wird es erst, wenn es mit dem Bewußtsein geschieht, daß es zum Schaden der Behörde ausgenutzt werden kann. Ich beurteile Brandt und die sieben Militärbeamten ganz anders als der Oberstaatsanwalt. Die Beamten handelten in dem Bewußtsein:

#### Krupp ist ein Teil der Heeresverwaltung

und des Staates, wenn Krupp es erfährt, dann liegt das im Interesse des Staates. Sie glauben, daß die Firma Krupp ohnehin alles erfahren würde. Die Vergehen der sieben Beamten hat der Oberstaatsanwalt recht phantastisch geschildert. Derselbe Mann, der beim Glase Bier Brandt die tiefsten Geheimnisse der Militärverwaltung mitgeteilt hat, würde, selbst wenn der Tisch mit 1000 Marksilber gepflastert wäre, einem Feind des Vaterlandes nicht einmal verraten, wie die Knöpfe an den Uniformen beschaffen sind. Dann hat der Oberstaatsanwalt nicht genug die Schale seines Forns darüber ausgegossen, daß die Firma Krupp diese Wege gegangen ist und sich nicht auf die offiziellen Wege beschränkt hat. Glaubt denn irgend jemand, daß eine Weltfirma oder ein großes Staatsgebilde existieren könnten, wenn sie sich auf das beschränkten, was sie auf offiziellem Wege erfahren. Wir senden unsere Beamten und Beamten nicht ins Ausland, damit sie nur den offiziellen Verkehr vermitteln. Welcher Lärm hat in der ganzen Presse getobt, als der Balkankrieg ausbrach und unsere offiziellen Vertreter keine Ahnung hatten. Gerade die Presse, die heute der Firma Krupp das so sehr verargt, hat nicht genug Drucker-Schwärze gehabt, um ihre Vorwürfe zu erheben. Gatten die Herren etwa im Auge, daß unsere Beamten zum König von Rumänien oder Bulgarien gehen und fragen sollten, ob etwa ein Krieg ausbräche. Man würde einen Reichsfizler oder Polizeipräsidenten von seinem Posten wegheben, wenn er eine für das Staatswohl wichtige Nachricht zurückweisen wollte, nur weil er glaubt, daß sie nicht auf legalem Wege erlangt ist. Wenn eine melder-schütternde Entrüstung sich so lange Zeit breitmachen konnte, so mußte das tiefere Gründe haben. In der Tat war es ein außerordentlich, noch nie dagewesener Umstand, durch den die Sache ins Rollen kam. Der

#### Reichs- und Landtagsabgeordnete Liebknecht

hatte 16 Kornwalzer erhalten und mit ihnen zusammen den Brief eines anonymen Feiglings, der schwere Verdächtigungen gegen die Firma Krupp und die Heeresverwaltung erhob. Diesen Brief hat Liebknecht vernichtet. Er hat aber die anonymen Verdächtigungen sich zu eigen gemacht, indem er dem Kriegsminister von einem Verleumdungs- und Spionagebureau der Firma Krupp schrieb, an dem hohe und mittlere Beamte beteiligt seien, und daß hohe Summen für Verleumdungszwecke verwendet würden. Im Lichte dieses Briefes erhielt die Sache natürlich ein ganz anderes Aussehen. Der Oberstaatsanwalt und der Kriegsminister hätten in einen solchen Brief schwere Zweifel setzen müssen, anstatt sofort mit dem schmerzlichen Gefühl der Volkspolizei, Hausdurchsuchung und Verhaftung gegen angesehene Persönlichkeiten vorzugehen. Immerhin hat der Prozeß das Gute gehabt, der Öffentlichkeit gezeigt zu haben, daß es sich um eine alltägliche Bagatelldade handelt. Dr. Liebknecht hat den Krupp gefunden, von der Tribune des Reichstages in die Welt hineinzurufen, daß diese

#### schmählischen Verdächtigungen

lattere Wahrheit seien, daß Verleumdung und Amtsmissbrauch in Deutschland herrschen und daß sich ein deutsches Panama gezeigt habe. Der Widerhall in der ganzen Welt konnte nicht ausbleiben und mußte dazu führen, daß man mit der größten Energie in der Öffentlichkeit die Meinung vertrat, hier sei etwas Entsetzliches geschehen. Da mußte natürlich der Staatsanwalt bis zum Äußersten durchgreifen. Dann kam der erste Krupp-Prozeß und mit ihm trat eine Wendung in der öffentlichen Meinung ein. Es wurde aufgedeckt, was aufgedeckt war. Das militärgerichtliche Verfahren ergab den nackten, klaren Sachverhalt mit allen Details, und wir hätten uns vielleicht unsere vierzehntägige Verhandlungen sparen können, wenn es möglich wäre, auf Grund des militärgerichtlichen Verfahrens ein Urteil in diesem Prozeß zu fällen. Neud hat diese Verhandlung nicht geduldet, abgesehen von dem zwar interessanten, aber nicht beweiskräftigen Zeugnis des Herrn von Mehen. Der erste Krupp-Prozeß hat der öffentlichen Meinung die Verhüllung gebrochen. Man erkannte, daß diese ganze Angelegenheit nur eine von sozialdemokratischer Seite aus aufgetriebene, aufgeduldet, an sich aber bedeutungslose Sache war. Das erkannte man überall mit alleiniger Ausnahme des Schreiber und Retreter des „Vorwärts“. Dieser konnte, auch nachdem das militärgerichtliche Verfahren die ganze Haltlosigkeit der Behauptung dargetan hatte, sich bis zum heutigen Tage nicht genug daran tun, nachzuweisen, wie betrügerisch es sei, wenn unterirdische Nachrichten auf nicht-offiziellen Wege beschafft werden und wenn man von solchen Nachrichten im eigenen Interesse Gebrauch macht. Haben denn die Leute, die so sprechen und schreiben, unsere ganze Vergangenheit vergessen? Haben sie vergessen, wie vor wenigen Jahren ein in der Reichsbrücker gestobener Brief im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, wie seit Jahren der

#### „Vorwärts“ mit Vertrauensbrüchen seine Leser speist,

wie nacheinander ein geheimer Erlaß des Ministers und dann einer des Regierungspräsidenten und dann einer des Sanitäts im „Vorwärts“ erschienen? Und die Herren brüsten sich damit, daß sie solches Material erlangen und daß sie es verwerten. Dabei ist diese Handlungsweise mit der von Brandt und Eccius nicht zu demschämen. Ich bin kein Militärtribunal und ich habe es bis zur Affäre Krupp dem „Vorwärts“ nicht verdrückt, wenn ihm Derartiges auf den Rebellionsstich flog und er es im Interesse seiner Partei ausschaltete. Wenn ich aber das Maß, das hier vom „Vorwärts“ an große kaufmännische Institute angeleitet wird, mit dem vergleiche, was sich bei ihm selbst zeigt, dann sage ich mit dem Replikat: „Diese Herren spotten ihrer ihrer selbst und wissen nicht wie.“ Und

#### ihre Schamlosigkeit

geht so weit... — Vorsitzender: Ich bitte, nun aber beerrigte Ausdrücke zu unterlassen. — Verteidiger Löwenstein: Sie entziehen mir in der Erregung des Pläjäyers. Aber das Wort, das ich soeben angewandt habe für ein solches Verhalten, wo jemand, der in dieser Weise jahrelang vor die Öffentlichkeit getreten ist, und dann bei einer solchen Gelegenheit von Korruption um einer wichtigen Stelle des Staates spricht, ist in der Tat nicht zu hart. Dazu

Kommt noch, daß die Herren das, was sie erfahren oder sich erschaffen haben, hier im Interesse des großen Ganzen verwendeten. Nach dem Gutachten der Sachverständigen ist auch kein Zweifel, daß von Amtsmißbrauch, von unterirdischen Nachrichten nicht die Rede sein kann. Wenn ich hier den „Vorwärts“ in dieser Art für Moral und Sitte kämpfen sehe, dann überkommt mich ein bitteres Gefühl. Ein aufrechter Sozialdemokrat ist mir ebenso lieb und kann ebenso gut mein Kamerad sein wie ein aufrechter nationalgefingter Mann. Aber

#### Gruchel, Pharisäertum und Lüge

Hoffe ich, wo sie sich mir aufrufen. Und ich muß sagen: Hier in diesem Kampf den „Vorwärts“ Arm in Arm kämpfen zu sehen mit dem nationalgefingten Herrn von Meppen gegen die Korruption der Firma Krupp und gegen die Bestechung des Brandt, ist ein herrliches innerlicher Erfolg, und es war mir eine große Freude und Genugtuung, diesem Herrchen die Heuchlerlarve vom Gesicht zu reißen. — Vorführung: Ich bitte, sich aber nun nicht mehr weiter nach dieser Richtung auszulassen. Ich halte das nicht für zur Sache gehörig.

#### Verteidiger Löwenstein:

Die Öffentlichkeit spielt in diesen Prozeß überall hinein und der Vorsitzende hat auch dem Oberstaatsanwalt weiten Spielraum gewährt, auf die Öffentlichkeit einzugehen. — Der Verteidiger unterläßt nun eingehend die Tätigkeit Brandts und weist darauf hin, daß Brandt keineswegs nur zur Nachrichtenbeschaffung nach Berlin berufen worden ist, sondern auch wegen seiner sonstigen Tüchtigkeit, die er ja auch durch die Reform des Bureaus bewiesen habe. Nachdem der Verteidiger sich weiter in langen Ausführungen mit den Charaktereigenschaften des Angeklagten Brandt beschäftigt und diesen als einen durch und durch lauterer und ehrenhaften Mann geschildert hat, beschäftigt er sich mit der Person des Zeugen v. Meppen und dessen Aussage. Was der Herr Oberstaatsanwalt im allgemeinen zur Sache ausgeführt hat, kann ich billigen. Schmerzhaft aber hat es mich berührt, daß der Herr Oberstaatsanwalt in vielen Punkten die Sache des Herrn v. Meppen geführt hat und daß er seine Beweisführung vielfach auf dessen Aussage gestützt hat. Es ist doch um so merkwürdiger, als der Herr Oberstaatsanwalt in früheren Schriftsätzen gesagt hat: Der Zeuge v. Meppen ist ein Mann von außerordentlicher Unwahrscheinlichkeit, während er an einer anderen Stelle schreibt: Es ist schwer, sich ein Bild von den verschlungenen Gedankenwegen in dem doppelgängerigen Spiel des Herrn v. Meppen zu machen. Wer einmal liest, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht. Ein Mann, von dem man solches sagen muß, bietet in allem, was er sagt und was er nicht sagt, nie und nimmer die Basis einer Beweisführung. Deshalb braucht nicht alles, was er gesagt hat, unwahr zu sein; ich bin überzeugt, daß das, was Herr v. Meppen über Belgien gesagt hat, soweit ich informiert bin, sich mit den Tatsachen deckt. Trotzdem aber ist er ein durch und durch unwahrscheinlicher Mensch und verdient keinen Glauben, ob man ihm die Lüge nachweisen kann oder nicht. Der Herr Oberstaatsanwalt hat, als er Herrn v. Meppen schilderte, bezüglich einzelner Handlungen desselben aus seinem Herzen auch keine Körpergrube gemacht, und doch hat er recht schön gefächelt zugunsten des Zeugen Herrn v. Meppen. Er hat nur zwei Punkte bemängelt: einmal den Vertrag und dann, daß v. Meppen aus Machegefühl schon vor dem Prozeß in der Presse sich als Hauptbelastungszeuge aufgespielt hat. Das sind aber doch

#### Aleinigkeiten,

und ich erkläre mit Herrn Dreger offen, daß, wenn Herr v. Meppen kein anderer Vorwurf zu machen wäre als der Vertrag mit Wingen und die Absicht, sich an seiner Firma zu rächen, keine Veranlassung gegeben wäre, sich damit zu beschäftigen. Als ich hier bei Beginn der Verhandlung Herrn v. Meppen wegen verkehrter Beweisführung beim Staatsanwalt angezeigt habe, da habe ich an ganz andere Dinge als an diese Bagatellden im Lebensbild des Herrn v. Meppen gedacht. Was in letzter Seele verurteilt zu werden verdient, das ist, daß er den Mann, den er zum Vertrag verleitet hatte, hinterher, nachdem sein Spiel durchschaut war, als den Urheber des Vertrages verdächtigte. Dann hat er das Schlimmste getan, was ein Ehrenmann tun kann: er hat Brandt geraten, sich ebenfalls Material beiseite zu schaffen, und hat dadurch einen pflichttreuen Beamten zum

Verrat gegen seine Firma und sein Vaterland zu verleiten gesucht. Die Firma Krupp hat ein Recht darauf, mit den Interessen des Vaterlandes und der ganzen deutschen Industrie identifiziert zu werden. Herr von Meppen hat in den Zeitungen behauptet, daß er schwerwiegendes Material gegen die Firma in Händen habe, und wir haben von ihm gelesen, daß er das Material im Interesse des Vaterlandes und der Firma Krupp, die er schätze, deren Leiter er aber verachte, bekanntgeben müsse. Dieser selbe Herr v. Meppen hat aber das Material sich ablaufen lassen wollen, indem er es gegen eine Entschädigung herauszugeben wollte. In der Öffentlichkeit hat v. Meppen Herrn Brandt als vermullichen Ueberreifer der Staatsanwaltschaft an Herrn Liebknecht bezeichnet, in den Akten hat er den Verdacht auf den harmlosen Kern abgelegt. Diese Dinge berechtigen dazu, einem solchen Mann gegenüber von bewährter Unwahrscheinlichkeit zu sprechen. Ist das alles spurlos an dem Herrn Oberstaatsanwalt vorbeigegangen, daß er nichts weiter gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen v. Meppen vorzubringen vermag als die beiden Punkte? — Erinnert er sich nicht an

#### die Tränen, die Herr v. Meppen vergoß,

weil er als Freund der Wahrheit gestungen war, zu belassen, und

hat man vergessen, daß er schon in der Erklärung im „Vorwärts“ sich gegen Herrn Dreger gewendet hatte? Wer sich in solchen Widersprüchen ergeht, dem kann man nicht glauben, mag er entlastet oder belastet, mag er lachen oder weinen. Derselbe Herr v. Meppen, auf dessen Worte hin zwei unbefangene Menschen beurteilt werden sollen, hat zugegeben, daß er in Ausführung eines seinem Freunde Brandt gegebenen Versprechens einen Brief nach Essen geschrieben hat, in dem er vor Breffionen warnt. Das Doppelspiel des Herrn v. Meppen zieht sich durch diese ganze Angelegenheit wie ein roter Faden. Es muß bis in seine inneren Konsequenzen durchschaut werden, wenn man zu einer richtigen Beurteilung der Sache kommen will. Herr v. Meppen hat bald erkannt, daß in der Tätigkeit Brandts ein wunder Punkt liege, den er für spätere Zwecke ausnützen könnte. Es handelte sich um einen gutdurchdachten, von langer Hand eingefädelten Plan, es sollte in seine tiefverklungenen, nicht entwirren, aber von mir durchschauten Gedankenwege. Als Herr v. Meppen nach seiner italienischen Reise merkte, daß es mit seiner Stellung bei Krupp zu Ende gehe, da änderte er seine Haltung nach dem Wort des Kanzlers im „Kauf“: „Der darf auf Schand und Frevel pochen, der auf Mißguld ist gestützt.“ Sein ganzes Bestreben war von vornherein, eine Schuld des Brandt zu konstruieren, an die er selbst nicht glauben konnte, und er spielte sowohl gegen Brandt wie gegenüber der Firma ein Doppelspiel. Doch er selbst an die Schuld des Brandt nicht glauben konnte, geht schon aus seinem großen Egoismus hervor, da er sich doch sonst selbst die Fiktion des Befängnisses geöffnet hätte. Ihm selbst wird es nicht sehr recht gewesen sein, daß es zu diesem Prozeß kam, und daß Dr. Liebknecht, anstatt ihn preiszugeben, die

#### Parteisabne flattern sich

und das Vaterland rettete. v. Meppen wollte nur der Firma winken, daß sie sich an ihn wenden müsse, da er ihr sonst unangenehm einleiten, nämlich die Sache an die Öffentlichkeit bringen würde. Es könnte nur zur Entlastung Brandts dienen, wenn nachgewiesen würde, daß er im Auftrag der Firma gehandelt hat. Aber wir halten uns zur Wahrheit verpflichtet, wenn wir dadurch von Unschuldigen und verdächtigen Verdacht ablenken können, und ich erkläre von meinem und meinem Standpunkt aus, daß keiner der Herren der Firma irgendwie, direkt oder indirekt, Kenntnis davon erlangt hat, daß Brandt darauf hinarbeite, jemanden zur Preisgabe von Geheimnissen durch irgendwelche Vorteile zu bestimmen. Brandt selbst war immer der Auffassung, daß das Gebot und die Zulage ihm gewährt seien, um gut, gerade und ehrlich durchs Leben zu gehen und auch mit seinen Kameraden viel zu verkehren, aber nicht, um auch nur einen Pfennig Geschenk zu geben. Wenn er das getan hat, so hat er niemandem davon Mitteilung gemacht. Die Anklage des Verrats militärischer Geheimnisse hat der Staatsanwalt auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen stellen lassen. Ich bitte Sie, Brandt auch von der Beschuldigung freizusprechen. Kommen Sie aber doch zu einer Schuldsprechung, dann bitte ich, das Motiv, aus dem der Angeklagte gehandelt hat, zu berücksichtigen, und ferner, daß er den ganzen Tatbestand gekannt hat und vielleicht sich darüber hinaus bewußt gewesen sein könnte, sich strafbar gemacht zu haben. Beschuldigung ist kein schönes Delikt, der Name Klingt häßlich, aber es haben sich schon andere Männer strafbarer Handlungen schuldig gemacht, wie ein

#### Vorf von Wartenberg,

der Hofvertrat verübte, als er am 13. Dezember 1812 den Vertrag mit dem russischen General schloß;

#### Siedmar fällte die Kaiser Depesche,

als er Deutschland einigte; Jola holte sich mit seinem berühmten „Jaccusel“ eine Strafe von 2 Jahren. Aber die Namen dieser Männer sind mit leuchtenden Buchstaben eingeschrieben in die Geschichte. Wenn Brandt strafbar ist, dann hat er aus

#### großen und edlen Motiven gehandelt,

weil er wußte, daß das, was er tat, Deutschland und der Firma Krupp zugute käme, und was es bedeutet, wenn man diesen beiden Faktoren genügt, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Jeder Pfennig, den die Firma Krupp verdient — das wurde statistisch errechnet — bedeutet für den Arbeiter dieser Firma eine bare Mark, und wenn man Krupp ruiniert und damit die deutsche Industrie, so ruiniert man Hunderttausende von deutschen Arbeitern. Stuhl und Hirt man sie aber, und das war der Wille Brandts, so hilft und stärkt man die deutsche Industrie, das deutsche Heer und das deutsche Land. Brandt ist von diesen hohen, edlen Gesichtspunkten ausgegangen, und kein Mensch, der in dieser Verhandlung gehört hat, wie laut und ehrlich sein Charakter ist, hat das Recht, die Lauterkeit seiner Gesinnung anzuzweifeln, wenn er auch bemüht war, für die schwere, aufreibende Arbeit seinen guten Lohn zu erhalten. Ich vernehme seiner Freunde ins Unglück gezogen wurden, bedauert niemand aufrichtiger, als Brandt selbst. Aber das war nicht seine Schuld, denn er hat es nicht in den Kreis seiner Berechnung mit hineingezogen, daß ein Verräter wachet, der diese Folgen über ihn und die Kameraden heraufbeschwören würde. Daran trägt Herr Brandt seit Monaten, je für sein ganzes Leben schwerer als an ein paar Wochen oder Monaten Gefängnis oder an 1000 M. Geldstrafe, die ihm durch Ihren Schuldpruch auferlegt werden können. Die Strafe dafür trägt er in seinem eigenen Herzen und Gewissen. Dann braucht der Strafrichter nicht erst einzuschreiten. Streichen Sie dies aber von seiner Schuld, so bleibt so wenig übrig, was gegen ihn spricht, und so unendlich viel, was für ihn spricht, sein aufrichtiger, redlicher und anständiger Wille von der ersten bis zur letzten Stunde! Von den Widersprüchen

und dem Umsat, den der Oberstaatsanwalt behauptet hat, habe ich an Brandt nichts bemerkt. Er kann diesen Saal

#### erhöhen Hauptes

verlassen; er ist im innersten Kern ein aufrechter und redlicher Mann, der das Gute stets gewollt und leider gegen seinen Willen scheitern mußte.

Darauf wird die Verhandlung auf morgen früh 9 Uhr verlegt.

## Verfammlungen.

Der Verband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin, hielt am Mittwoch seine regelmäßige Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus ab, die zunächst des verstorbenen Mitgliedes Fritz Wacha, der seit 1910 im Anstaltszuge war, in seinen gesunden Tagen aber in verschiedenen Funktionen für die Organisation gewirkt hat, in üblicher Weise gedenkt. Die Abrechnung des dritten Quartals weist für die Zentralkasse in Einnahme und Ausgabe die Summe von 43 808,46 M. aus, Verzugsgeld für die Zentralkasse 77,70 M., für Gewerkschaftenunterstützung 153,60 M., und für Rechtschutz 270,25 M. Für Arbeitslosenunterstützung sind ausgegeben von der Zentralkasse 6026 M., aus der Lokalkasse 2262,50 M., und für Beiträge arbeitsloser Mitglieder hat die Lokalkasse 3305,75 M. aufgewendet. Insgesamt sind also für die Arbeitslosen bei einer Mitgliederzahl von 2939 im dritten Quartal nicht weniger als 14 494,25 M. ausgegeben. Ueber die Notwendigkeit, auch in diesem Winter, in der beitragsfreien Zeit, Lokalt Beiträge zu erheben, referiert der Zahlstellenassessor Kamerad Weigand. Er machte dabei die Mitteilung, daß bis zum 1. November allein an Arbeitslosenunterstützung 80 000 M. und an Arbeitslosenbeiträgen etwas über 10 000 M., also in diesem Jahre bereits zugunsten der Arbeitslosen rund 90 000 M. aufgewendet sind. Die Lokalkasse ist dadurch erheblich mitgenommen, weshalb durch die Winterbeiträge der Lokalfonds wieder etwas aufgebessert werden muß. Er empfiehlt, einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. zu zahlen. Noch längerer Debatte beschließt die Versammlung, in der beitragsfreien Zeit wöchentlich 50 Pf. Lokaltbeitrag von den in Arbeit stehenden Kameraden zu erheben. Arbeitslose und Kranke sind von diesem Beitrage befreit.

Ueber die statistischen Erhebungen vom 24. September dieses Jahres referiert der Vorsitzende W. L. Die Statistik erstreckt sich über das gesamte Lohngebiet mit Ausnahme von Friedrichshagen, das eine selbständige Zahlstelle ist, und des Bezirkes Teltow, der sich an den Arbeiten nicht beteiligt hat. In den in Frage kommenden 62 Ortskreisen wurden 2887 Zimmerer ermittelt, gegen rund 4000 in 1911, und 418 Arbeitgeber festgestellt, gegen circa 700 in 1911. Von diesen 2887 ermittelten Zimmerern fanden 2094 im Lohngebiet und 793 außerhalb desselben in Arbeit. 598 Zimmerer, gleich 26 Proz., waren arbeitslos. 1911 betrug die Arbeitslosigkeit 2 Proz. Diese wenigen trocknen Ziffern reden eine beredte Sprache als des Glanz unter den Berliner Zimmerern. Zu beachten ist, daß die Arbeitslosigkeit nur unter den Verbandsmitgliedern festgestellt ist. Die Arbeitslosigkeit der anderen und nicht organisierten Zimmerer konnte nicht ermittelt werden; sie dürfte aber in gleichem Umfang vorherrschend. Kranke oder invalid waren 55, selbständig waren 4, in einem anderen Beruf beschäftigt 20, und 2 waren zur Hebung eingezogen. Auf einen Arbeitgeber entfallen 4,8 beschäftigte Zimmerer. 1925 Zimmerer waren unter 40 Jahre und 191 über 40 Jahre alt. 281 Zimmerer hatten ihr Alter nicht angegeben. Von den ermittelten Zimmerern waren 2121 gleich 73 Proz. Verbandsmitglieder. Davon gehörten der Zahlstelle Berlin 2028 an. Der Stundenlohn schwankt zwischen 88 Pf. und 110 Pf. Wochensöhne werden gezahlt von 16 M. bis 60 M. und Monatslöhne (in Idealen) von 115 M. bis 130 M. Den Lohn nicht angegebenen hatten 200 Zimmerer. — Ueber den Streik bei der Firma Feld u. Franke bei den Arbeiten in Erfurt berichtet W. L. Die Firma schloß dort, obwohl sie von Berlin aus keine Angelegenheit hatte, um 65 Pf. Stundenlohn. Die Zimmerer waren damit nicht einverstanden; sie verlangten den Berliner Tariflohn von 82 Pf. Am 21. Oktober kam es zur Arbeitseinstellung. Der zufällig anwesende Zimmermeister der Firma gestand bis zum anderen Tage 82 Pf. zu. Am 22. Oktober früh hatte die Firma 70 Pf. bewilligt; die Zimmerer lehnten ab. Der Streik ging weiter. Arbeitswillige fanden sich nicht. Die Firma hatte aber von ihren alten Leuten 9 Mann zusammengetrommelt, die am 23. Oktober früh die Arbeitshalle besetzten. Diese Leute waren nicht abzuhalten. Sie erklärten, daß für sie die Sache erledigt sei; sie erhielten den Tariflohn, so zum Teil noch mehr. Die Sperre war verloren, aber es war bereits worden, daß die Firma Feld u. Franke die Arbeiten, ein Kasernenbau nach Lanfing, zum Stundenlohn von 65 Pf. fertigstellen konnte. Soweit Verbandsmitglieder Arbeit in Frage kommen, werden die Verhandlungen des Streiks veranlassen. — Es wurden dann von der Versammlung noch einige Beiträge erledigt.

Marktpreise von Berlin am 7. November 1913, nach amtlichen Angaben des Reichsstatistikbureau. Weizen (nord), gute Sorte 14,40—16,50, mittel 10,00—10,00, geringe 10,00—10,00. Weizen (süd), gute Sorte 14,40—14,60, mittel 10,00—10,00, geringe 10,00—10,00.

Marktpreise von Berlin am 7. November 1913, nach amtlichen Angaben des Reichsstatistikbureau. Weizen (nord), gute Sorte 14,40—16,50, mittel 10,00—10,00, geringe 10,00—10,00. Weizen (süd), gute Sorte 14,40—14,60, mittel 10,00—10,00, geringe 10,00—10,00.



# Gebundenen

sind wir auf Grund unserer beim Gericht niedergelegten Statuten an das Verkaufssystem **Selbstkostenpreis + 10% Nutzen**

Wir würden uns daher strafbar machen, wenn wir mehr als 10% auf den Selbstkostenpreis aufschlagen. Im letzteren sind alle Geschäftskosten enthalten. Durch diese Verkaufsart machen die Käufer **erhebl. Ersparnisse** und sind gleichzeitig **vor Uebervorteilung geschützt.**

## Herren-Ulster - Paletots - Anzüge

Neueste Farben Vorzüglicher Sitz	Selbstkostenpreis	16 <sup>00</sup>	24 <sup>20</sup>	32 <sup>00</sup>	41 <sup>00</sup>	Anfertigung nach Maß!
	Verkaufspreis + 10%	18 <sup>15</sup>	26 <sup>62</sup>	35 <sup>20</sup>	45 <sup>10</sup>	

## Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

**Turmstrasse 80** nahe Kl. Tiergarten    **Gr. Frankfurter Str. 4** Ecke Fruchtstrasse    **Chausseest. 27** nahe Invalidenstrasse    **Neukölln, Bergstr. 7-8** Ecke Prinz-Handjery-Strasse

# Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragen sowie im Versatz gewesene **Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots**, Serie I: 10—18 M., Serie II: 20—30 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in **neuer Maßgarderobe** enorm billig. **Riesenvollen Kleider, Kostüme, Plüschmäntel**, auf Seide, früher 150, jetzt 20—35 M. Große **Posten Pelustolas** in Skunks, Marder, Nerz, Füchsen, früher bis 200, jetzt 20—75 M. Große Auswahl in **Herren-Gehelpen**, Gelegenheitskäufe in **Damen-, Reise- und Wagen-, Pelzen**. Extra-Angebot in **Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren** zu enorm billigen Preisen. — **Vorwärtsleser erhalten 10% extra.**

**Todes-Anzeigen**

Durch den unerbittlichen Tod wurde am 5. d. M. unser lang-jähriges Mitglied

**Hermann Werner**

plötzlich aus unserer Mitte gerufen.

Ehre seinem Andenken!  
Die Genossen  
des 102. Wahlbezirks.

Am Mittwoch verschied plötzlich der „Vorwärts“-Speditur

**Hermann Werner,**

Wir verlieren in ihm einen gütigen, stets hilfsbereiten und gerechten Vorgesetzten, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Votenfrauen  
der Expedition Gneisenau-  
straße.

Deutscher  
Transportarbeiter - Verband.  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Arbeiter

**Anton Funk**

am 5. d. Mts. im Alter von 34 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. d. Mts., nachmittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Anhalts-Kirchhofes Lundsberg a. B. aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Arbeiter

**Paul Michael**

am 5. d. Mts. im Alter von 46 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reutlitz, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Keller-  
arbeiter

**Karl Neumann**

am 4. d. Mts. im Alter von 32 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Anhalts-Kirchhofes in Mariendorf, Feldstraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Zeitungs-  
speditur

**Hermann Werner**

am 5. d. Mts. im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht  
69/9 Die Bezirksverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schweiß-  
er

**Gustav Stache**

Leichenstraße 10, gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 8. November, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligkreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Ferner hat unser Mitglied,  
der Holzleger

**Oswald Meierhold**

Nigart Straße 17, am 5. d. M. an Herzlähmung.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 8. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**

Ferner hat unser Mitglied,  
der Rechaniker

**Walter Behnke**

am 3. d. M. an Blinddarmlähmung.

Ehre ihrem Andenken!  
129/6 Die Ortsverwaltung.

Am 6. November verstarb im  
Alter von 33 Jahren meine innig-  
geliebte Frau

**Frida Hupfer**

geb. Reimann.  
Der trauernde Gatte  
**Karl Hupfer.**  
Berlin, Lehmannstr. 28.  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
der Dörfergemeinde des Dörfchhofes  
in Uhrenstraße aus statt. 2876b

Am Dienstagabend entschlief  
nach langem, schwerem Leiden  
mein guter Mann und Vater

**Johann Steinert**

(Berlin NW., Bredowstraße 24)  
im Alter von 53 Jahren.

Friedericks Steinert geb. Jander,  
Margarete Steinert.  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des Viktoria-  
Krankenhanfes aus nach dem  
Hollandskirchhof statt. 2886b

Deutscher Holzarbeiterverband.  
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler

**Johann Steinert**

Bredowstraße 24, im Alter von  
53 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, den 8. November,  
nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
des Viktoria-Krankenhanfes aus  
nach dem Hollands-Kirchhof in  
Blöhensee statt. 2881b

Die Ortsverwaltung.  
91/13

Am Dienstagabend entschlief  
nach schwerem Leiden unser  
Kollege, der Tischler

**Johann Steinert**

im Alter von 53 Jahren.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des Viktoria-  
Krankenhanfes aus auf dem  
Hollands-Kirchhof statt. 2881b

Die Kollegen der Firma  
Kimmel & Friederichsen.

Am 4. Nov. verstarb nach kurzem  
Leiden unser Kollege, der Keller-  
arbeiter

**Karl Neumann.**

Beerdigung heute Sonnabend,  
nachm. 3 Uhr, von der Halle des  
Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf,  
Feldstraße, aus. 2877b

Die Kollegen der Weingroh-  
handlung Louis Rez.

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein  
Niederbarnim.

Bezirk Weißensee.  
Am Mittwoch, den 5. November,  
starb unser Mitglied, die Genossin

**Marie Oley geb. Gehler**

im 51. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 9. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
der Rüdelsstraße aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
18/6 Der Vorstand.

Sargmagazin  
und Beerdigungs-Kontor  
**J. Schuhmacher,**  
Joh. H. Radtke,  
Zwinenmünder Straße 118.

Enorm billig!  
Ulster und Anzüge

von 25 bis 60 M.

Ghrock-Anzüge  
Smokings auf Seide  
Billige Hosenwoche.

Versandhaus „Germania“  
Unter den Linden 31.



Der beste Zusatz zum Bohnenkaffee ist Kathreiners  
Malzkaffee. Je mehr Malzkaffee man zusetzt, umso  
bekömmlicher wird das Getränk. Der Gehalt macht's!

**Teilzahlung**  
gestattet!  
Vornehme  
**Herrn-Ulster**  
**Paletots, Anzüge**  
fertig und nach Mass  
**J. Kurzberg**  
Mass-Schneiderei  
Rosenthaler Str. 36  
Frankfurter Allee 104  
Reinickendorfer Str. 4

**Achtung! Musiker. Achtung!**  
Die im **Kastanienwäldchen in Schönholz**  
(Zuh.: Frau Ramlow)  
ausgedehnten **Differenzen** sind geregelt.  
Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.  
Montag, den 10. November, abends 8 Uhr:  
**Versammlung**  
der in den Oberfensteröffner-Betrieben  
beschäftigten Kollegen  
im Lokal von H. Hundt, Mendelssohnstr. 16.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Branchenkommision.  
3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht aller in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen, bestimmt  
zu dieser Versammlung zu erscheinen.

**Reisemuster**  
Ulster, Paletots, Anzüge  
verkauft auch einzeln  
**Alex Hirschberg**, Herrenkleider-  
fabrik, Hiesgauerstr. 27c, II. Hof.  
Wochentags 8-7, Sonntags 12-2.  
Direkt von der Quelle erhalten Sie  
**Prima Emmenth. Schweizerkäse**  
u. daher am bill. von uns das Pfund  
zu 85 u. 90 Pf. franco per Nachn.  
Ochsenreiter u. Möste, Oberroute,  
bayer. Alg. 148/8\*

**Monats-Garderobe!**  
4-500 getragene Anzüge für  
Herren: Smoking, Frack- und  
Gehrock-Anzüge (auch zu ver-  
leihen). Sommerüberzieher sowie  
o. Kavalleren getragen, fast neue  
Sachen (a. Seite), f. jed. Figur pass.  
in größter Auswahl u. unübertroffen  
**billigen Preisen.**  
12r., deshalb billiger wie im Laden.  
Wassortor-  
**Hirsch Kieferbaum, straße 12/13 i**

**Achtung! Metallarbeiter. Achtung!**  
Montag, den 10. November, abends 6 Uhr:  
**Versammlung**  
aller in den Betrieben der Weißmetall-  
branche tätigen Kollegen und Kolleginnen  
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.  
Tagesordnung:  
1. Wie sind die Verhältnisse in der Weißmetallbranche?  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen wird erwartet.  
**Metallarbeiter-Notizkalender 1914.** Stück 60 Pf. sind im  
Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben.  
129/7 Die Ortsverwaltung.

**Jeder Arbeiter,  
jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit  
die Lederhose**  
**Herkules**  
tragen.  
„Unerreichte“  
Leistungsfähigkeit.  
Allein-Verkauf.  
Starkes, sogenanntes  
englisch Leder, grau  
od. braun gestreift  
od. einfarbig. Am  
Band aus einem  
Stück. Feste Kapp-  
nähte. Taschen aus  
schwerem Pilot-Gr.  
Plecken unanest.  
Preis für normale Männer- 4,50  
große  
Jünglingsgrößen entspr. billiger.  
**Manchester-Anzüge**  
Marke Gambinus. Strapazierfest.  
Joppe, Treill., warm gefützt. 11,90  
Weste . . . 3,60, Hoss . . . 6,75  
Blaue Montur-Jacken  
Marke Siemens, wasch-  
echt Körper od. Drill, M. 2,45  
Blaue Montur-Hosen. 2,35  
Marke Siemens, do. M. 2  
Setzer-Kittel . . . 3,10 2,50  
Maier-Kittel . . . 2,90 2.-  
**Berufs- u. Schutzkleidung**  
für alle Zweige der Gewerke und  
Industrie, Sanitätsdienst usw.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
**Hartgummidrehfler.**  
Montag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr,  
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Die Branchenkommision der Hartgummidrehfler.  
2. Wahl eines Delegierten.  
01/12  
Die Ortsverwaltung.

Gewürz sind Sie vor Husten und  
Heiserkeit Kaffarrn beim  
täglichen Gebrauch von  
**Wupper-Tabletten**  
Vorrätig in allen Apo-  
theken und Drogerien  
Preis der Original-  
Schachtel M. 1

**WESTMANN**  
GR. FRANKFURTER  
MOHREN-STR. 37A STR. 115  
Rein Massenbetrieb  
sondern einzelne  
exakt gearbeitete,  
gediegene Konfek-  
tion und Kostime  
eigener Fabrikation  
**50% Rabatt**  
für  
hochelegante,  
aparte  
**Modelle!**  
Rein Massenbetrieb  
sondern einzelne  
exakt gearbeitete,  
gediegene Konfek-  
tion und Kostime  
eigener Fabrikation  
**Plüschmäntel**  
Saisonpreis  
65,00 99,00 150,00  
für  
**33,00 49,00 78,00**  
**Ulster**  
Saisonpreis  
17,00 29,00 49,00  
für  
**8,50 14,00 24,50**  
**Kostüme**  
Saisonpreis 16,00 49,00 95,00  
für  
**18,00 29,50 49,00**  
**Echte Pelzmäntel** 130  
lang  
für **110 Mark.**  
Alle Größen! Alle Weiten!  
**Kleider, Röcke, Blusen**  
ebenfalls bis zu  
**50% ermäßigt.**  
Sonnabend geöffnet, bis 9 U. abds.  
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.

Genossenschaftliches.

Verlags-Gesellschaft und Prinzipalverein.

Die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft von Berlin und Umgegend hat, wie unser gestern veröffentlichter Bericht ergibt, gleich Genossenschaften in anderen Orten, in erfreulicher Weise unzweideutig gegen die bekannten Vorgänge und dagegen Stellung genommen, daß die Leiter der Verlags-Gesellschaft „Mitglieder einer Unternehmerorganisation sind und sogar hervorragend tätigen Anteil an deren arbeiterfeindlichen Bestrebungen nehmen“.

Bereits früher betonten wir, daß zur Verhinderung einer ähnlichen Betätigung gegen die gewerkschaftliche und politische Ansicht des weitaus größten Teils der Genossenschaftsmitglieder eine Demokratisierung der Organisation der Genossenschaftsbetriebe erforderlich ist. Es ist das eine mühsame, aber immer dringender werdende Aufgabe. Die Genossenschaftsmitglieder sind Eigentümer der Betriebe, die Leiter sind Angestellte der Genossenschaften, nicht selbständige Unternehmer; dieser den Genossenschaftsbetrieben zugrunde liegende wirtschaftliche Gedanke muß auch in der Organisation der Betriebe einen entsprechenden Ausdruck finden. Werden Garantien dahin geschaffen, daß der die Mitglieder befehlende sozialistische Geist auch formell zur Herrschaft gelangt, dann, und allein dann werden so bedauerliche Erscheinungen, wie sie in diesem und im Vorjahre in die Erscheinung getreten sind, nicht mehr vorkommen können.

Im Vorjahre erregte neben anderen Dingen vor allem die von uns an die Öffentlichkeit gezogene Tatsache Aufsehen, daß die Verlags-Gesellschaft zu dem Kampffonds des Deutschen Buchdrucker-Vereins (Prinzipalverein) Beiträge leistete, in diesem Jahre war es die Betätigung der Verlags-Gesellschaft in demselben Verein gegen organisierte Buchdrucker und gegen die Organisation der Buchdrucker.

Der Kampffonds des Prinzipalvereins wurde auf der Hauptversammlung des Vereins in Breslau im Jahre 1912 beschlossen. Danach sollten vom 1. Juli 1912 zu einem „Fonds für besondere Zwecke“ von allen Mitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Vereins Beiträge in Höhe von 10 Pf. pro Kopf des im Buchdruckerbetriebe beschäftigten technischen Personals erhoben werden. Der aufzunehmende Fonds sollte „zur nachdrücklichen Vertretung der Prinzipalinteressen dienen“, daneben für Wohlfahrtszwecke für die Mitglieder der Deutschen Buchdrucker-Vereins. Die „Wohlfahrtszwecke“ bestanden darin, daß allen Mitgliedsfirmen, die einen Mindestbeitrag von 20 M. pro Jahr zahlen, im Todesfall des Inhabers oder bei Gesellschaften des diesen vertretenden Gesellschaftsleiters ein Betrag von 500 M., bei einer Beitragszahlung von mindestens 50 M. ein Betrag von 1000 M. gezahlt werde. Diese Unterstützung hat sich, wie der Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Buchdrucker-Vereins sagt, „als ein gutes Werbemittel zur Heranziehung der kleineren Firmen erwiesen“, die Unterstützungssummen können aus den Zinsen des Fonds bestritten werden, „so daß die gezahlten Beiträge ihrem Hauptzweck nicht entzogen werden“. Im ersten Halbjahr (1. Juli 1912 bis 1. Januar 1913) wurden zu dem Kampffonds 200 000 M. gezahlt, 200 Firmen traten aus, 300 lehnten die Zahlung ab. Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Prinzipale am 1. und 2. Juni 1913 in Wehr wurde erklärt, daß auf eine Jahreseinnahme von rund 400 000 M. zu rechnen sei. Auf dieser Versammlung wurde nochmals betont, daß der Beitrag zu dem Kampffonds ein obligatorischer ist, und gegen 3 Stimmen beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, die ihren Beitrag nicht bis zum 30. September 1913 gezahlt haben, aus dem Prinzipalverein in der satzungsmäßigen Weise ausgeschlossen werden sollen.

Wie ist es nur möglich, daß ein Arbeiterbetrieb trotzdem einem solchen Verein noch angehören kann? Der entschiedene Wille der Arbeiter muß und wird sich durchsetzen, daß derartige Dinge in der Zukunft unmöglich werden.

Bei diesem Anlaß möchten wir auf eine Ausführung zurückkommen, die wir am 29. Oktober im Anschluß an eine

Darlegung der bedauerlichen Verhältnisse in der Verlags-Gesellschaft machten. Wir hatten ausgeführt, daß, soweit wir übersehen können, allein die „Buchbinderzeitung“ es war, „die sich wegen der Stellungnahme des „Vorwärts“ gegen den Beitrag der Verlags-Gesellschaft zum Scharfmacherfonds der Buchdruckerzeitung gegen uns aussprach“. Die Redaktion der „Buchbinderzeitung“ sendet uns eine längere von ihr als Berichtigung bezeichnete Erklärung, in der sie unsere Auffassung als unrichtig bezeichnet. Sie habe danach sich nicht gegen unsere Kritik gewendet, die den Scharfmacherfondsbeitrag abfällig besprach, sondern gegen die Form der Kritik. Wir nehmen gern Notiz davon, daß danach auch die Redaktion der „Buchbinderzeitung“ sich gegen den Beitrag zum Scharfmacherfonds und wohl auch gegen die Zugehörigkeit der Verlags-Gesellschaft zum Prinzipalverein aussprechen wollte. Dem Inhalt ihres langen Artikels mühten wir das Gegenteil entnehmen. Was die Form unserer Stellungnahme anlangt, so müssen wir es ablehnen, die Redaktion der „Buchbinderzeitung“ als Gouvernante für eine rechte Form uns aufdrängen zu lassen. Alle die Arbeiterklasse schädigenden Ereignisse können gar nicht scharf genug kritisiert werden. Von dieser Pflicht lassen wir uns auch dadurch nicht abdrängen, daß die Redaktion der „Buchbinderzeitung“ die Entschiedenheit unserer Stellungnahme mit einem Fehler in der Form verwechselte.

Die Zuschrift der „Buchbinderzeitung“ erwidert ferner auf unsere Frage, ob ihr der Fall bekannt ist, daß auf die Darstellung, daß ein unorganisierter Buchbinder in leitender Stellung bei der Verlags-Gesellschaft eingestellt sei, der Leiter der Verlags-Gesellschaft erwidert habe: darauf, ob der betreffende organisiert sei, komme es nicht an; mit einer Antwort auf unsere Frage könne sie nicht dienen, „es gehört zu den Grundfragen unserer Bewegung, solche Angelegenheiten nicht öffentlich zu behandeln, über die Verhandlungen zum Zwecke der Klärung noch schreiben“. Sie bestätigt damit unsere Darstellung.

Leider müssen wir auch aus der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

ein recht unliebsames Vorkommen mitteilen. Es hat nämlich nach der „Leipziger Volkszeitung“ die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine — Abteilung Zigarettenfabriken — am Dienstagvormittag kurzerhand „sämtliche Roller und Wickelmacher ausgesperrt, weil die Roller mit der Einführung einer Aenderung beim Abliefern, die sie als unbezahlte Mehrarbeit auffassen müssen, nicht einverstanden waren. Die Arbeiter forderten, daß die Großeinkaufsgesellschaft, die erklärte, wer sich den Anordnungen nicht füge, sei entlassen, zunächst den „Anstanzweg“ zu gehen habe. Die Großeinkaufsgesellschaft erklärte aber, daß alle Roller sofort entlassen seien.“

Das ist ein neuer Fall in der Leitung der Hamburger Großbetriebe der Genossenschaften, der zur öffentlichen Kritik herausfordert. Er verdient unbedingt Verurteilung.

Solcher Art Vorgehen schädigt die Arbeiterbewegung und nicht zuletzt die Genossenschaftsbewegung. Wer derartige Dinge verkleinert, macht sich zum Mitschuldigen an der Herabsetzung der Arbeiterbewegung.

Dringend eruchen wir unsere Parteigenossen, derartige Schädigungen des Klassenkampfes im Auge zu behalten, aber nun nicht etwa von der Genossenschaftsbewegung sich abzuwenden, sondern im Gegenteil nun ein jeder an seiner Stelle alles tun, um die Genossenschaftsbewegung mit sozialistischem Geist zu erfüllen. Das ist durch eifrige Betätigung gerade auf den Gebieten der Genossenschaftsbewegung zu erreichen. Nun heißt es erst recht:

Sinein in die Genossenschaften!

Die Generalversammlung der Genossenschaft für Berlin und Umgegend hat klar gezeigt, daß sie willens ist, mit sozialistischem Geist die Genossenschaftsbewegung zu erfüllen. Dasselbe ist aus anderen großen und kleineren Orten zu verzeichnen. Die Macht zur Durchsetzung ihres entschlossenen Willens hat die Arbeiterklasse und wird zielbewußt von ihr Gebrauch machen.

Aus Industrie und Handel.

Riesiger Aufschwung der Zigarettenindustrie.

Während in der Zigarettenindustrie seit der Einführung der Wertsteuer im Jahre 1909 eine starke geschäftliche Depression zu finden ist, hat die Zigarettenindustrie in den letzten Jahren eine geradezu beispiellose Entwicklung durchgemacht. Noch vor anderthalb bis zwei Jahrzehnten war die Zigarettenindustrie so gut wie bedeutungslos, heute dagegen beschäftigt sie bereits tausende Arbeiter; viele Millionen Mark Kapital sind in ihre festgelegt und das Herstellungsverfahren ist technisch bedeutend vervollkommenet; mit den kompliziertesten Maschinen werden ungeheure Tagesleistungen bewältigt. Die ursprüngliche Handarbeit verschwindet allmählich. Im Rechnungsjahr 1911 wurden im deutschen Zollgebiet 9882 Millionen Stück Zigaretten hergestellt; das war gegen 1910 eine Zunahme von 12,2 Proz.; im Rechnungsjahr 1912 aber betrug die Zahl der hergestellten Zigaretten 10 995 Millionen Stück. Das ist eine Steigerung von 17,2 Proz. Welche Industrie kann sich eines solchen Aufschwunges in einem Jahre rühmen? Die Zigarettensteuer brachte denn auch dem Reiche einen erheblich höheren Betrag als 1911, nämlich 41,2 gegen 34,6 Millionen Mark. Die Einfuhr ausländischer Zigaretten ist ebenfalls nicht unwesentlich gestiegen, nämlich von 689 Millionen Stück in 1911 auf 747 Millionen Stück in 1912; das ist ein Mehr von 8,5 Proz. Die Ausfuhr deutscher Zigaretten ist verhältnismäßig gering, sie betrug 1912 143 Millionen Stück. Obgleich nun die hergestellte Warenmenge von 1911 auf 1912 um 17,2 Proz. gestiegen ist, ist die Steigerung der Arbeiterzahl bedeutend geringer, sie beträgt nur 6,8 Proz. Das ist ein Beweis für die vermehrte Anwendung von Maschinen und der starken Kapitalkonzentration.

Die Maschine bewältigt den größten Teil der Produktion in der Zigarettenindustrie; sie nimmt immer größere Bedeutung an und verdrängt die Handarbeit in unauffälligem Tempo. Das ist begreiflich, wenn man weiß, daß ein guter Handarbeiter täglich etwa 1200 bis 1400 Stück fertigt, während die neueren Maschinen bei höchstens zwei Personen Bedienung 200 000 Stück und mehr herstellen. Die Handarbeitsbetriebe werden daher zugunsten der Maschinenbetriebe immer weniger.

Mit Genugtuung ist zu vermerken, daß durch die vermehrte Maschinenarbeit die Heimarbeit in dieser Industrie mit ihren unangenehmen sozialen Folgen zurückgeht. Im Jahre 1910 gaben noch 355 Firmen Heimarbeit aus, 1912 waren es nur noch 307. Eine genaue Zahl der Heimarbeiter selbst ist leider nicht festzustellen.

So zeigt also die Zigarettenindustrie eine riesige Entwicklung und es ist begreiflich, daß sie gleichzeitig zur gefährlichen Konkurrenz in der Zigarettenindustrie geworden ist. Entsprechend ihrer Entwicklung steigt trotz der hohen Steuer und der steigenden Rohstoffpreise die Rentabilität der Unternehmen, wobei erklärlicherweise die großen Firmen das Zeit von der Suppe schöpfen. So hat beispielsweise die Jasmah A.-G. in Dresden im vorigen Jahre 25 Proz. Dividende verteilt; andere große Firmen werden nicht viel andere Geschäftsergebnisse gehabt haben. Die Arbeiterschaft — es sind meistens Frauen und Mädchen beschäftigt — hat von dem Aufschwung in der Zigarettenindustrie freilich noch nicht viel verspürt.

Rohproduktion und Syndikatspolitik. Mit dem 1. Oktober d. J. sind im Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat eine Reihe neuer Beteiligungen für Koks in Kraft getreten. Es handelt sich hierbei um 18 Zechen, denen Erhöhungen von insgesamt 1,05 Millionen Tonnen zugestanden worden sind. Die Gesamtbeteiligung hat sich dadurch um 6,4 Proz. erhöht. Bei der ungünstigen Lage am Eisen- und Kohlenmarkt muß diese Produktionserhöhung natürlich um so unangenehmer wirken, als das Kohlenyndikat noch immer an den Hochkonjunkturpreisen des Frühjahrs festhält. Die Unternehmerpresse wiederholt daher ihre Angriffe gegen diese Politik des Syndikats. So schreibt die „Rhein.-Westf. Ztg.“: „Bei der an und für sich schon ungünstigen Lage des Koksmarktes muß eine derartig starke Vermehrung der Erzeugung natürlich doppelt unangenehm wirken und die bereits bestehende 80prozentige Einschränkung zeigt denn auch deutlich, welche Aussichten sich den Zechen in Zukunft in Bezug auf den Koksabsatz eröffnen. Es steht außer Zweifel, daß derselbe noch weiter zurückgehen wird, zumal sich die alte Abnehmerkundschaft des Syndikats im Siegerland und in Süddeutschland infolge der besorgten Preispolitik ständig vermindert. Die Siegerländer Hochöfen werfen sich anscheinend dem Fiskus in die Arme und in Südwestdeutschland geht man zur Errichtung von Koksöfen über, um sich vom Syndikat unabhängig zu machen und den Koksbedarf selbst zu produzieren. Sollte die Koksenerzeugung, die sich ja bisher immer noch auf beträchtlicher Höhe gehalten hat, für die Folge eine Einschränkung erfahren, so werden die Kokszechen gar nicht umhin können, auch die Erzeugung in Koks mehr einzuschränken, denn bei den noch vorhandenen Lagerbeständen wird es mancher Zechen an dem nötigen Platz mangeln, um die Läger weiter auszuweiten zu lassen.“

Gegr. 1867

Gegr. 1867



Stiefel mit Doppelsohlen  
Stiefel mit Korkböden  
Stiefel mit Wollfutter  
Stiefel mit Plüschfutter  
Stiefel mit Katzenfell  
Stiefel mit Lammfell

Damen-Abend-Schuhe für Ball, Theater und Gesellschaft

Atlas in schwarz, sowie auch in allen neuen Modifarben. Phantasie-Brokat- und Damast-Schuhe. Neuartige Spangenschuhe in Seide und Lackleder. Letzte Neuheit: Soulier Colburne

Dauerhafte Kinderstiefel in naturgemäßen Sohlenformen und vielen Preislagen

Haupt-Geschäft:  
Jerusalemstr. 32-35  
am Dönhofsplatz  
Potsdamer Straße Nr. 2  
Tauentzien - Straße 19a  
Tauentzien - Straße 7b  
Friedrich - Straße Nr. 75  
König - Straße Nr. 25-26  
Rosenthaler - Straße Nr. 5  
Oranien - Straße Nr. 161  
Gr. Frankfurter Str. 123  
Chaussee - Straße 114-115  
Schöneberg, Haupt-Str. 146  
Neukölln, Berg - Str. 25  
Charl., Wilmersdorfer Str. 45



ZENTRALE BERLIN  
Zweig - Niederlassungen:  
Magdeburg - Halle - Cassel  
Rostock - Danzig - Königsberg  
Posen - Bromberg - Götting

Lack-Stiefel für Herren für Gesellschaft und Promenade

Lackbesatz mit schwarzen und farbigen Mohair-Einsätzen. Lackbesatz mit schwarzen Samikalb-Einsätzen. Lackbesatz mit matten Kalbleder-Einsätzen. Lackbesatz mit Phantasiestoff-Einsätzen.

Jagd- und Sport-Stiefel

Dauerhaft und wetterfest - Hergestellt aus bestem Material

Kamelhaar - Schuhe  
Kamelhaar - Stiefel  
Luxus - Morgenschuhe  
Melton - Hauschuhe  
Samt - Hauschuhe  
Leder - Hauschuhe



Vorort - Nachrichten.

Charlottenburg.

Zu den Stadtverordnetenwahlen

enthalten die bürgerlichen Parteien eine lebhaftere Agitation. Zwar ist äußerlich nicht viel davon zu bemerken, Versammlungen werden nur spärlich einberufen und noch spärlicher sind sie besucht. Aber um so intensiver werden die einzelnen Wähler bearbeitet. Die Kandidaten, unterstützt von Mitgliedern des Wahlkomitees, bemühen sich, die Wähler persönlich aufzusuchen und sie durch allerhand Versprechungen für sich zu gewinnen. An Versprechungen lassen die Herren es wahrlich nicht fehlen, ob sie sie hinterher halten, ist eine andere Frage. Die Taktik unserer Gegner ist nicht ungeschickt; alles mögliche suchen sie unter einen Hut zu bringen, um den Anschein zu erwecken, als ob sie wirklich die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen. Die Mieter glaubt man dadurch fangen zu können, daß man ein Mitglied irgendeines Mietervereins als Kandidaten aufstellt, der Hausbesitzer ist man sicher, da man ihnen die zweite Abteilung einräumt. Auf die Beamten wird ein unerschörter Druck ausgeübt, auch wünscht man sie durch einige Beamtenkandidaturen über die wirklichen Absichten hinweg, und die städtischen Arbeiter hofft man betören zu können, indem man einem Vorarbeiter, dem Vorsitzenden des freisinnigen Arbeitervereins, eine Kandidatur anbietet. Natürlich eine sichere Durchfallskandidatur. In Wirklichkeit handelt es sich darum, die unbeschränkte Herrschaft einiger liberaler Kommunalgrößen zu sichern, und zu verhindern, daß Männer von sozialer Gesinnung in das Stadtparlament einzeln.

Von Gesinnung ist bei den Charlottenburger Liberalen längst nichts mehr zu spüren. Rechtsstehende Nationalliberale, denen sich nur konservative Männer zugesellen, haben sich mit den Fortschrittlichen verbunden, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. In diesen Bund wird jeder mit offenen Armen aufgenommen, der die Erklärung abgibt, daß er auf dem Boden liberaler Weltanschauung steht, mag er auch noch so reaktionär sein. Durch diese Taktik hat der Kommunalfreisinn in Charlottenburg die Herrschaft an sich gerissen, sehr zum Schaden der Gemeinde, denn an die Stelle von Männern mit einem weiten Gesichtskreis, die in der Lösung kommunalpolitischer Probleme ihren Stolz erblickten und die Wert darauf legten, daß Charlottenburg anderen Gemeinden auf sozialpolitischem Gebiet vorangeht, treten in immer stärkerer Zahl Krämerseelen, deren Gesichtskreis nicht über ihre Nase hinausreicht und die den großen Fragen kommunaler Sozialpolitik völlig verständnislos gegenüberstehen.

Daß man sich bei der Agitation in törichte Angriffe und verlogenen Ausfällen auf die Sozialdemokratie ergeht, versteht sich von selbst. Die Flugblätter der Liberalen wimmeln geradezu von Lügen. Ganz besonders muß die Stellung unserer Genossen im Stadtparlament zur Frage der Arbeitslosenunterstützung herhalten. Da wird mit einer Dreifachheit, die sogar die „Wahrheitsliebe“ des Reichsverbandes in den Schatten stellt, behauptet, die sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten die Magistratsvorlage betr. Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgelehnt, weil auch unorganisierte Arbeiter unterstützt werden sollten. In Wirklichkeit waren es die Liberalen, die die erste, von der Sozialdemokratie warm befürwortete, Magistratsvorlage abgelehnt haben, und als dann der Magistrat mit einer neuen Vorlage kam, in der, wie er selbst betonte, das Wertvollste fehlte, da haben die Sozialdemokraten dagegen gestimmt, um zu verhindern, daß eine Vorlage zustande kommt, die nur dem Namen nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient. Gegen diese Vorlage haben aber nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die meisten Liberalen gestimmt. Handelte es sich wirklich um etwas so wertvolles, warum haben dann die Liberalen, die ja von den 78 Mandaten 64 besitzen, die Vorlage nicht gerettet?

An diesem einen Beispiel sieht man klar und deutlich die ganze Verlogenheit liberaler Kampfmethode. Den Liberalen Volkseinden die gebührende Antwort zu geben, ist Ehrenpflicht aller Arbeiter. Es genügt nicht, daß die Arbeiter am Sonntag zur Wahl gehen und für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, sondern sie müssen es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, sich den ganzen Tag über in den Dienst ihrer Sache zu stellen und mitzuarbeiten an dem Sieg der Sozialdemokratie. Nur wenn wir über die genügende Anzahl von Hilfskräften verfügen, wird es uns möglich sein, den Ansturm der vereinigten Gegner abzuwehren.

„Aufgaben der Gemeinde“. Ueber dieses Thema referierte in einer öffentlichen Kommunalwählerversammlung Stadtverordneter Genosse Dr. Vorwardt. Redner wies darauf hin, daß der Kreis der Aufgaben der Gemeinde sehr weit gesteckt sei. Obgleich Charlottenburg manches geleistet habe, so seien doch noch viele moderne Forderungen unberücksichtigt geblieben. Vollständig verlagere die Stadterhaltung auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung. Es sei altvertraute Sitte zu glauben, der Arbeiter müsse sich in guten Zeiten so viel ersparen, um über die schlechten Zeiten hinweg zu kommen. Können er das nicht, so sei er ein Lump. Deswegen solle auch die Armenpflege bürstigt aus und werde nur widerwärtig gewährt. Rehnliche Minderjährigkeit herrsche auf dem Gebiete der Schulpolitik. Die Sozialdemokratie verlange hier durchgreifende Reformen. Sie verlange ebenfalls, daß die Gemeinde ihre Betriebe ausgestalte zu Musterbetrieben, die Löhne ihrer Arbeiter nicht nach Angebot und Nachfrage bemesse und diejenigen Firmen ausschlebe von Bewerbungen um öffentliche Arbeiten, die keine festen Löhne zahlen. Die Träger der modernen Ideen gewinnen immer mehr an Boden und diese Träger seien die Arbeiter. Sie müssen die Indifferenten, welche noch immer glauben, die allgemeine Entwicklung werde den sozialen Fortschritt von selbst mit sich bringen, für ihre Ideen gewinnen. Dann werde auch die Sozialdemokratie im Charlottenburger Stadtparlament endlich der Reaktion ein Ende bereiten.

Als zweiter Redner sprach der Stadtverordnete Genosse Vogel. Er kritisierte die grobartigen Versprechungen der Liberalen in ihren Wahlflugblättern, in denen sie von gleichem Recht für alle redeten. Theorie und Praxis seien bei ihnen zwei ganz verschiedene Dinge. Das beweisen sie als Mehrheit im Stadtparlament besonders in Bezug auf die Beförderung der Anzeigebestellen und Beamten.

In der Diskussion sprachen dann noch die Genossen Zippel und Seidel, der erstere als Kandidat der dritten Abteilung für den 8. Stadtbezirk. Beide bestätigten und ergänzten die Ausführungen der Referenten.

Nachdem der Versammlungsleiter zum Beitritt in den sozialdemokratischen Wahlverein aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Das neue geburtskränke Krankenhaus der Stadt Charlottenburg, das auf dem Gelände neben dem städtischen Bürgerhaus in der Sophie-Charlotten-Str. und in der Nähe des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses errichtet ist und außer der Sophie-Charlotten-Str. von zwei Privatstraßen im Zuge der Mollwitzstraße begrenzt wird,

wird Anfang nächster Woche dem Betriebe übergeben werden. Vom nächsten Mittwoch ab werden Patientinnen nicht mehr im Krankenhaus Kirchstraße aufgenommen, sondern nur noch im neuen Krankenhaus, Sophie-Charlotten-Str. 118. Dieses ist in gerader Linie vom Strahlenbofshof in der Sophie-Charlotten-Str. zu erreichen.

Der Bau eines Waisenhauses bildet den Gegenstand einer Vorlage, die der Magistrat den Stadtverordneten unterbreitet. Es soll an dem Bürgerhaus in der Mollwitzstraße für Zwecke des Waisenhauses ein Flügel angebaut werden. Die Baukosten sind auf 800 000 M. veranschlagt.

Schöneberg.

Morgen Sonntag, den 9. November, finden von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr die Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse statt. Die Gegner machen verzweifelte Anstrengungen, um auch in der dritten Abteilung weiteres Terrain zu gewinnen. Um diesen Zweck zu erreichen, ist ihnen in ihrer Kampfmethode jedes Mittel recht. Es ist daher Pflicht jeder Genossin sowie jedes Genossen, sich in diesem Wahlkampf der Partei zur Verfügung zu stellen. Die Genossen des 1. und 3. Wahlbezirks treffen sich früh 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilde, Rosendorferstr. 18; die des 2. und 4. Bezirks im Restaurant Solger, Ruffhauerstr. 26; des 5. Bezirks bei Wende, Röhlenstr. 8a; des 6. und 7. Bezirks im Restaurant Brod, Bohnstr. 19; des 8. Bezirks im Restaurant Welner, Bogenstr. 61; die Bezirke 9, 10, 11 und 12 im Restaurant Ratzmann, Tempelhofer Str. 18a. Alle diejenigen, die gewillt sind, ihre Kräfte der Partei zur Verfügung zu stellen und keinem Bezirke angeheilt sind, melden sich im Hauptbureau, Restaurant Denkel, Reininger Str. 8. — Telefon: Amt Sigtow 6783. — Die Arbeiter-Radfahrer treffen sich ebenfalls dort.

Wilmerdorf.

Der hiesige Bildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 9. November, nachmittags 8 Uhr, im großen Saale des „Viktoria-garten“, Wilhelmstr. 114, eine künstlerische Unterhaltung (Dichtung und Musik). Neben Ludwig Hardt, der Dichtungen von Heine, Dehmel, Andersen, Rilke u. a. zum Vortrag bringt, wirkt das Kestenberg-Trio (Werke von Saint-Saens und Tschaikowsky) mit. Billetts an der Kasse a 40 Pf. für Arbeitslose und Jugendliche freier Eintritt.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Die anteiligen Kosten für die im Zuge der Mollwitzstraße gelegene Brücke über den Teltowkanal, die hier Tempelhof mit Mariendorf verbindet, sind zu drei Vierteln im Betrage von 89 523,88 M. von der Gemeinde gezahlt worden. Die restierenden fünf Achtel fallen auf Mariendorf. Diese Summe ist seit 1907 als Voranschlag geführt worden, weil man glaubte, den Beitrag in irgendeiner Form von dem angrenzenden Grundstücksbesitzer wieder eintreiben zu können. Die beteiligte Terrainsgesellschaft streift jedoch den Mehrwert der Grundstücke ein und läßt den Brückenbau die Gemeinden allein bezahlen.

Die Gesundheitskommission, von deren Tätigkeit die Einwohnerschaft endlich etwas hört, hat in Verbindung mit der Armenkommission sich damit beschäftigt, die jährlich 1000 M. betragenden Kosten dieser Stiftung zur Errichtung einer Lungenfürsorgeeinrichtung zu verwenden. In Anbetracht der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Vorkehrungen hätte die Gemeinde schon längst energischer vorgehen müssen. Es soll in der Fürsorgeeinrichtung, die dem „Marienheim“ unterstellt ist, unentgeltlichen Lungentränen unentgeltlich Rat erteilt werden, auch sollen Untersuchungen stattfinden, ebenso wird eine Fürsorgeeinrichtung für die Wohnungen der Lungentränen beauftragt. Dr. Richter, der Besitzer des „Marienheims“, betonte, daß bei den Vorarbeiten eingehende Erhebungen über ungläubliches Wohnungselend festgestellt worden seien; in dem einen Fall habe eine lungentränke Frau im Interesse der Familie auf dem Korridor geschlafen und die Klosettlast eingemamt. Im Verfolg seiner Rede hätte man nun erwarten sollen, daß Herr Richter mit aller Energie zur Bekämpfung dieser Seuche aufzumuntern würde. Weit gefehlt. Herr Dr. Richter gehört bekanntlich zur Fraktion Drehscheibe, die sich bei sozialen Maßnahmen Zeit läßt. Es blieb daher unseren Genossen vorbehalten, auf das Fehlen der notwendigen hygienischen Einrichtungen auch in der Gemeinde hinzuweisen.

Aus dem Geschäftsbericht der Tempelhofer Feldwertungs-gesellschaft, der der Versammlung vorlag, wurde erwähnt, daß im abgelaufenen Jahre für 1 088 785 M. Parzellen verkauft worden sind. Bei dieser Gelegenheit kam Genosse Schmidt auf das Projekt zu sprechen. Es seien damals große herrliche Bauten versprochen worden, nach seiner Ansicht habe man im bautechnischen Sinne aber nur „Klamotten“ erstehen lassen. Wer etwas auf Baufuß halte, müsse den Kopf schütteln und sich wundern, daß diese Bauten überhaupt abgenommen werden. Es sei unerhört, daß die Treppenaufgänge der Hinterhäuser so steil seien und die Döse der Luftzufuhr ermangeln. Leider fehlten diesmal beide Baumeister, obwohl sie sonst immer zur Stelle sind. Bürgermeister Wislener beharrte auf seinem Standpunkt, daß hier etwas Großartiges und Musterartiges geschaffen worden sei, er halte die Ausführungen des Genossen Schmidt mit der Wahrnehmung der Interessen der Gemeinde für unvereinbar. Genosse Franz entgegnete, daß es Geschmackssache sei, aber die Bauausführung zu streiten. Wislener sei kein Mann vom Fach, denn was er vom Bau verstehe, habe er erst hier in der Baukommission gelernt. Bürgermeister Wislener erklärte, daß das Feld sich niemals zu einer Villenstadt entwickeln könne, weil es hieran durch die Ringbahn, die Kanäle und das störrische Feld gebindert werde. Herr Haberland habe bei der Aufschließung eines Geländes noch nie so gute Resultate erzielt wie hier. Auch Herr Trenner suchte in das Loblied einzustimmen, worauf Genosse Franz erwiderte, daß die vorgetragenen Mängel der Bebauung von allen unparteiischen Sachleuten zugegeben würden. Hierauf wurde die Wahl Wisleners an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters zum Aufsichtsratsmitglied der Feldgesellschaft gutgeheißen.

In den Staatsauschüß wurde u. a. Genosse Franz, als Ersatzmann Genosse Martin Müller gewählt. — Bei der Errichtung dreier neuer Lehrstuhlfächer und einer Lehrerstelle an den hiesigen Volkshochschulen brachte Genosse Franz verheerende Klagen über den Handfertigkeitsunterricht zur Sprache, deren Abhilfe zugesagt wurde.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Nach der Erledigung unwesentlicher Dinge leitete der Gemeindevorsteher mit, daß der seit dem 1. Juli eingeführte, maßvolle Hauswirtschaftsunterricht in den hiesigen Gemeindeschulen sich bis jetzt sehr gut bewährt hat. Genosse Weber wünschte bei dieser Gelegenheit Auskunft darüber, was mit den zubereiteten Speisen geschieht, er regte an, dieselben an arme Schulkinder zur Verteilung zu bringen. Der Gemeindevorsteher erwiderte, daß die Kinder die Speisen selbst essen; die weitere Anfrage Webers, die Schulspeisung betreffend, soll bis zur nächsten Etatberatung zurückgestellt werden. Angenommen wurde auch ein Antrag des Genossen Weber, in den Gemeindeschulen eine Umfrage zu veranstalten, um festzustellen, wieviel Kinder ohne erstes Frühstück zur Schule kommen. — Bei der alsdann zur Beratung stehenden Frage der Wiedereinführung des russischen Fleischverkaufs erlaubte Schöffe Rachen den Bericht der Feuerungskommission. Die Kommission habe sich in mehreren Sitzungen mit der Sache beschäftigt und sei zu dem Entschluß gekommen, von der Einführung russischen Fleisches Abstand zu nehmen. An arme bedürftige Einwohner solle aus Kosten der Gemeinde Fleisch gratis verabfolgt werden. Nach Ansicht der Kommission sei von einer außergewöhnlichen Fleischsteuerung nichts zu merken; das hiesige Fleisch sei nicht teurer als das russische. Gemeindevertreter Amichajew

erklärte sich mit dem Beschluß der Kommission einverstanden. Angesichts der zum Winter immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit mache er den Vorschlag, daß die Gemeinde einen Arbeitsnachweis einrichten möge. Derselbe müßte hauptsächlich Arbeitskräfte nach dem Lande vermitteln, wo immer Arbeit zu haben sei. Gen. Reichardt als Mitglied der Feuerungskommission machte Mitteilung von den Gründen, welche die Kommission veranlaßt hätten, von der Einführung Abstand zu nehmen. Der Fleischmeister Ringelstein, der im vorigen Jahre beim Verkauf übernommen hatte, habe sich in diesem Jahre zur Uebernahme des Verkaufs nur bereit erklärt, wenn derselbe nachmittags von 4—8 Uhr stattfinden könne. Nach Ansicht des Redners sei ein dergleichen Verkauf vollständig ungenügend; sollte die Gemeindevertretung die Einführung russischen Fleisches beschließen, so sei es notwendig, daß die Gemeinde den Verkauf in eigener Regie vornimmt. Herr Ed. Koop wendete sich gegen die Einführung; die Gemeinde habe im vorigen Jahre den Verkauf in eigener Regie übernommen und habe bei einem Umsatz von 17 000 M. circa 4000 bis 5000 M. Ankosten gehabt. Genosse Weber erwiderte, den Beschluß der Kommission abzulehnen; er machte den Vorschlag, die Sache an die Kommission zurückzuvorweisen. Derselbe solle mit der Konsumgenossenschaft in Verbindung treten, die den Verkauf jedenfalls wieder übernehmen werde, wenn die beantragte Statutenänderung genehmigt sei. Wenn es zutreffend wäre, daß das hiesige Fleisch besser und nicht teurer sei, so müsse man sich wundern, daß Berlin und eine ganze Reihe Vororte trotzdem zur Einführung des russischen Fleisches lämen. Auch Genosse Reichardt betonte noch, daß die Einführung des russischen Fleisches preisregulierend wirke. Herr Sauer erwidert die ganze Sache abzuweisen; er sei für freie Konkurrenz der hiesigen Gewerbetreibenden. Nach seiner Meinung seien die Sozialdemokraten keine Volksfreunde, sondern Volksfeinde. Durch die Konsumvereine und die Warenhäuser werde der Mittelstand und das Gewerbe zugrunde gerichtet. Nachdem Genosse Reichardt Herrn Sauer seinen Parteifreund Schulte-Delisch als Begründer der Konsumvereine vor Augen geführt, erfolgte die Ablehnung des Antrages Weber und Annahme des Vorschlages der Feuerungskommission. Mariendorf bekommt danach kein russisches Fleisch; dieser Beschluß darf bis zur nächsten Wahl im Frühjahr nicht aus dem Gedächtnis der Arbeiterbevölkerung entschwenden. — Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Grünau.

Die Gemeindevertretung sagte in ihrer letzten Sitzung den Beschluß, für den kommenden Winter die Vießfläche zwischen Grünau, Schmödnitz und Danfels abzugeben zu packen. Die näheren Bestimmungen, unter denen die Eisbahn an einen Unternehmer verpachtet werden soll, werden durch eine Kommission festgelegt. Es soll hierbei hauptsächlich berücksichtigt werden, daß das Eintrittsgeld nicht willkürlich erhöht werden kann, und daß der Grünauer Jugend die Eisbahn unentgeltlich zur Verfügung steht. Der Kirchplatz ist in seiner vollen Ausdehnung jetzt abgeholt und soll durch Bodenauffüllung erhöht und fertiggestellt werden. In der Mitte der Anlagen ist ein Kinderspielplatz vorgesehen. An einem Präzedenzfall hat sich herausgestellt, daß die Bestimmungen zur Erhebung der Aufbauseitesteuer sehr reformbedürftig sind. Eine Kommission soll die Bestimmungen revidieren und der nächsten Sitzung vorlegen. Von besonderem Interesse waren noch die Verhandlungen über das Turnhallenprojekt. Das Projekt wurde noch dem vorliegenden Entwurf angenommen. Danach soll die Turnhalle eine Grundfläche von 26 x 11 Meter erhalten. Der Turnsaal erhält eine Bodenfläche von 20 x 10 Meter. In der Turnhalle ist auch ein Raum für den Jugendklub vorgesehen. Mit dem Bau dürfte im nächsten Frühjahr begonnen werden. Die Mittel dazu sind bereits im Voranschlag vorgesehen. Einem Geluch der Straßenbahnerverwaltung um Verlegung von Haltestellen wurde stattgegeben. Danach werden die beiden Haltestellen an der König- und Jägerstraße eingezogen und eine neue Haltestelle an der Weiche zwischen den beiden Straßen geschaffen. Die fortgeführten Verhandlungen zur Erlangung eines Geländes zu einem neuen Friedhof hatten jetzt den Erfolg, daß der Gemeinde ein circa 20 Morgen großes Terrain in der Nähe des Gendarmenchießstandes angeboten wurde.

Dorfow.

„Unsere Forderungen an den Reichstag.“ Ueber dieses Thema sprach in einer öffentlichen Versammlung Genosse Kische. Im Anschluß an das mit Beifall aufgenommenen Referat gab Genosse Hadamski den Bericht aus der Gemeindevertretung. Es zeigte sich hier, wie auch nur ein Vertreter der Arbeiterschaft den bürgerlichen Herren unbedeuten sein könne. Vor kurzem sei die Summe von 207,60 M., welche das kaiserliche Jagdamt als Entschädigung für Ausübung der Jagd zahlte, einfach verteilt worden, aber nicht etwa an Ortsarme, sondern die eine Hälfte der Summe hätte der Gemeindevorsteher, die andere der Steuerheber erhalten. Die Gabe sei allerdings unter veräußerten Bedingungen verteilt worden. Die mit den Mitteln der Gemeinde zuweilen gewirtschaftet werde, habe sich aus Anlaß der Eröffnung der Straßenbahn gezeigt, bei welcher auf Kosten der Gemeinde für die Teilnehmer ein gefälliges Frühstück gegeben worden sei. Daß das Geld andererseits viel besser angewendet werden könnte, beweise die Tatsache, daß im Ort eine primitive Bretterbude die Leihenshalle ersehe. Hierbei sei noch erwähnt, daß der Arbeiterschaft im Orte nicht einmal ein Saal zu Versammlungen zur Verfügung steht. Es ist indessen zu erwarten, daß durch die Weiterführung der Straßenbahn der Ausflugsverkehr zunimmt, so daß die beiden Saalbesitzer dem Verlangen der Arbeiterschaft werden Rechnung tragen müssen. Am Schluß der Versammlung waren mehrere Aufnahmen für den Wahlverein zu verzeichnen.

Hohen-Schönhausen.

Das hiesige Lokalblättchen ergreift sich von Zeit zu Zeit in herabsetzenden Ergüssen gegen unsere der Gemeindevertretung angehörenden Genossen. Und es scheint uns, als ob der Privatbeleg dieses bürgerlichen Blättchens eine Leuchte ganz besonderer Art ist; denn in einem am 22. Oktober im Hohen-Schönhausener Lokalblatt veröffentlichten Artikel verstieg sich der Verfasser am Schluß sogar zu dem Ausruf: „Ein reinigendes Gewitter ist dringend not.“ Was ist es denn, was diesen Unentwegten die kritische Feder in die Hand drückt? Die arbeitserfindliche Haltung der Bürgerlichen im Gemeindeparlament, o nein, das rückgratlose Auftreten der sozialdemokratischen Gemeindevertreter gegenüber einem selbstherrlichen Gemeindevorsteher. Und damit dieser rückgratlose Kritiker seinen Zweck, eine unsere Parteigenossen herabsetzende Kritik zu üben, um so besser erreichen und vollführen kann, beruft er sich auf unvollkommene, einseitig gefärbte Berichte desselben Blättchens, für das er seine Prinzipien opfert. Der Kritiker schwört von demokratischer Jugend und wirft unseren Vertretern lässliches Zusammenklappen vor. Er erteilt unseren Vertretern Wohlverhaltensmaßnahmen gegenüber dem Gemeindevorsteher, und auch die Wähler dieser Vertreter bekommen ihr Teil. Sie, heißt es, schweigen wünschenswert noch kramphafter und verabsäumen es, ihre Vertreter“ gehörig zur Rechenhaft zu ziehen.

Wahrlich, es wäre zu viel der Ehre, wollten wir uns auf diese mehr als durchgehenden Anzuspungen eines verärgerten Gemüts, dessen Grundlag in der Grundlosigkeit zu bestehen scheint, eingehen. Weder ihm noch dem bürgerlichen Blättchen, zu dessen Handlungen wir uns nicht „Rückgratlose“ hergibt, haben sich unsere Vertreter zu verantworten und einem reinigenden Gewitter seien die sozialdemokratischen Vertreter mit der größten Ruhe entgegen. Nur mag man aufpassen, daß die Reinigung nicht mit derselben Gründlichkeit vollzogen wird wie bei der letzten Wahl, bei der der vom Sozialblatt

unterstützte Kandidat 26 Stimmen, der sozialdemokratische aber 326 Stimmen erhielt.

**Klein-Schönebeck-Fichtenau.**

Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung wieder mit der Flichpromenade zu beschäftigen. Die Anlegung war feinerzeit beschlossen worden und der Beschluß hatte auch die Zustimmung des Zweckverbandes gefunden, nachdem Kreis- und Bezirksausschuß die Einsprüche der Anlieger zurückgewiesen hatten. Eine gegen dieses Projekt einschende lebhaftige Agitation hatte dann zuwege gebracht, daß sich in der vorletzten Gemeindevertreterversammlung eine Mehrheit für den Antrag fand, die Flichpromenade wieder aus dem Bebauungsplan zu entfernen. Die zu erwarten war, ist die Aufsichtsbekörde — die das Projekt gegen seine Widersacher verteidigen mußte — nicht ohne weiteres gewillt, die plötzliche Umschwungung der Gemeindevertretung mitzumachen. Der Landrat hatte deshalb dem Gemeindevorstand mitgeteilt, daß der frühere Beschluß der Gemeindevertretung, eine Flichpromenade anzulegen, von ihm noch als zu Recht bestehend angesehen werde. Die an die Verlesung dieses Schreibens einsetzende lebhaftige Diskussion führte zur Wahl einer Deputation, die mit dem Landrat verhandeln und diesem die Unbegründbarkeit des ersten Beschlusses nachweisen soll. Zur Erleichterung des Umlaufes und der Ausstellung der Invalidenkarten, die bisher im Amtsbureau in Schöneiche stattfand, wurde beschloffen, das Gemeindebureau damit zu betrauen. Dann beauftragte die Vertretung den Gemeindevorsteher, sich für die Erteilung einer Konzession an den Kaufmann Gracy — die diesem vom Kreislandeschutz verweigert worden ist — zu verwenden, weil das Vorliegen eines Bedürfnisses in der betreffenden Gegend allseitig anerkannt wurde.

**Notawechsel.**

Im fünften Vortrag über „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ am Donnerstag, den 13. d. Mts., sollen unter dem zusammenfassenden Titel „Der Kapitalismus der Gegenwart“ geschildert werden: Aktiengesellschaften, Einzel- und Großunternehmer, Kartelle, Syndikate, Trusts; der Einfluß der Banken auf die Industrie; Imperialismus; der Kampf um den Weltmarkt; Kolonialpolitik und Betrübnisse. Auch der letzte Vortrag fand unter polizeilicher Ueberwachung statt.

**Jugendveranstaltungen.**

**Charlottenburg.** Sonntagvormittag Besuch der Antikafollausstellung unter bewährter Führung. Abmarsch 1/10 Uhr vom Jugendheim, Rosinenstraße 3. Abends 7 Uhr im Jugendheim: Unterhaltungsabend.  
**Donnerstag, den 13. November:** Erste und bessere Serie jungen Jugendfreunde, agitiert für den regen Besuch Eueres Heims! Agitiert für die Veranstaltungen der Arbeiterjugend!  
**Treptow-Baumhulenenweg.** Morgen Sonntag, den 9. November, nachmittags 4 Uhr, findet die Einweihungsfest der Treptower Jugendheim, Hermannstraße 5, 1. Kurgelände 1 Treppe, statt. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, mit ihren Eltern an der Festlichkeit teilzunehmen.  
 Das Jugendheim in Baumhulenenweg bleibt wegen dieser Fester am Sonntag geschlossen.  
**Tempelhof-Mariendorfer.** Sonntag, den 9. November: Zwei Herbstwanderungen. 1. Tagespartie — Streifzug durch den Gruntemald. Treffpunkt 1/7 Uhr Ringbahnhof Tempelhof. Abfahrt 6.57 Uhr. 2. Nachmittagspartie: Dahnem, Krumme Banke, Schlachtensee, Wannsee. Treffpunkt 1/1 Uhr am Bahnhof Mariendorfer. Proviant und Wiederholer mitbringen.  
**Montag, den 10. November:** Wandertagabend.

Dienstag, den 11. November: Handarbeits- und Lesabend für die weibliche Jugend.

Mittwoch, den 12. November: Gesangsabend.  
 Donnerstag, den 13. November: Les- und Diskussionsabend. Thema: Konfessionelle Jugendbewegung.  
 Sonntag, den 16. November, 1/7 Uhr: Elternabend. Aufsichtsvortrag, Gesangs- und Musikvorträge, Rezitationen.

**Eingegangene Druckschriften.**

**Der Kampf.** Sozialdemokratische Monatschrift. Wien, Jahrg. VII. — Otto Bauer, Die Grundfrage unserer Politik. Friedrich Adler, Politik und Strafrecht. Otto Lang (Büch.), Die Volkswahl der Richter. A. Rodler, Der § 14 und das Majoritätsprinzip. Engelbert Fernerstorfer, Ein neuer Utopist. Franz Vesche, Formen der Bauarbeiterorganisation. Josef Quilpold Stern, Richard Dehmel.  
**Nichtstrahlen.** Nr. 3. Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Herausgegeben von Julian Vorkardt. 10 Pf. — Verlag Berlin-Nichtstraße 3, Quedlinburg.  
**Die Reichs-Arbeitslosenversicherung.** Von Dr. R. Kumpmann. Geb. 3 M. — J. E. S. Mohr, Tübingen.  
**Mutterschaft oder Emanzipation?** Von Dr. A. Kunder. 3 M., geb. 4 M. — S. Kischmann, Berlin N 24.  
**Jahrbuch des Verbandes deutscher Konsumvereine.** 1913. In 2 Bänden. 1099 und 1159 S. — Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg.  
**Dichter um Napoleon.** Eine Auswahl der Napoleonpoesie von F. Bender. 3 M. — Die Memoiren Alexander Dumas'. Selbstbiographien. 2 Bände, geb. 6,50 M. — Morawe u. Scheffelt, Berlin W 50.  
**Der Vortrupp.** Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Dr. jur. H. R. Vopert, D. Bealige. Jährlich 5 M. — S. Wigand, Leipzig.  
**Der Panamafanal.** Von R. Biederhold. 30 Pf., geb. 60 Pf. (Ornate Bändchen Nr. 24.) — H. F. Schöfstein, Köln a. Rh.  
**Der kleine Herzog Cupidon.** Von E. Decfel. 2 M., geb. 3,50 M. Schuller u. Köhler, Berlin W 57.  
**Marquise von Compagnon.** Ein Roman aus galanter Zeit. Von Dora Dunder. 4 M. R. Bong, Berlin W.  
**„Ein gutes Gewissen.“** Von Alex. A. Kleland. Kürschners Bäckerei Nr. 218. 20 Pf. S. Hügger Verlag, Berlin W 9.  
**Kleinlein Jourfix.** Roman von Franz Molnar. Dr. S. Kabinowitsch Verlag, Leipzig. 4 M., geb. 5,50 M.  
**Der krankheitliche Schutz gegen geschlechtliche Infektion.** Von Dr. F. Kaupheimer. Band 9 der Bibliothek für soziale Medizin, Hygiene und Medizinallstatistik. Herausgegeben von Prof. Dr. R. Lemmhoff. 2 M. Berlin W 57. Allgemeine Medizinische Verlagsanstalt G. m. b. H.  
**Der Wechsel der Manneskraft.** Erzählung zum Ablauf des männlichen Lebens in Halle und Reize. Von D. Ulrich. 3 M. Verlag: Dresden-Radeberg; E. Weig. — Leipzig: E. Schmidt.  
**Die Gezeichneten.** Roman von Hugo Kabelung. 4,50 M., geb. 5,50 M. — Zur Mechanik des Geistes. Von H. Rathmann. 4,50 M., geb. 4 M. S. Hügger, Berlin, Wilmersstr. 91.  
**Alltagsgeschichten.** Von F. Müller. Geb. 4,50 M. — Huber u. Co., Frauenfeld.  
**Nordamerika.** Allgemeine Länderkunde von Prof. Dr. Emil Dederit. In Halbleder geb. 16 M. — Bibliographisches Institut, Leipzig.  
**Der Liebesgral.** Von G. Terramare. Groß. 4 M. — S. Müller, München.  
**Die Wohnungslage der Armenbevölkerung zu Strahburg 1904 und 1912.** Im Auftrage des Armenrats bearbeitet von Direktor Baum. 19 S. — Strahburger Neue Verlagsanstalt, Strahburg, Dreifischergraben 27.  
**Denkschrift über die Neuordnung der Armenbezirke zu Strahburg i. E. 30 S. — S. Hügger, Strahburg.
**Katalog der Neuerwerbungen 1913.** 150 S. — F. Hanffängl, München.  
**Die Vertreibung Deutschlands.** Von H. Ahlwardt. 50 Pf. — G. Dehler, Leipzig.**

**Das Buch der Kaiser.** „Von Königen und Kaiserinnen“ 2 Teil. Von H. U. Kollger. — E. Seifert, Rößrig und Leipzig.  
**Goethe.** Von Prof. R. R. Meyer. Ungekürzte Volkstausgabe. 4,50 M., geb. 5,50 M. — S. Bondl, Berlin W 62.  
**Dem unbekannten Gott.** Roman von R. E. v. Rheinbaben. 3 M., geb. 4 M. — Das Weichlein Matthias. Erzählung von G. Hü. 3 M., geb. 4 M. — Stuttgart, Deutsche Verlagsgesellschaft.  
**Fragen des Todes.** Nr. 1. Annual-Wortprojekte. Von Dr. A. Rohut. 50 Pf. — Dr. Bafch u. Co., Berlin-Bismarckdori.  
**Kürschners Bäckerei.** Nr. 218. Preis 20 Pf. — Hermann Hügger Verlag, Berlin W 9.  
**Sophie Reinheimer.** Bunte Blumen. Mit Buchstund von Karl Alexander Brendel. Preis 3 M. — Verlag von Franz Schneider, Berlin-Schöneberg.  
**S. J. Frauul Bruchstovvki.** Die Wahrheit über den Nord Ostschlesisch und den Prozeß Vesiles. Geb. 50 Pf. — Verlag von Feuerreiter, Berlin-Schöneberg.  
**Fraufrau Anna v. Zayenhofen.** Verflorenne Lore. Roman. Groß. 3 M., geb. 4 M. — Verlagshandlung von Otto Hillmann.  
**Hans Ziefler.** Gedanken eines Altesäfers. Preis 1 M. — Verlag von R. G. Th. Scheffer, Berlin-Steglitz.  
**Dr. Hermann Deder.** Som festhalten Jellenkaal. Mit zahlreichen Abbildungen. Preis geb. 1 M., geb. 1,50 M. — Verlag Rodmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart.  
**Camilie Yemonnier.** Ein Vorwinkler. Preis groß. 3 M., geb. 4 M. — Gustaf F. Steffen. Die Fernwege sozialer Erkenntnis. Preis groß. 5 M., geb. 6 M. — Eugen Diederichs Verlag, Gena.  
**Georges Courteine.** Alltagsrombden. Preis groß. 4 M. — Verlag von Georg Müller, München.  
**Kürschners Jahrbuch.** Geographisch-statistisches Handbuch und Verzeichnisse. Welt- und Jeldisiegel, Kalender 1914. Preis groß. 1,20 M., geb. 1,80 M. — Verlag von Hermann Hügger, Berlin W 9.  
**Karl Varlen.** Die in die Fremde zogen. Auswandererfchickale in Amerika 1873-1912. Preis groß. 4 M., geb. 5 M. — Verlag von Erich Reip, Berlin W 62.  
**Handbuch für Heer und Flotte.** Herausgegeben von dem verstorbenen Generalleutnant a. D. Georg v. Alten. Lieferung 61-64. Preis jeder Lieferung 2 M. — Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W 57.  
**Dr. Edmund Blum.** Warum lassen sich die Juden nicht taufen? Preis 3 M. — Verlag von D. Th. Scholl, München.  
**Dr. Hans Sauermann.** Deutsche Stülften. Handzeichnungen alldeutscher Meister. Preis kart. 7 M., geb. 8,50 M. — Verlag von Steinhilte u. Lehmann, München.  
**Dieterfen.** Ein Märchen von Hans Böhig. Kart. 1,50 M. — Huber u. Co., Frauenfeld.

**Arminius-Hallen**

Bremer Straße 72/73. Telephone Noabit 186. Max Schösel.  
**Jeden Sonntag: „Großer Ball“**  
 bei starkem Orchester.  
**Avis! Kegelbahn, Vereinszimmer, große und kleine Säle zu sämtlichen Festlichkeiten.**

**Friedr. Stabenow** (Trauring)  
 Berlinerstr. 146  
**Charlottenburg** Lieferant der Konsumgenossenschaft  
 Reparaturen preis u. gut. Berlin u. Umgegend

**HERZSFELD'S berühmte**

**95 TAGE**

**Lebensmittel enorm billig während meiner** **95** Pf.-Tage

**Nichts** kann meine unübertreffliche Leistungsfähigkeit besser kennzeichnen als die zeitweise **Schließung meines Warenhauses** wegen Ueberfüllung.

In meinem Zoo Ein Riesen-transport Edel- oder Buchfinken Stück **95** Pf. Harzer Kanarien

Leibwäsche für Damen Herren Kinder Jedes **95** Pf. Schürzen für Damen Knaben Mädchen Stück Konfektion für Damen und Kinder

In allen Abteilungen meines Hauses **Sensations-Schlager**

Küchenstuhl massiv Blumenständer Nonch. Jedes **95** Pf. Wirtschaftswage Wasserkessel Stück Kaffee-Service 6teil. Tischlampe etc. etc.

Extra-Verkäufe von Spielwaren Jedes **95** Pf. Galanteriewaren Stück Korbwaren Holzwaren

Im prachtvoll renovierten Erfrischungsraum: **Tiroler-Konzert u. Gesang**  
**Hermann Herzfeld**  
 Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 55-56 2 Min. v. Charlottenburger Stadtbahnhof.

Extra-Auslagen von Strumpfwaren-Trikotagen a Paar **95** Pf. Leinen- u. Baumwollwaren Meter oder Coup. Kleider- u. Seidenstoffen Gardinen u. Möbelstoffen Schuhwaren

**Ulster** moderne, schwere Stoffe, vorzüglich abgearbeitet **9<sup>50</sup>** bis **27<sup>50</sup>**

**Anzüge** in jeder Fassung, aus guten Stoffen, für jede Figur **8<sup>50</sup>** bis **24<sup>00</sup>**

**Pfandleihe** Wilmersdorfer Straße 127 I. Charlottenburg Spandauer Straße 12 I. **9<sup>50</sup>** bis **87<sup>50</sup>**

**Pelze** Stolas und Muffen in allen modernen echten Pelzarten **8<sup>75</sup>** bis **46<sup>50</sup>**

**Betten** Braut-, Damm- und Vermietungsbett, gute Inlette **8<sup>75</sup>** bis **46<sup>50</sup>**

# 10

## Ausnahme Tage

### Wäsche Leinen Baumwoll Waren

1 groß. Posten **Unter'ailen** 85 Pf.

# Wilhelm Joseph

Berlin, Grossgörschenstrasse 1      Schöneberg, Hauptstrasse 163

Dieser Wäsche-Verkauf zeichnet sich durch ganz besondere Preiswürdigkeit aus und sind diese Waren heute schon empfehlenswert als

## Weihnachts-Geschenke

### Bettwäsche

Deckbett u. 2 Kissen aus gutem Haus- 3,25  
 tuch . . . . . 4,25, 4,75  
 Deckbett u. 2 Kissen Linon, ganz- 4,75  
 Breite . . . . .  
 Deckbett u. 2 Kissen Pa. Elsas, Damast 5,90  
 oder Dimiti . . . . .  
 Bettlaken Grösse 150/225, Prima Daulas 1,85  
 Bett-Inlette genäht, Federlicht, Deck- 2,95  
 bett . . . . . 4,90,  
 Unterbetten 4,90, 3,85 Kissen 1,30, 95 Pf.  
 Fertige Betten gefüllt m. guten Federn 19,50  
 Stand 37,50, 28,50,  
 Wäsche - Coupons für Leib- und Bett- 2,95  
 wäsche 20 Meter 5,90, 5,50, 19 Meter . . . . . 4,50

Ein großer Posten  
**Herren-Taschentücher** 95 Pf.  
 gewaschen . . . . . 1/2 Dutzend  
**Reinl. Taschentücher** 1,45  
 mit kl. Webfehlern 1/2 Ds. 1,95

**Kinder-Wäsche. Extra-Preise**  
 Mädchen-Hemden Fassen-Schnitt 55 Pf. 1,65  
 mit Hohlbaum-Längette . . . . .  
 Mädchen-Beinkleider Knieform 95 Pf. 1,95  
 mit Madopolam-Stickerel . . . . .  
 Knaben-Hemden in Fältchen und 60 Pf. 1,25  
 Matrosen-Ausschnitt, kurzen Ärmeln  
 Knaben-Beinkleider mit Fältchen u. 95 Pf. 1,75  
 lang. Ärmeln

### Wäsche

Achselhemden mit Madaira- 1,55  
 arbeiter Passe mit ange-  
 arbeiteter Längette . . . . . 2,45, 1,95  
 Phantasiehemden aus gut. Renforcé 1,90  
 m. gedieg. Stück.  
 An- u. Eins. m. br. Bandführung. 2,65, 2,25  
 Damen-Beinkleider Knieform, Som- 1,35  
 merstoff oder Bar-  
 ebent, mit krauser Stickerel . . . . . 1,65  
 Damen-Beinkleider mit feiner Mada- 1,95  
 polam-Stickerel . . . . . 2,45  
 Nachtjaken Umlegekragen, Fältchen- 1,35  
 und Hohlbaum-Längette,  
 Croisé-Barchent . . . . . 1,90, 1,65  
 Nachtjaken mit breiter krauser Sticke- 1,95  
 rel, Sommerstoff oder  
 Barchent . . . . . 2,25

1 gross. Nachthemden 2,75  
 Posten  
 halsfrei od. Umlegekragen, mit  
 Stickerel garniert 4,75, 3,95

### Tischwäsche

Jacquard-Tischtücher Grösse 130-130 1,65  
 130x165 2,25 130x200 3,95  
 Jacquard-Tischtücher Rein - Leinen 2,25  
 Grösse 120x130  
 130x165 2,90 130x200 4,90  
 Tischtücher Pa. Halblein, m. Durchbruch 2,95  
 und Hohlbaum Gr. 130x130  
 130x165 2,95 130x200 3,95  
 Jacquard-Servietten Rein- u. Halb- 3,90  
 lein. Dtd. 6,90  
 Stuben-Handtücher Pa. Drell, Damast 1,45  
 und Gerstenkorn, 1/2 Dtd. 2,95, 1,95,  
 Küchen-Handtücher Pa. Gerstenkorn 1,45  
 mit Kante . . . . . 1/2 Dutzend 2,75, 1,95  
 Wischtücher glatt u. kariert 1/2 Dtd. 95 Pf.  
 1,95, 1,25, 1,95  
 Luisianatuch ca. 84 cm breit . Meter 33 Pf.  
 130 cm breit . Meter 65 Pf.  
 Els. Damast u. Dimiti ca. 84 cm breit 55 Pf.  
 130 cm breit . . Meter 95 Pf.

### Bettwäsche, angestaubt bedeutend herabgesetzt

Bettbezüge und 2 Kissen bei der Dekoration etwas geflitten Serie I 2,95 Serie II 3,85  
 Einzelne Deckbett - Bezüge . . 1,95 Einzelne Kopfkissen . . durchweg 50 Pf.  
 Ein Posten angestaubte Bettlaken . . . . . hervorragend billig 1,75 1,10  
 Ein Posten angestaubte Tischtücher ohne Rücksicht auf den 2,75 1,75 95 Pf.  
 früheren Preis . . . . .

1 gross. Posten **Damen-Wäsche** 1,75  
 Phantasie-Hemden m. gedieg. Stück. im Rumpf reich.  
 Hohlbaum, Knie-Beinkleid m. Stück. An- u. Eins. Stück

1 gross. Posten **Garnituren** Hemden u. 3,45  
 Beinkleider  
 beste Verarbeitung mit gediegenen  
 Stickerel-An- und Einsätzen, Stück 5,45 4,75

1 gross. Posten **Promenad.-Röcke** 3,75  
 moderne Formen, mit gefalteten 5,85 4,75  
 Stickerel-Volants . . . . .

## Ulster 25.50

29.-32.-36.-38.-  
 42.-46.<sup>50</sup> 48.-54.-  
 60.-65.-68.-75.-



## Paletots

24.<sup>50</sup>  
 26.-27.<sup>50</sup> 29.  
 32.-36.-38.  
 40.-42.-46.  
 48.<sup>50</sup> 52.-58.  
 65.-70.-78.

Verlangen Sie bitte die neue Modenbeschreibung „Die neuen Moden“

Katalog D porto- und kostenfrei

**M. Schulmeister**  
 BERLIN SO, Dresdener Str. 4  
 Hochbahn-Station am Kottbuser Tor.  
 Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Direkt aus Fabrik mit 5% Rabatt  
**Tausende schönster Damen-**  
 Plüschmäntel M. 30-120 Ulster M. 15-30 ) Extra-  
 Kostümröcke M. 4.50-20 Kostüme M. 20-75 / Mass-Abt.  
 Jetzt auch Einzelverkauf zu Fabrikpreisen  
**Damen-Mäntel-Fabrik engros Lefèvre, Mohrenstr. 41, II**  
 Tel.: Zentrum 715 Gegründet 1899  
 Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

**Alois Zimmermann**  
 Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik  
 Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 112.

**Neu eröffnet!**  
 Ausnahmetage: Jeden Montag u. Donnerstag  
 von 3-8 Uhr in den Fabrikräumen  
**Kantstraße 56 Hof parterre.**  
 Verkauf von prima Wurstwaren, Speck und Schinken  
 zu sehr billigen Engros-Preisen.

**Theodor Sellach**  
 Neukölln  
 Hermannstr. 48, vis-à-vis der Vereinsbrauerei,  
 empfiehlt  
 sämtliche Haus- und Küchen-  
 geräte, prima Solinger Stahl-  
 waren, Oefen, Heizrohre,  
 Beleuchtungsartikel, Werkzeuge.

**Berliner Ulk-Trio**  
 Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 L

**Pelzwaren**  
 Vertrauenssache!  
 Gr. Auswahl. Kleine Spesen  
 daher billigste Preise!  
 Ernst Vester, Kottbuser  
 Damm 18/19.

**Emil Preuß**  
 Turmstr. 58.  
 Spezialist der Konsumgenossenschaft  
 Berlin und Umgegend.  
**Herren-Moden 1918/19**  
 Herren-Anzüge  
 nach Maß und fertig am Lager  
 22,00 26,00 30,00 33,00 36,00  
 39,00-60,00.  
**Herren-Ulster und Paletots**  
 nach Maß und fertig am Lager  
 24,00 27,00 31,00 39,00-60,00.  
 Großes Stofflager mit neuester  
 Auszustattung vorrätig.  
 Schneider-Werkstätte und Za-  
 schneider im Hause.

Aeltestes Spezialgeschäft  
**Wollhaus August Lucas**  
 Neukölln Bergstraße 63 am Ringbahnhof  
 gegr. 1872 Fernsprecher:  
 Neukölln 456.

**Westen - Sweater**  
**Trikotagen - Strümpfe**  
**Wäsche - Tücher**  
 Lieferant der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

**„Puppenkönig“**  
 Berliner Str. 21 I.  
 Verkauf nur I. Etage.  
 Größte Auswahl in allen Puppen  
 und Puppen-Accessoiren.  
 Billige Preise. Reelle Bedienung.  
 Eigene Reparaturwerkstatt.  
**Pathéphone u.**  
**Pathé-Platten**  
 (ohne Nadel spielbar)  
 Große Auswahl  
**W. Becker**  
 Charlottenburg  
 Wilmersdorfer St. 127, 1  
 (Ecke Schillerstraße).  
**Reuters Werte**  
 3 Tische 4 Stuhl  
 Buchhandlung Bornhörs

**Michel-Briket-Kohlenhandlung G. m. b. H.**  
 Tel. 1610 Neukölln, Kuesbeckstraße 148 Tel. 1610  
  
 Ermäßigte Preise bis 31. Dezember 1913  
**1000 Stück M. 8.-**  
 Halbsteine M. 0.80, Steinkohlen M. 1.75, Gaskoks M. 1.75  
 Alles frei Gefäß jeder Etage. Sorgfältige Bedienung.

